Mittwoch, 7. August 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 181 - 32.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 26,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Namibia: Umfangreiche Hilfe für die von Südafrika eingesetzte Zwischenregierung in Namibia hat der CDU-Abgeordnete Heinz Schwarz gefordert. Damit wandte sich Schwarz gegen die von Bundesaußenminister Genscher (FDP) vertretene Linie, der die Zwischenregierung als „null und nichtig" betrachtet. (S. 8)

DAG: Gegen die jüngsten Überlegungen in den CDU-Sozialausschüssen, Doppelverdiener steuerlich stärker zu belasten, hat sich die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) ausgesprochen. Diese Anregung entspreche dem Trend, „zwecks Bereinigung der Arbeitslosenstatistik" berufstätige Frauen wieder „an den Herd zurückzuschicken", erklärte die Gewerkschaft.

Berlin: Zu einem Kurzbesuch hat sich gestern der Oberkommandierende der US-Luftstreitkräfte in Europa, General Charles L. Donnelly jr., aufgehalten. Donnelly betonte, die Luftstreitkräfte seien auf den Verteidigungsfall bestens vorbereitet.

Vereinbarung: Die britische und irische Regierung haben sich nach einem Bericht der Rundfunkgesellschaft BBC auf eine Reihe konkreter Schritte mit dem Ziel geeinigt, Dublin in beratender Funktion an einer Bewältigung des Nordirland-Konflikts zu beteiligen.

„Beschäftigungspakt": Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, hat sich für einen „nationalen Beschäftigungspakt" ausgesprochen. Roth begründete den Vorstoß der SPD-Opposition mit der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit trotz konjunktureller Erholung. (S. 4)

Gespräche: Der Führer der ugandischen Untergrundorganisation „Nationale Widerstandsarmee" und frühere Verteidigungsminister, Yoweri Museveni, ist bereit, mit dem neuen Staatspräsidenten Tito Okello Gespräche über eine Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern zu führen.

Afghanistan: Die sowjetischen Truppen in Afghanistan haben eine großangelegte Offensive im Pandschir-Tal nach knapp zwei Monaten unter erheblichen Verlusten abgebrochen. Nach Angaben westlicher Diplomaten wurden mehr als 700 sowjetische und afghanische Soldaten getötet.

Beirut: Eine neue Allianz aus 15 libanesischen Parteien und Gruppierungen ist unter der Bezeichnung „Nationale Allianz-Front" (NAF) proklamiert worden. Die von Syrien unterstützte NAF fordert unter anderem die Abschaffung der konfessionellen Basis des seit 1953 bestehenden Systems, wonach der Staatspräsident ein Maronit sein muß.

ZITAT DES TAGES



» Diejenigen, die nicht einmal eine Feder halten können, sind jetzt imstande, mittels moderner Computer zu kommunizieren und schöpferisch zu sein «

Der britische Erziehungsexperte Henry Collis auf der „6. Weltkonferenz über hochbegabte und talentierte Kinder" in Hamburg über die Möglichkeit moderner Technologie, die Fähigkeiten Behinderter zur Geltung zu bringen FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Bundespost: Angesichts der seit Jahren anhaltenden günstigen Finanzentwicklung erwartet Postminister Schwarz-Schilling auch für 1985 einen Überschuß. Bei der Erläuterung des Geschäftsberichts 1984 führte er die „insgesamt erfolgreiche" Entwicklung auf Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen zurück. (S. 9)

Wachstum verlangsamt: In den USA hat sich im zweiten Quartal 1985 das Wachstum der Unternehmensgewinne stärker verlangsamt als ursprünglich angenommen. Das amerikanische Bruttosozialprodukt nahm seit Jahresbeginn nur um ein Prozent zu. (S. 9)

Staatsverschuldung: Die Staatsverschuldung in Italien lag nach Angaben des Finanzministeriums im ersten Halbjahr um 47 Prozent höher als die der ersten sechs Monate des Vorjahres.

Börse: Mit Ausnahme der Autowerte, die weiter freundlich blieben, konnte sich an den Aktienmärkten keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 198,77 (197,53). BHF-Rentenindex 104,336 (104,288). Performance Index 105,912 (105,833). Dollarmittelkurse 2,8394 (2,8198) Mark. Goldpreis pro Feinunze 319,40 (323,75) Dollar.

KULTUR

Düsseldorf: Der Theaterregisseur und Schauspieler Karl Heinz Stroux ist im Alter von 77 Jahren gestorben. Wie erst gestern bekannt wurde, starb Stroux bereits am vergangenen Freitag. Stroux stand noch vor wenigen Monaten auf der Bühne. (S. 15)

Regie-Klasse: Wer Regisseur werden will, kann diesen „Beruf" in München bei Generalintendant August Everding erlernen. Everding will künftige Meister der Inszenierungen in Oper und Theater zwei Jahre lang praxisnah ausbilden.

SPORT

Tennis: Großer Rummel wie beim Skirennen vor dem Kitzbüheler Turnier um Wimbledon-Sieger Boris Becker. Becker vor dem ersten Spiel: „Ich hasse es zu verlieren." (S. 8)

Rugby: Um die Austragung der Weltmeisterschaft nicht zu gefährden, hat Südafrika die Einladung zur Weltmeisterschaft 1987 in Australien und Neuseeland abgelehnt.

AUS ALLER WELT

Lepra: Britische Wissenschaftler wollen mit einem neuen Impfstoff der Lepra zu Leibe rücken, an der weltweit immer noch etwa 15 Millionen Menschen leiden. Ab 1986 soll die Vakzine in Malawi erstmals eingesetzt werden. (S. 16)

Protest: Gegen Tierversuche mit dem giftigen Weinzusatz Diethylenglykol haben sich Tierschützer ausgesprochen. Es gehe nicht an, daß nach den Verbrauchern und ehrlichen Winzern nun auch noch Tiere vorsätzlich geschädigt würden, erklärte der Bundesverband der Tierschützer.

Wetter: Bewölkt, zeitweise Regen. 15 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagan widerlegt Zweifel an politischem Stehvermögen

Vielgefächerte Offensive angekündigt / Für Reduzierung der Kernwaffen

FRITZ WIRTH, Washington

Drei Wochen nach seiner Krebsoperation, die bei Beobachtern in Washington Zweifel an seinem Stehvermögen geweckt hatte, kündigte Präsident Reagan für den Herbst eine neue politische Offensive an, in der die geplante Steuerreform, eine Reform des Staatshaushalts, das Gipfeltreffen mit Gorbatschow und die Reduzierung des internationalen Arsenals an offensiven Nuklearwaffen Priorität haben sollen.

Reagan antwortete damit auf die oft negativen Zensuren, mit denen am Beginn der Sommerpause das erste Halbjahr seiner zweiten Amtszeit versehen und suggeriert worden war, daß die sogenannte „Lame Duck"-Periode dieses Präsidenten bereits begonnen habe, in der Kongreß und Administration immer häufiger eigene Wege gehen.

Um dieses Verdikt zu korrigieren, berief er am Montag unerwartet eine Pressekonferenz in kleiner Besetzung im „Oval Office" des Weißen Hauses ein. Zugleich nutzte er die Gelegenheit, um Spekulationen über seinen Gesundheitszustand zu beenden, die am vergangenen Dienstag nach einem geringfügigen ärztlichen Eingriff an seiner Nase entstanden waren. Reagan bestätigte, daß es sich dabei um eine milde Form von Hautkrebs handele. Er sei auf zu starke Sonneneinwirkung zurückzuführen und sei mit dem Eingriff, der nur wenige Minuten gedauert habe und im Weißen Haus vorgenommen wurde, beseitigt. Eine weitere Behandlung sei nicht mehr nötig.

Der Präsident begründete außerdem noch einmal seine Absage an den kürzlichen Vorschlag Gorbatschows zu einem Moratorium von Nukleartests. Die Sowjets seien in diesen Tests den Amerikanern weit voraus und hätten sie abgeschlossen, bevor die USA mit den ihrigen begonnen hätten.

Er beendete seine Pressekonferenz mit diesem Appell an die Sowjets: „Laßt uns zu den wirklichen Tatsachen kommen. In Genf sollten die wirklichen Entscheidungen getroffen werden und nicht mit Moratorien dieser Art. Laßt uns endlich damit beginnen, die Zahl nuklearer Waffen zu reduzieren, hoffentlich bis zu ihrer völligen Abschaffung. Weitere Tests wären dann nicht mehr nötig."

Einige Unklarheit hinterließ Reagans Bemerkung: „Wenn sie (die Sowjets) aus ihrem begrenzten Moratorium, das um den Dezember herum enden soll, ein permanentes Moratorium machen wollen oder wenn sie unserem Vorschlag zu bilateralen Inspektionen der Tests zustimmen, dann sind wir bereit, dies zu tun."

Reagan schwächte dies anschließend mit dem Hinweis ab, daß ein derartiges Übereinkommen nicht möglich sei, solange die amerikanischen Tests für die „Midgetman"-Raketen nicht abgeschlossen seien. Ein Sprecher des State Department spielte diese Bemerkung Reagans später weiter mit der Feststellung herunter, daß sie keinen Vorschlag zu einer neuen Initiative darstelle. Er wies in diesem Zusammenhang auf die unveränderten Vorbehalte der USA gegenüber Teststopps wegen der Schwierigkeit ihrer Verifizierbarkeit hin.

Die Vorstellungen des US-Präsidenten über eine Vereinbarung zur

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Kohls Einwurf

HERBERT KREMP

Für den Bundeskanzler besteht nicht der geringste Anlaß, sich heute darauf festzulegen, wen er in ein von ihm gebildetes Kabinett 1987 als Außenminister holt. Erst nach dem Wahlsieg sei eine Erörterung dieser Frage fällig, ließ Helmut Kohl seinen Pressesprecher vor den Sommer-Journalisten in Bonn erklären. Damit ist der „casus" Genscher zunächst einmal erledigt. Daß der Minister sich mit noch mehr Kraft und noch mehr Freude auch über 1987 hinaus gern der Außenpolitik widmen würde, hat die Öffentlichkeit aus einem Interview erfahren. Der Wunsch ist dem langjährigen Amtsinhaber natürlich unbenommen.

Die Diskussion zur unrechten Zeit ergab sich aktuell aus einem quasi-scholastischen Streit über das Wort Entspannung. Der Begriff darbt. Er ist bis zur Inhaltslosigkeit abgemagert. In die Hülse tut jeder rein, was ihm gefällt. Die Sowjets verstehen darunter seit jeher etwas anderes als der Westen. Von einer „neuen Phase" der Entspannung zu reden, macht daher keinen Sinn: Niemand vermag zu erklären, um welche Phase von was es sich handelt. Vielleicht wissen wir nach dem Treffen Reagan-Gorbatschow in Genf mehr. Bis dahin kann man nicht geraden Sinnes von „realistischer" Entspannung sprechen, wie es der Außenminister tut. Vielleicht handelt es sich nur um ein „wirkliches Nichts", um ein Messer ohne Heft, dem die Klinge fehlt.

Das ändert nichts daran, daß man Entspannung mit wünschenswerten Vorstellungen verbindet. Die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für die Völker Mittel-Osteuropas beispielsweise würde zu einer „konkreten" Entspannung führen, genauso der Abbau des sowjetischen militärischen Überwältigungs-Potentials in der Mitte des Kontinents.

Aber vor solchen Definitionen scheut der Außenminister zurück. Er hält es lieber mit der einfachen, inhaltsfreien Entspannung – und erklärt diese zum Inhalt der außenpolitischen Kontinuität der Republik. Er pflegt also die „Tiefe der Leere", sprachlich, begrifflich. Auch gedanklich? Genschers Umwelt rätselt. Selbst Parteifreunde fragen sich, ob eine verbrauchte Sprache Ausdruck einer gebrauchsfähigen Außenpolitik sein kann.

Das fragt sich natürlich auch der Kanzler. Sein Hinweis auf Artikel 64 des Grundgesetzes (Ernennung der Bundesminister) bringt eine Selbstverständlichkeit zum Ausdruck. Sehr zurückhaltend übrigens. Vielleicht aber auch ein Quentchen Sorge.

Strauß weist Vorstoß Genschers zurück

Im Fall eines Wahlsieges der Koalition wird der FDP-Politiker nicht automatisch Außenminister

WALTER H. RUEB, Eisenstadt

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat gestern in Eisenstadt die Vorbehalte von Bundeskanzler Helmut Kohl gegenüber dem Anspruch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, sein Amt auch nach der Bundestagswahl 1987 automatisch zu leiten, bekräftigt. Kohl hatte erklärt, über Posten, einschließlich jenes des Außenministers, werde erst nach den Wahlen von 1987 entschieden. Strauß, der sich in Begleitung von Familienangehörigen, Freunden und Sicherheitsbeamten auf dem Weg zu einem Urlaubsaufenthalt in Ungarn befand, sagte der WELT wörtlich: „Dem stimme ich voll und ganz zu. Im übrigen ist dies Inhalt von klaren Vereinbarungen."

Den Anspruch Genschers, im Falle eines erneuten Wahlsieges der Regierungskoalition den Posten des Außenministers wieder zu bekleiden, unterstrich hingegen FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann. Im Anschluß an eine Tagung des FDP-Präsidiums erklärte der Politiker, die FDP bestimme seit geraumer Zeit die Außenpolitik. Haussmann: „Die FDP wird, wenn der Wähler das wünscht, als Partei und als Bundestagsfraktion den Wunsch haben, dies von der Partei und der Person her fortzusetzen."

Genscher selbst hatte im Zusammenhang mit seinem Wunsch, an einer Beratung der Vorsitzenden der drei Koalitionsparteien zu außenpolitischen Themen teilzunehmen, am vergangenen Sonntag seine Anwartschaft auf das Außenministeramt bekräftigt. Strauß hatte einen derart verfrühten Vorstoß des FDP-Politikers mit dem Hinweis auf die Verteilung der Zuständigkeiten im Kabinett über eine Legislaturperiode zurückgewiesen.

Politische Beobachter werteten die Diskussion um die Besetzung des Außenministeriums als Reaktion auf die Differenzen zwischen dem Bundeskanzler und Genscher in der Beurteilung der West-Ost-Politik. So wollte sich Regierungssprecher Friedhelm Ost nicht auf die von Genscher in jüngster Zeit häufiger gebrauchte Formel von der „neuen Phase der Entspannungspolitik" im Namen Kohls festlegen. Strauß hatte diese Formel Genschers unter Bezugnahme auf Kohl kritisiert. Gegenwärtig scheint auch noch nicht festzustehen, wie die FDP auf die möglichen Ansprüche ihres Vorsitzenden Martin Bangemann auf das Außenministerium reagieren würde.

Gerüchten über neue Gespräche mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker trat Strauß kategorisch entgegen. Es seien weder neue Gespräche und schon gar keine weiteren Kredite für die „DDR" im Gespräch. Über das Ziel seiner Urlaubsreise wollte er keine Angaben machen.

Strauß verwies auf seine Begleitung und sagte: „Ich bin im Urlaub und möchte keine Erklärungen und auch keine Interviews geben." Die Mitteilung, daß Bundeskanzler Kohl den Wunsch geäußert habe, den Vorsitzenden der bayerischen Schwesterpartei häufiger in der Bundeshauptstadt zu sehen, veranlaßte Strauß zu einer kleinen Zugabe. „Wenn Herr Kohl dies wünscht, bin ich gerne bereit, öfter nach Bonn zu kommen." Und er fügte hinzu: „Für eine noch bessere Partnerschaft tue ich alles."

Facharbeiter leisten Gros der Überstunden

DW. Köln

Immer weniger ungelernte Arbeiter leisten nach Angaben des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall Überstunden. Nach Angaben von Gesamtmetall-Geschäftsführer Dieter Kirchner ist die Zahl der Überstunden in der Metallindustrie zwischen Januar und April von durchschnittlich 1,4 Stunden wöchentlich auf 1,6 Stunden gestiegen. Vier Fünftel des Zuwachses entfielen auf Facharbeiter, der Rest auf angelernte Spezialarbeiter. Die Zahl der Überstunden bei den ungelernten Arbeitern sei, so Kirchner, dagegen um ein Prozent zurückgegangen.

Aus diesen Zahlen zieht der Verband den Schluß, daß eine Umverteilung von Überstunden auf Arbeitslose praktisch nicht möglich sei. Ein staatlich vorgeschriebener Abbau von Überstunden, wie ihn jüngst der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) vorschlug, wäre „ein nicht mehr gutzumachendes Eigentor gegen unsere Wettbewerbsfähigkeit und damit gegen die Sicherheit der Arbeitsplätze", sagte Kirchner.

Der Anstieg der Zahl von Arbeitsstunden, die von Facharbeitern geleistet würden, zeige zudem, wie problematisch jede Arbeitszeitverkürzung für qualifizierte Arbeit sei. Das Angebot an Ausbildungsstellen erreicht nach Mitteilung Kirchners in diesem Jahr in der Metallindustrie mit 85 000 Ausbildungsplätzen einen neuen Rekord. Allerdings seien nur 79 000 Bewerber für diese Ausbildungsplätze bei den Arbeitsämtern registriert worden.

Aus für Rallyes im Saarland. Leinen drängte

ULRICH REITZ, Bonn

Knapp vier Monate nach dem Regierungswechsel an der Saar trat Umweltminister Jo Leinen mit einem Paukenschlag an die Öffentlichkeit – und zog sich gleich den Zorn des ADAC- und Tausender von Motorsportfans zu. Mit seinem Drängen erreichte er, daß gestern das Landeskabinett aus „umweltpolitischen und grundsätzlichen" Erwägungen, so die Staatskanzlei, die ADAC-„Deutschland-Rallye" von 1986 an aus dem Bundesland verbannte. Dieses Jahr darf noch gefahren werden, weil die Vorbereitungen so gut wie abgeschlossen sind.

Innenminister Friedel Läpple hatte schon sein Plazet für die Veranstaltung signalisiert, auf der Fahrer aus dem In- und Ausland nach Meisterschafts-Punkten jagen. Die Zustimmung der Gemeinden lag vor. Das Vorhaben schien ungefährdet, bis Leinen Rallyes, die nach seiner Ansicht „eine Fehlentwicklung von Mensch und Technik fördern" und daher „auf Null zurückgeschraubt werden müssen", eine Absage erteilte.

Mit der Ankündigung, diese „nur von Ideologie gegen das Auto schlechthin motivierte Entscheidung mit allen Mitteln anzufechten", hat ADAC-Vizepräsident Flimm auf den Beschluß reagiert. Rallyes seien aus Gründen der Imagewerbung und Absatzförderung für die Autofirmen unverzichtbar, erklärte er der WELT. Die saarländische FDP kritisierte die Entscheidung mit dem Hinweis auf die Interessen der Gemeinden, die sich von der Veranstaltung eine Steigerung ihrer Einnahmen erhofften.

Für Hochbegabte nur ein „Taschengeld"

Die Diskussion um Förderungsmaßnahmen ist keine „Kosten-Nutzen-Rechnung"

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Eine sachliche Diskussion über die Begabtenförderung erhofft sich die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Dorothee Wilms (CDU), als Ergebnis von der 6. Weltkonferenz über hochbegabte und talentierte Kinder in Hamburg. Die politischen Diskussionen über das Thema allerdings lassen die Auflösung der Meinungsfronten kaum erwarten.

Dorothee Wilms sprach sich für die Begabtenförderung als einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit aus. Den Kritikern, die bereits vor Sonderschulen für Hochbegabte warnen, hielt sie die Förderungswirklichkeit in Zahlen entgegen: 1,5 Milliarden Mark stehen im Haushalt der Bundesregierung für Schüler- und Studenten-BAföG; 275 Millionen Mark werden für die Ausbildung Benachteiligter ausgegeben. Aber nur rund fünf Millionen Mark fließen in die Forschungs- und Förderungsprogramme für Hochbegabte, „ein Taschengeld", meinte die Ministerin.

Die Bundesregierung sehe im übrigen die Begabtenförderung im Zusammenhang mit der Breitenbildung. Zugleich aber sei die Unterstützung der Talente, außer der Hilfe für die Kinder selbst, auch für die Gemeinschaft wichtig für die Lösung zukünftiger Aufgaben in der Wissenschaft und Wirtschaft.

Gerade den Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Nutzens kritisierte der Hamburger Schulsenator Joist Grolle (SPD). Hier würde eine Kosten-Nutzen-Rechnung zur Begründung der Förderung, man unterstütze die Kinder nicht aus pädagogischen Gesichtspunkten, sondern wegen ihres Marktwertes.

Zugleich hielt Grolle der Ministerin die Kürzungen des Schüler-BAföG und die wachsenden Arbeitslosenzahlen bei Jugendlichen vor: Den jetzt 168 500 deutschen Jugendlichen, zum Teil mit einer qualifizierten Ausbildung, könne man die „handverlesenen Hochbegabtenprogramme" kaum verständlich machen.

„Ich habe mich über Sie geärgert", hielt der Psychologe Professor Wilhelm Wieczerkowski dem Schulsenator entgegen. Politisch werde mit griffigen, aber nichtssagenden Formeln operiert. „Doch ich glaube, Sie wissen nicht, was in den Schulen vor sich geht. Sie haben im Amt zu große Distanz zur Basis erreicht." Es könne nämlich in einer Gesellschaft mit Menschen unterschiedlicher Fähigkeiten gar keine absolute Gleichheit bestehen. Die täglichen Erfahrungen in der Hamburger Beratungsstelle für hochbegabte Kinder und ihre Eltern bewiesen das. „Wenn Sie ein Kind, das fließend Bücher liest, zwingen, mit den Altersgenossen mühsam zu buchstabieren, dann ist das keine Pädagogik, sondern etwas Fürchterliches."

Briten vergeht heute Hören und Sehen

REINER GATERMANN, London

Im britischen Rundfunk und Fernsehen herrscht heute eine fast vollständige Nachrichtenruhe. Die Nachrichtenredakteure der öffentlich-rechtlichen BBC hatten beschlossen, 24 Stunden ihrem Arbeitsplatz fernzubleiben. Sie protestieren damit gegen den Beschluß ihres Verwaltungsrates, auf besonderen „Wunsch" der Regierung ein ursprünglich für heute abend angesetztes Programm über Nordirland abzusetzen. Dem Beispiel der BBC-Redakteure folgten bald die meisten zentralen und regionalen Privatsender aus Sympathie für die BBC. „Schließlich kann uns gleiches passieren", wurde dort argumentiert.

An dem Nachrichtenstreik beteiligt sich auch die Mehrzahl der 600 Journalisten im 36sprachigen Weltservice der BBC. Sie befürchten, daß diese Affäre im Ausland den Eindruck erwecken könnte, ihr Dienst stehe unter dem Einfluß der Regierung, was seinem ausgezeichneten Ruf als unabhängiger Nachrichtenvermittler erheblich schaden würde.

Die Entscheidung der Board of Govenors, dem Anraten von Innenminister Brittan nachzukommen und heute abend den Dokumentarfilm „Am Rand der Union" nicht auszustrahlen, hat zu einer tiefen Kluft zwischen den Journalisten und Programmverantwortlichen einerseits und dem Aufsichtsgremium andererseits geführt. Zudem hat sich die Regierung selbst in eine verzwickte Situation versetzt und der BBC einen besonders schlechten Dienst erwiesen.

In dem umstrittenen Film wird am Beispiel des Städtchens Londonderry (die Iren nennen es Derry) die Polarisierung der Gewalt in Nordirland dargestellt, personifiziert in Martin McGuiness, von dem behauptet wird, Stabschef der Terrororganisation IRA und an Bombenanschlägen und Attentaten beteiligt gewesen zu sein. Die andere Hauptfigur des Streifens ist Gregory Campbell, ein protestantischer Unionist, der für Waffengewalt plädiert, falls mit Zustimmung Londons der Einfluß der republikanischen Katholiken und Dublins in Nordirland wachsen sollte.

Die Situation kompliziert sich für die Regierung Thatcher dadurch, daß McGuiness einerseits eine Zentralfigur der Terrorszene ist, andererseits jedoch für die Sinn Fein, die politische Mutter der IRA, einen Sitz im nordirischen Parlament erobert hat, ihm allerdings bisher ferngeblieben ist. Als Abgeordneter ist McGuiness seinen Kollegen völlig gleichgestellt, es gab auch keinerlei Bedenken, ihn kürzlich offiziell zur Einweihung des neuen BBC-Studios in Belfast einzuladen. Was in Nordirland noch – auch von der Regierung – toleriert werden kann – oder muß, daß McGuiness nur als Abgeordneter einer zugelassenen Partei behandelt wird, versucht Margaret Thatcher im nationalen Programm der BBC zu verhindern. Hier gilt für sie alleine seine mutmaßliche Rolle als Terrorist.

Innenminister Leon Brittan verteidigt seinen „Wunsch" an die BBC: „Das Volk sieht nicht ein, warum Mördern oder denjenigen, die das Morden unterstützen, Fernsehauftritte ermöglicht werden sollen, um dieses öffentliche Mittel für die Verbreitung ihrer Ansichten zu verwenden."

Jetzt wendet Lafontaine sich an den Bundespräsidenten

Landesrechnungshof moniert saarländischen Schuldenberg

UR/DW. Saarbrücken

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine hat einen neuen Versuch unternommen, Bonn dazu zu bewegen, den Landesanteil an Krediten für das angeschlagene Unternehmen Arbed Saarstahl mitzuübernehmen. Lafontaine machte sich dabei einen Bericht des Landesrechnungshofs zunutze, in dem mit Blick auf die hohe Verschuldung des Saarlandes die „verfassungsrechtlich bedenkliche Kreditfinanzierung" moniert wird. Die Verschuldung werde, so der Rechnungshof, „zum größten Teil durch die Subventionspraxis im montanindustriellen Bereich" mitverursacht. So seien Arbed allein vom Saarland seit 1982 mehr als 1,5 Milliarden Mark Hilfen bewilligt oder in Aussicht gestellt worden. Aus diesen Fakten zog der sozialdemokratische Regierungschef den Schluß: „Wenn der Bund 100 Prozent der Stahlhilfen übernehmen würde, wäre der Saar-Haushalt praktisch gesund."

Lafontaine will offensichtlich auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker in die Auseinandersetzung zwischen dem Saarland und Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) über die Entschuldung von Arbed einschalten. Der Ministerpräsident teilte mit, er habe Weizsäcker, die Bundesregierung und den Bundesratspräsidenten von den Bedenken des Rechnungshofs gegen den Landeshaushalt informiert. Er begründete seinen Brief an den Bundespräsidenten damit, daß dieser ihm angeboten habe, im Rahmen seiner Möglichkeiten bei der Lösung der finanziellen Probleme des Saarlandes behilflich zu sein.

In seiner ersten Regierungserklärung hatte der Regierungschef bereits auf die hohe Verschuldung des Saarlandes aufmerksam gemacht und vom Bund finanzielle Mitwirkung an den Hilfen für Arbed und eine stärkere Berücksichtigung im Länderfinanzausgleich und bei den Bundesergänzungszuweisungen gefordert. Saarbrücken hat inzwischen beim Bundesverfassungsgericht gegen die Bestimmungen des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern geklagt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Reagans Antwort

Von Rüdiger Moniac

Die Sowjets sind um große Worte nicht verlegen im Kampf um die „Seele der Menschheit" zum vierzigsten Jahrestag von Hiroshima. Gorbatschow verkündete einen Teststopp für Atomwaffen. Sein diplomatischer Vertreter in Genf zuckte gestern nicht mit der Wimper, als er behauptete, ein „neues Blatt in der Geschichte der Abrüstung" könnte aufgeschlagen werden, wenn sich die USA dem sowjetischen Moratorium anschlössen.

Viktor Israelian spricht von der Geschichte der Abrüstung, obwohl er weiß, daß die Geschichte der Menschheit bis heute aus Aufrüstung besteht, einer Aufrüstung, zu der die Sowjetunion ihr gerüttelt Maß beitrug. Doch was tut es schon, die Tatsachen durch Nichterwähnung zu verbiegen; der Sowjetunion frommt es in diesen Tagen, sich als der Friedensstifter schlechthin vorzustellen. Hiroshima ist vielen gegenwärtig. Die menschliche Abscheu vor der Zerstörungskraft von Nuklearwaffen macht sich Moskau bedenkenlos für seine Machtgelüste zunutze.

Für dieses Bild der weißen Taube, das vergessen machen soll, was für ein gewaltiges Militärarsenal sich dahinter verbirgt, bemüht der Kreml auch wieder mal ein „Moratorium". Dennoch ist schon heute gewiß, daß die sowjetische Nuklearrüstung nicht im mindesten durch eine derartige zeitweilige Unterbrechung gebremst würde. Die im Westen verfügbaren Anzeichen lassen eher das Gegenteil vermuten.

Wenn sich die USA unter dem vom Kreml erzeugten psychologischen Druck zur Einladung von sowjetischen Testbeobachtern veranlaßt sehen und – im zweiten Schritt – am Ende ihrer jetzt laufenden Testserie zu einem beiderseitigen Moratorium bereit zeigen, ist dies nur ein Ausweis dafür, wie stark die sowjetische Propaganda westliche Kreise desorientiert. Washingtons Angebot muß dennoch in der Sache als sehr gewichtig betrachtet werden. Denn Präsident Reagan erklärte auch, er würde am Ende der amerikanischen Testserie einem unbefristeten Versuchsstopp mit Moskau zustimmen. Ließe die Sowjetunion sich darauf ein, wäre das wirklich ein Schritt zur Rüstungsbegrenzung.

Trans-Mission

Von Carl Gustaf Ströhm

In jenem Teil der alten deutschen Hauptstadt, der von den Sowjets einst blockiert und belagert wurde und der noch heute (siehe die Moskauer Jugendfestspiele) von Moskau als „besondere politische Einheit" reklamiert wird, weil man ihn auf lange Sicht im kommunistischen Machtbereich vereinnahmen möchte, wird ein Vertreter jener Organisation sprechen, die sich als „Transmissionsriemen" der Kommunistischen Partei und damit als ihr Befehlsvollstrecker begreift. Dafür hat der Berliner Landesverband des DGB gesorgt. Zum „Anti-Kriegstag" am 1. September lud er einen Funktionär der sowjetischen Staatsgewerkschaften als Redner ein.

Man könnte hier traurige Betrachtungen über das Selbstverständnis einer freien Gewerkschaft anstellen, die mit Abscheu jeden Gedanken an die DAF der Hitler-Zeit zurückweist, bei einem Staatsgewerkschaftler der Sowjetunion aber beide Augen ebenso verschließt wie die Reste des eigenen Gewissens. Wer in Europa (und in und um Berlin) Macht verkörpert wie die Sowjetunion, hat – so die DGB-Logik – offensichtlich auch die Moral. Daß die Sowjetmacht in Polen wie in Rußland jeden Versuch, freie Gewerkschaften zu bilden, erbarmungslos niedergeschlagen hat, stört die deutschen Gewerkschaftler nicht.

Dabei führt die Macht, die der sowjetische Redner vertritt, selbst einen blutigen Angriffs- und Vernichtungskrieg in Afghanistan. Vielleicht haben die Afghanen, als sie „noch" unabhängig und neutral waren, gleichfalls sowjetische Redner eingeladen. Vielleicht gab es „fortschrittliche" Kreise in Kabul, die gleichfalls von einer „Sicherheitspartnerschaft" mit dem großen Nachbarn philosophierten.

Die Welt stürzt nicht ein, wenn ein DGB-Landesverband – und sei es an einem so wichtigen Punkt wie Berlin – die Orientierung verliert. Schlimm wird es erst, wenn die deutsche Öffentlichkeit Naivität auf der einen und geschickte Propaganda auf der anderen Seite mit Politik verwechseln sollte. Mit den Sowjets reden sollte man gewiß. Aber man sollte sich auch an Lenins Wort erinnern, wonach die Kommunisten zu jeder Lüge und jedem Betrug bereit sein müßten, um in die Gewerkschaften einzudringen und dort kommunistische Arbeit zu leisten.

Castro und sein Gauner

Von Werner Thomas

Anscheinend haben die unglücklichen IOS-Sparer beim Aufbau des Sozialismus geholfen. Ohne ihre Einwilligung freilich.

Fidel Castro dementiert nicht mehr, er gibt es jetzt zu: Robert Vesco befindet sich in Kuba. Bei einer Pressekonferenz zum Abschluß eines lateinamerikanischen Schuldenkongresses (der ja eigentlich Castros internationale Reputation fördern sollte) bestätigte Castro einen Bericht der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC. Diese hatte den größten Finanzschwindler aller Zeiten – Vesco hatte nach Cornfelds Sturz den Investmentfonds IOS in die Hände bekommen und um 224 Millionen Dollar erleichtet – heimlich in Havana gefilmt.

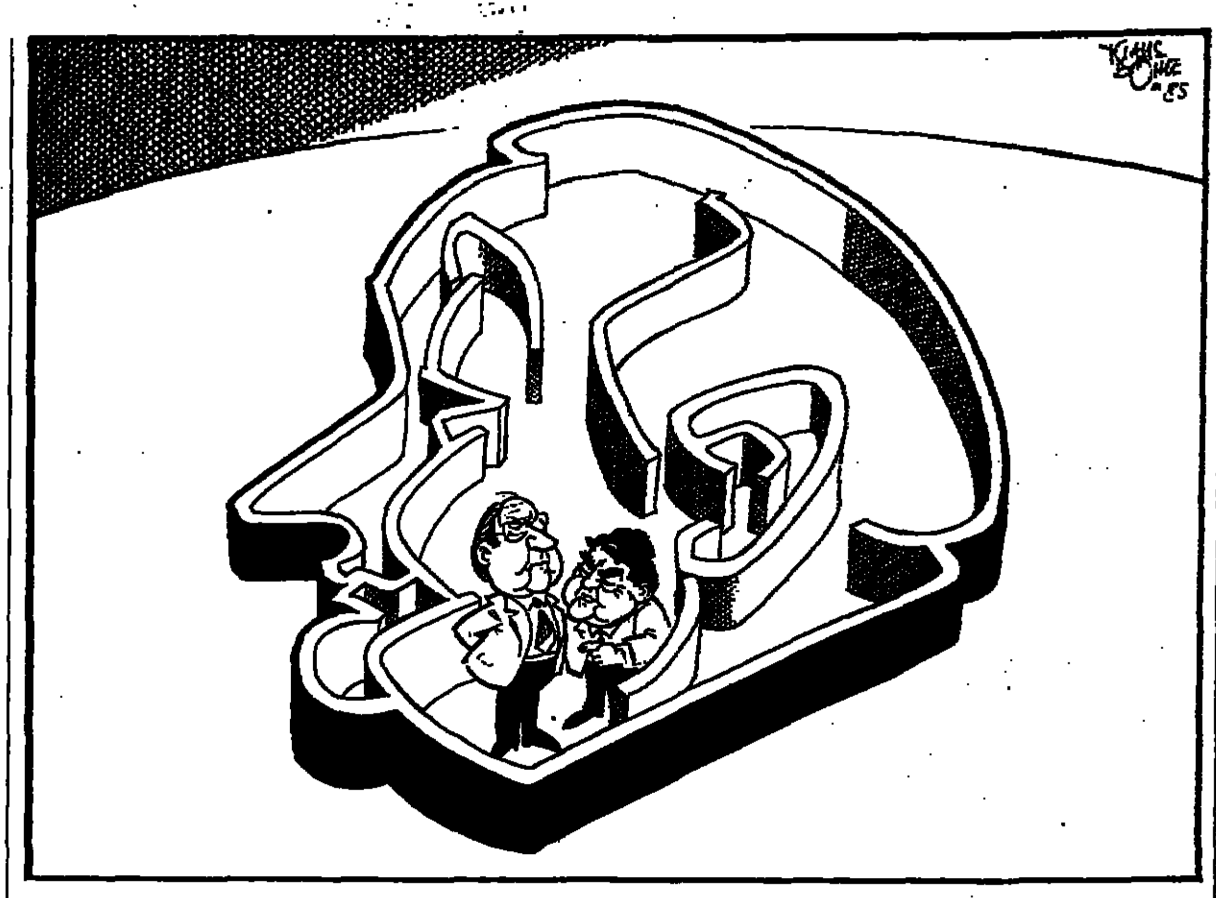
Vesco trägt heute einen Vollbart wie Kubas Revolutionshelden. Er lebt, NBC zufolge, nahe der Castro-Residenz in einer spärlich möblierten Villa, bewacht von einem Sicherheitsbeamten.

Wie kommt ein kapitalistischer Gangster vom Kaliber Vescos in ein kommunistisches Land? NBC zitierte amerikanische Ermittlungsbeamte: Der seit 1973 gesuchte US-Bürger habe in den letzten drei Jahren versucht, elektronische Geräte aus den USA nach Kuba zu schmuggeln. Vesco werde auch als Rauschgifthändler verdächtigt, obgleich in diesem Zusammenhang keine Ermittlungen laufen. Im Herbst 1982, vor dem Kuba-Aufenthalt, wurde der IOS-Dieb in dem zweiten marxistischen Land Lateinamerikas beobachtet, Nicaragua.

Robert Vesco, heute 49 Jahre alt, soll bei seinen letzten Gastgebern in Ungnade gefallen sein, weil er auch diese mit seinen Geschäften betrügen wollte – so jedenfalls die weiteren NBC-Informationen. Er sei mittlerweile fast mittellos. Wo die 224 Millionen geblieben sind, weiß niemand.

Schwer vorzustellen, daß Kuba tatsächlich leer ausging.

Fidel Castro behauptet das allerdings. Er habe nur aus Mitgefühl diesen Mann aufgenommen, der „in der ganzen Welt wie Freiwild gejagt" werde: „Was wollen Sie aus ihm machen, Hackfleisch etwa?" Vesco sei zudem krank und benötige eine ärztliche Behandlung. Was Vesco fehlt, verriet Castro nicht. Im Fernsehfilm sah der Kranke ziemlich gesund aus.



„Wie sind wir hier nur hineingeraten?" KLAUS BÖHLE

Lethargischer Löwe

Von Reiner Gatermann

Die Statistik vermeldet: 60 Prozent der Haushalte im Vereinigten Königreich verfügen über eine Eigentumswohnung oder ein eigenes Haus; fast ein Viertel besaß 1984 ein Videogerät, sechs Prozentpunkte mehr als im Vorjahr; die Zahl der Familien mit Fernsehgeräten war mit 98 Prozent unverändert, 78 Prozent hatten einen Telefonanschluß (plus einen Prozentpunkt), 94 Prozent einen Kühlschrank (unverändert), 61 Prozent eine Tiefkühltruhe (plus vier) und 44 Prozent ein Auto (plus eins). Die Statistik ließe sich fortsetzen. Sie zeigt, zumindest was diese Art der Wohlstandsmessung betrifft, eine Verbesserung.

Die auffälligste Gegenseite dieser Lebensstandardsteigerung ist die hohe Arbeitslosenquote von mehr als dreizehn Prozent mit einem deutlichen Trend zu immer längeren beschäftigungslosen Perioden. Besonders auffallend ist die erheblich verschlechterte Situation der 25- bis 44jährigen, die Jahrgänge, die eigentlich am gefragtesten sein sollten. Aber, so ermittelte die Arbeitsmarktkommission: In dieser Gruppe lag im April dieses Jahres die Quote derjenigen, die mehr als drei Jahre erwerbslos waren, um 41 Prozent höher als im Vorjahr. Auch total hatte sie mit neun Prozent gegenüber den anderen Altersgruppen (unter 25 und über 45 Jahre) den größten Zuwachs zu verzeichnen.

Im westeuropäischen Rahmen schneiden die Briten bei einem Vergleich der Wohlstandskriterien nicht sonderlich gut ab; sie tauchen bestenfalls im Mittelfeld auf. Die Schweizer, die Skandinavier einschließlich der Finnen und die Deutschen geben ihnen das Nachsehen. Aber haben deswegen nun die Insulaner das Gefühl, daß es ihnen dreckiger geht als den Deutschen oder Schweden; sind sie unglücklicher – halten sie es überhaupt für erstrebenswert, den „furchtbar effektiven Deutschen" oder den „staatskontrollierten Schweden" nachzueifern?

Es erscheint sehr fraglich, ob dies der Inbegriff britischer Lebensqualität wäre. Als im Wahlkampf 1979 Margaret Thatcher ihre Landsleute aufforderte, so viel Energie und Einsatz wie Japaner und Deutsche aufzubringen, stieß sie auf kalte Ablehnung. Seither hat sie dieses Ansinnen ihren Landsleuten nicht mehr gestellt.

Statt dessen wich sie auf die amerikanische Denkweise aus: Eigeninitiative entwickeln, ein persönliches Risiko übernehmen, einen „eigenen Laden" aufmachen. Die Reaktion war ein klein wenig positiver.

Frau Thatchers Appelle und deren Aufnahme zeigen vieles von dem Dilemma, in dem sich die Regierungschefin befindet. Sie hat das richtige Ziel vor Augen, sie hat im Gegensatz zu etlichen ihrer Vorgänger die nötige Kampflust und die Bereitschaft, persönlich alles zu geben, um die Volkswirtschaft Großbritanniens zu sanieren und die Reputation ihres Landes als Spitzenindustrienation wiederherzustellen. Aber die Masse des Volkes scheint es vorzuziehen, in Lethargie zu verharren. Margaret Thatcher ist unbequem. Solange sich ihre Aggressivität noch gegen äußere Widersacher wie den argentinischen Kriegsanstifter Galtieri und die EG richtete oder gegen eine so imaginäre Sache wie die Inflation oder gegen eine mißliebige Person wie den Aufrührer Scargill, ließ man sie gern gewähren. Aber von jedem einzelnen mehr Flexibilität, Mobilisierung neuer Kräfte und eine über das Normale hinausgehende Kraftanstrengung zu fordern, das stört gewohnte Kreise und entspricht auch nicht der Tradition, die in Großbritannien nach der Industriellen Revolution entwickelt wurde.

Großbritannien war damals führend. Es verfügte mit seinen Kolonien über geschützte Absatzmärkte



Schulsystem und Praxis: Eton-Boys FOTO: WOLFGANG KUNZ

und den Finanzplatz London. Die „City" sorgte zudem für beträchtliche Einnahmen. Heute floriert nur noch das Banken- und Versicherungsgeschäft; das Empire ist dahin, und für die Industrie kann der Zustand der Automobilbranche als bezeichnendes Beispiel dienen, auch wenn sie derzeit erhebliche Anstrengungen macht, etwas von dem verlorenen Terrain zurückzuerobern, Anstrengungen, die nicht ganz erfolglos sind.

Es gibt noch ein weiteres Hindernis, das Frau Thatchers Vorstellungen entgegensteht: das britische Schulsystem und die Tatsache, daß ein berufsorientiertes Ausbildungssystem fehlt, inbesondere im Facharbeiterbereich. Alle Gutachten kommen zu dem gleichen Resultat: Hier schneidet das Inselreich im Vergleich zu anderen Industrienationen schlecht ab. Es gibt erste Ansätze staatlich geförderter Ausbildungformen, aber der Weg ist noch weit. Ähnlich schwach ist die Position des mittleren Managements der britischen Industrie, während an deren Spitze, so versichern ausländische Mitbewerber, in den letzten Jahren eine sichtbare Verbesserung eingetreten sei.

Margaret Thatcher ist in ihrem unbändigen Willen und ihrer Kompromißlosigkeit sehr unbritisch. Wäre sie Präsidentin der USA oder deutsche Regierungschefin, würde sie mit ihrer Entschlossenheit und ihren übrigen Attributen der „Eisernen Lady" wahrscheinlich im Volk eine erheblich größere Resonanz und Folgebereitschaft finden; es würde ihr in diesen Ländern gewiß nicht so schwer fallen, die öffentliche Meinung von ihren Vorstellungen zu überzeugen. In ihrem eigenen Land zeigt sie gerade hierbei eine recht unglückliche Hand. Hier will der Funke der Begeisterungsfähigkeit nicht überspringen.

Es ist nicht leicht erkennbar, was die Briten aufrütteln könnte. Werden sie aufwachen, wenn ihre Wirtschaft so darniederliegt, daß der Internationale Währungsfonds wieder von sich hören läßt? Sicher ist dagegen, daß sie der Hinweis auf Eifer und Arbeitseinsatz anderer nicht zum Nachahmen ansporen kann. John Bull ist offenbar davon überzeugt, daß er dadurch nicht glücklicher würde.

IM GESPRÄCH John Whitehead

Pensionist als Lehrling

Von Fritz Wirth

Ich muß in den nächsten Monaten noch sehr viel lernen", sagte John Whitehead und machte sich auf den Weg in den Nahen Osten. Daß seine Lehr- und Wanderjahre in diesen Krisenzonen beginnen, ist nichts Außergewöhnliches. Daß John Whitehead den Beschluß, noch einmal in die Lehre zu gehen, im Alter von 63 Jahren und nach seiner Pensionierung faßte, verdient Aufmerksamkeit und Respekt. John Cunningham Whitehead ist der neue stellvertretende amerikanische Außenminister.

Er ist ein Diplomat mit einer großen Karriere, aber kein Karriere-Diplomat. Whitehead hat die letzten 38 Jahre seines beruflichen Lebens in der Wall Street verbracht, wo er sich bei der angesehenen Investmentbank Goldman, Sachs & Co. vom Statistiker zum Präsidenten hocharbeitete.

Stellvertretende Außenminister werden vom Präsidenten und dem Kongreß ernannt und bestätigt, jedoch vom Außenminister ausgesucht. Die Männer, die George Shultz sich ins State Department holte, sind handverlesen. Als er 1982 Außenminister wurde, rief er den Außenseiter und Juristen Kenneth Dam an seine Seite, mit dem er seit 1970 zusammengearbeitet hatte.

Als Dam im Frühjahr überraschend Vizepräsident von IBM wurde, ging Shultz nicht im politischen und diplomatischen Establishment Washingtons auf Kopf-Suche, sondern dort, wo er sich am besten auskennt: unter den Managern der Finanz- und Wirtschaftswelt. Shultz war Präsident der Bechtel-Gruppe, bevor Präsident Reagan ihn zum Außenminister machte – wofür Reagan von den Neo-Konservativen unter den Republikanern kritisiert wird.

Insider in Washington hat die Berufung Whiteheads zum stellvertretenden Außenminister nicht überrascht. Shultz und er sind nicht nur seit Jahren eng befreundet, er genießt auch den Respekt Reagans, den er schon politisch unterstützt hatte, noch bevor Reagan ins Weiße Haus einzog.



Neuer Vertreter von Shultz: Whitehead FOTO: AP

Als Whitehead sich im letzten August aus dem Bankengeschäft zurückzog, gab es bereits Spekulationen, daß er sich für einen Job in der Reagan-Administration freihalte.

Whitehead mag ein Neuling im State Department sein, doch er ist keineswegs ein außenpolitischer Außenseiter. Er gehört seit Jahren dem angesehenen „Council on Foreign Relations" an und ist ein regelmäßiger Gast im Hause Henry Kissingers. Als Präsident der internationalen Hilfsgemeinschaft für Flüchtlinge reiste er nach Sudan, nach Pakistan, Ungarn, Thailand und Vietnam.

Whitehead ist der Sohn eines Elektro-Ingenieurs aus New Jersey, diente im Krieg in der Marine, besuchte anschließend die „Harvard Business School" und gehört seit 1947 jener Bank an, die er seit 1976 leitet. Er ist mehrfacher Millionär und hätte den Rest seines Lebens müßig verbringen können. Gegenüber einem Mann wie George Shultz ist das freilich kein wirksames Argument. Shultz selbst hätte seit langem ein sehr viel ruhigeres Leben führen können, gäbe es in seiner Welt nicht Prioritäten wie Loyalität und Pflichtgefühl. So gesehen sind Shultz und sein neuer zweiter Mann Brüder im Geiste.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Nordwest Zeitung

Zum Moskauer Ekiat meint das Oldenburger Blatt:

Gegenüber dem politischen Schaden für Berlin ist es vergleichsweise belanglos, ob die Jugendlichen aus der Bundesrepublik in Moskau nun auch mal über Afghanistan und die Unterdrückung von Menschenrechten im Ostblock sprechen konnten oder nicht, zumal über Kontrollen, Zensuren und mißverständliche Übersetzungen von der Festivalregie dafür gesorgt wurde, daß zaghafte Kritik an kommunistischen Regimen im großen „antiimperialistischen" Einheitschor unterging. Mit der Forderung an die Bundesregierung, die Moskau-Reise noch nachträglich mit den bisher verweigerten Zuschüssen aus dem Bundesjugendplan zu unterstützen, wird nun vom wahren Sachverhalt abgelenkt. Nicht das Bonner Verhalten ist, wie die Jugendfunktionäre behaupten, „beschämend", sondern die Selbstgerechtigkeit der jungen Menschen, die immer noch nicht richtig einsehen wollen, daß sie mißbraucht und vor Moskaus Berlin-Karren gespannt worden sind.

Main-Post

Die Würzburger Zeitung sieht die Entwicklung der Fernsehfreiheit pessimistisch:

In Wirklichkeit sucht Schwarz-Schilling nach Frequenzen für örtliche Fernsehsender, um über sie das bisher einzige deutsche Privatfernsehprogramm SAT 1 zu verbreiten. Die es machen, hatten auf des Ministers Kabelversprechungen gesetzt – und wurden bitter enttäuscht. Derzeit können nur etwa 500 000 Haushalte SAT 1 empfangen. Und das ist für die Werbewirtschaft uninteressant.



Sie beurteilt den Ton in der Koalition:

Wenn es um das Auswärtige Amt geht, kennen die Liberalen – auf gut bayerisch gesagt – kein Grüß Gott. Daß sie gestern ungeachtet der Strauß-Kritik noch einmal nachsetzten und den Anspruch auf das Außenministerium über 1987 hinaus bekräftigten, zeugt nicht allein vom wiedergewonnenen Selbstbewußtsein der Partei und dem Streben nach Kontinuität. Hier zeichnen sich auch die ersten Verteilungskämpfe in der Koalition für die Vorwahlzeit ab, denn die Außenpolitik wird eines der Pfunde sein, mit dem die Freien Demokraten wuchern wollen.

The New York Times

Zur Lage in Südafrika meint sie:

In gewissem Maß ist Südafrikas Wirtschaft sanktionsdicht. Seine Ressourcen und wirtschaftlichen Reserven reichen aus, den meisten kurzfristigen Kalamitäten standzuhalten ... Aber die Zukunft muß in diesen Tagen in Pretoria düster erscheinen ... An einem Tag der vergangenen Woche hat die bloße Nachricht, daß eine große amerikanische Bank Südafrikanern keine Kredite mehr geben werde, den Rand um sechs Cent gleich zwölf Prozent gedrückt.

Was es alles gegen die Fernsehfreiheit gibt

Börners Blockade, kirchliche Blockierer, langsame Post / Von Gernot Facius

Bremen erlaubt ähnlich wie Nordrhein-Westfalen die „Einspeisung" privater Fernsehprogramme in die Kabelnetze. Das Saarland unter Oskar Lafontaine sperrt sich auch nicht länger. Hamburg hat mit Klaus von Dohnanyi ohnehin die Verweigererfront aufgebrochen. So ist das rot-grüne Hessen Holger Börners der einzige weiße Fleck auf der medienpolitischen Landkarte. Wie lange noch?

Von Mainz, von Aschaffenburg und aus Niedersachsen werden die Hessen zumindest über Hörfunkwellen zusätzliche Programme empfangen können. Der Druck, den Hessens (mündige) Bürger ausüben werden, um das medienpolitische Inseldasein zu beenden, wird schließlich auch hier für Wettbewerb sorgen. Schon heute gibt es Ausnahmen: Das über ECS abgestrahlte private SAT-1-Programm darf in vier „Empfangsinseln", darunter einem Großhotel, gesehen werden.

Die Zeichen stehen also generell gut für die freien Rundfunk- und Fernsehmacher, möchte man meinen. Zugleich aber werden neue Hindernisse aufgebaut. Das bremische „Vorschaltgesetz" schließt Sonntagswerbung aus. Selbst die dortige CDU hat diese Regelung sanktioniert. Werbeverbot am Sonntag, heißt es beim Bundesverband Kabel und Satellit, dem Zusammenschluß freier Rundfunkveranstalter, „ist gleich Sendeverbot". Helmut Thoma, Direktor der deutschen Programme bei Radio Luxemburg, schätzt den potentiellen Einnahme-Verlust auf fünfzehn Prozent. Und was werden die Bürger sagen, wenn sie am Sonntag auf das gewohnte Programm verzichten müssen?

Eine Art Allparteienkoalition sucht bundesweit Werbung am Sonntag zu verhindern. Die Kirchen marschieren vorneweg. „Der Sonntag ist kein Warentag", argumentiert Peter Düsterfeld, Leiter der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz. „Die Christen sind für eine Sonntagskultur, in der wahrhaft menschliche Werte die Hauptrolle spielen." Solche Verabsolutierungen stoßen freilich auf Widerspruch: „Ist die Werbewirtschaft so einfachhin zu disqualifizieren", fragt der katholische Publizist Hermann Boventer. Er glaubt, daß den kirchlichen Medien-Männern „die ganze Richtung nicht paßt". Denn: „Ein Sonntag mit Werbeverbot, das bedeutet ein Sechs-Tage-Fernsehen. Am siebenten Tag kann dann nur öffentlich-rechtlich weiter gesendet werden. Ist das gemeint?"

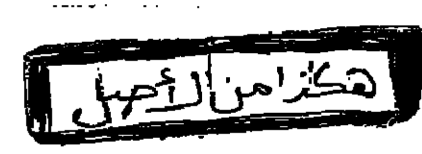
Immerhin kann die Kirche Werbung kaum konsequent als Teufelszeug abtun. Denn dann dürfte ein guter Katholik sein Kirchenblatt nicht mehr lesen (das vielfach sonntags in den Kirchen ausliegt); es enthält nämlich auch Werbung.

Aber auch die Bundespost macht den Privaten zu schaffen. Wenn auch Schwarz-Schilling die Kabellegung entgegen allen Gerüchten in bisheriger Weise weiterbetreiben will: diese bisherige Weise ist nun einmal ein Schneckentempo. Und die deutsch-französische Vereinbarung über die Einführung der neuen Satellitenfernsehnorm D2-MAC treibt freien Veranstaltern die Schweißperlen auf die Stirn. „Die übereilte Einführung der neuen Sendenorm bedeutet für private Veranstalter, die auf den direktstrahlenden Satelliten TV-Sat gehen wollen, daß sie zwar eine sehr hohe Miete für den Satellitenkanal an die Post zu zahlen hätten, in der Praxis aber zunächst nur wie bisher Kabelhaushalte erreichen, für die die Bundespost eine zusätzliche Ausstrahlung in D2-MAC vorsieht", bedauert Burkhard Nowotny, Geschäftsführer des Bundesverbandes Kabel und Satellit.

Nowotny: „Da man in den ersten Jahren für den D2-MAC-Decoder mit einem Mehrpreis von wahrscheinlich 700 bis 1000 DM rechnen muß, wird sich der Preis für Parabolantennen zum Direktempfang außerhalb der verkabelten Gebiete sicher deutlich erhöhen." Ob die Bürger mehrere tausend DM für den Empfang von vier TV-Programmen auf dem TV Sat ausgeben werden, ist fraglich. Private Veranstalter wollen aber auf den Direktsatelliten, weil sie neue Zuschauer außerhalb der Kabelnetze erreichen wollen. Dem steht die neue Norm vorerst entgegen.

RTL sieht, nicht zuletzt wegen D2-MAC, seine Zukunft erst einmal auf dem Satelliten ECS, wenngleich Thoma die Option auf Kanäle des französischen Direktsatelliten nicht aufgibt. Skeptischer äußert sich Manfred Lahnstein, Chef des Bereichs Elektronische Medien bei Bertelsmann: „Vielleicht sollten wir die nächste Generation von Direktsatelliten abwarten, die dann als Systeme wesentlich billiger sind und fünf- oder sechsmal soviel Kanäle haben." Die Postkosten betragen, wie Lahnstein in der Fachkorrespondenz „Neue Medien" vorrechnete, jährlich 28 Millionen DM je Kanal.

Es ist übrigens fraglich, ob die Industrie 1986 – dem Startjahr des TV-Satelliten – überhaupt Decoder in nennenswerter Zahl liefern kann. Dann hätte man einen Direktsatelliten, den so gut wie niemand empfangen kann. Haben wir bald eine Investitionsruine im Weltall?



Der kranke Mann an der Ruhr kommt nicht zu Kräften

Das Ruhrgebiet, einst Motor der deutschen Industrie, droht den Anschluß an die Zukunft zu verlieren. Fortschritt findet woanders statt, und deshalb kehren vor allem auch Fachkräfte dem Land zwischen Ruhr und Lippe den Rücken.

Von HANS BAUMANN

Wenn Bürger ihr Land verlassen, ist das nicht gerade ein Vertrauensbeweis. Auch für Bundesländer gilt das. Keine Region dieser Republik wurde so heftig zur Ader gelassen wie das Ruhrgebiet. 1965 hatte das Revier mit 5,7 Millionen Einwohnern seinen höchsten Bevölkerungsstand. 1983 waren es immerhin noch 5,3 Millionen, heute hält es nur noch 5,1 Millionen Bürger zwischen Ruhr und Lippe, 600 000 weniger als vor zwanzig Jahren – trotz geburtenstarker Jahrgänge auch im Revier.

Arbeitsmarkt-Politiker könnten sich zu einem Aufatmen hinreißen lassen, daß so viele Bürger gingen, denn die Arbeitslosenquote im Revier ist zur Zeit mit 15,1 Prozent die höchste in der Geschichte dieses Landes und die höchste im Bundesgebiet. Sie rangiert noch erheblich über den 14,2 Prozent der strukturschwachen Region Niedersachsen/Bremen und Schleswig-Holstein/Hamburg mit 12,7 Prozent.

Wohin sie gingen, als sie dem Revier den Rücken kehrten? In die Bundesländer mit Wachstum, nach Baden-Württemberg etwa, wo heute die Arbeitslosenquote bei sechs Prozent liegt, oder nach Hessen, wo man sich bei 8,1 Prozent stabilisiert. Selbst West-Berlin kann sich gegen die Ruhr mit einer Quote von 10,6 Prozent sehen lassen, nach 9,5 Prozent in Südbayern.

Doch die Arbeitsmarkt-Strategen haben leicht jubeln, wenn ihnen 600 000 Bürger aus der Regionalstatistik herausgefallen sind. Was sie für „Abspecken" des kranken Mannes an der Ruhr halten, ist in Wahrheit ein erheblicher Verlust an qualifiziertem Personal. Denn darüber läßt sich wohl kaum streiten: Wer geht, ist mobil, wer mobil ist, kann etwas bewegen. Und wo wohl wäre mehr zu bewegen als in diesem Land der Monostruktur an der Ruhr, in dem zwar Kohle und Stahl längst nicht mehr dominieren, das aber immer noch nicht seine Fesseln aus diesem alten Montanverbund abwerfen konnte.

Dieses klassische Verbundsystem hängt dem Land nach wie vor wie Blei an den Füßen: Der Stahl aus dem Ruhrgebiet wird im Sauerland und im Bergischen Land verarbeitet, chemische Grundstoffe kommen aus dem Kölner Raum, im Ruhrgebiet, im Sauerland und im Raum Düsseldorf stehen die Produktionsanlagen für Grundstoff-orientierte Basis-Industrie.

Das Revier, heute Schwerpunkt der Energie-Wirtschaft, ist dennoch die Grundstoff- und Halbzeug-Schmiede der Nation geblieben. Die bearbeiteten Produkte, die Fertigwaren, kommen aus den neuen Industrie-Revieren, die mit Öl und später auch mit Gas und Elektrizität (Kernkraft) den Kohlestandort Ruhr überwunden haben und nun den Markt mit Endprodukten weltweit bedienen.

Daimler und BMW werden nicht an der Ruhr gebaut, Flugtechnik ist hier ebensowenig zu Hause wie Weltraumtechnik, und hätte man Nixdorf nicht mit aller Gewalt gehalten, so wäre auch dieses erfolgreiche Haus nach Bayern ausgewandert, wie die Holding der Gutehoffnungshütte nach Augsburg. Nicht nur Menschen kehren dem Revier den Rücken, auch traditionsreiche Firmen, mit denen helle Köpfe verbunden sind. Die Ent-Industrialisierung hält an, der Abzug der Intelligenz ist ungebrochen.

Das läßt sich beweisen, wenn man den Computer befragt, was uns vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung ermöglicht wurde. Entfallen zur Zeit auf 100 offene Stellen im Bundesdurchschnitt rund 2584 Arbeitslose, so sind es in Nordrhein-Westfalen 3823, also fast 50 Prozent mehr. Analysiert man nur den Raum Nordrhein-Westfalen, so stellt sich heraus, daß hier von insgesamt 20 068 offenen Stellen zur Zeit allein 5277 (das sind 26,3 Prozent) im Revier liegen. Der Raum Düsseldorf folgt mit 22, Köln/Bonn mit 16 Prozent.

Fazit: Trotz des hohen Arbeitslosenstandes sind die offenen Stellen nicht zu besetzen. Es fehlt an der erforderlichen Qualifikation der Arbeitnehmer – vornehmlich eben mitten im Kohlenpott, der nach wie vor eine Magnetkraft für Fachkräfte ist.

Natürlich haben auch die übrigen Bundesländer Beschäftigungs-Einbußen seit dem letzten Jahr der Vollbeschäftigung 1973 hinnehmen müssen. Aber das Ausmaß blieb bescheidener (NRW minus 5,5 Prozent, Bayern minus 2,7 Prozent). Und wieder führt die Suche nach dem Grund zu den überholten Produkten-Paletten, mit denen sich dieses Land immer wieder auch auf den Auslands-Märkten im Wettbewerb ein Bein stellt.

Die Massenprodukte können sich wegen ihrer mangelnden Spezialisierung preislich vom Wettbewerb nicht abheben, ihnen fehlt Originalität und damit eine gewisse Monopolstellung, die Produkte aus anderen Bundesländern haben. An den erzielten Renditen und an der daraus resultierenden Beschäftigungs-Stabilität kann man sie ablesen. Stockt die Weltkonjunktur für die Güter der Ruhr, so hagelt es Entlassungen, laufen die Waren aus Bayern oder Baden-Württemberg nicht so gut, so hilft man sich mit Kurzarbeit über die Runden, was die Statistik eindeutig belegt.



Wirtschaftsleben unter Tage: In den 24 Zechen des Ruhrgebiets arbeiten noch 61 000 Bergleute „vor Ort" FOTO: MANFRED VOLLMER

Wie schnell der kranke Mann an der Ruhr trotz seiner politischen Krücken straucheln kann, zeigt seine Sensibilität auf Währungs-Schwankungen. Geht es mit der Mark bergauf (wie jetzt im Rahmen der Europa-Währungen um zwei Prozent), so stockt die Auftragsflut in besonderem Maße an der Ruhr, weil die Produkte von hier auch auf anderen Märkten zu dann günstigeren Konditionen gekauft werden können. Sinkt der Kurs der Mark aber, dann öffnen sich die Import-Schleusen.

Beispiel: Steigt der Kurs der Mark real um 10 Prozent, dann sinkt die Auftragsflut für das Bundesgebiet um rund 10 Prozent. Für Nordrhein-Westfalen aber sind es schon minus 13 Prozent und für die Ruhr gibt der Markt gleich 15 Prozent weniger her. Die Therapie aus dieser Erkenntnis für die notleidende Ruhr ist verblüffend einfach: Die Mark muß schwach sein, damit der kranke Mann wieder stark wird.

So wahr diese Zusammenhänge sind, so wenig sinvoll ist es, auf einen ewig starken Dollar zu warten, um die Strukturschwächen der Ruhr zu überdecken. Was die Ruhr braucht, ist eine Neustrukturierung ihrer Wirtschaft. Die verkrusteten Verbindungen, oft schon in den Großkonzernen über deren Beteiligungs-Konstellationen zementiert, müssen aufgebrochen werden, damit Produkte erzeugt werden, die wegen ihrer Attraktivität auf dem Markt Beifall und Rendite finden und nicht mit den Weltmarkt-Preisen für Massenprodukte wie die Fahne im Wind wehen.

Doch dazu bedarf es vor allem einer passenden politischen Philosophie. Da scheint der kranke Mann an der Ruhr aber in Düsseldorf an die falschen Therapeuten geraten zu sein. Statt sich zur Hochburg der Nuklear-Technologie zu mausern (auf dem besten Weg war man), ist man eher bereit, aus Furcht vor der „grünen Gefahr" für eine absolute Mehrheit der SPD auf diese Form der Energiesicherung zu verzichten.

Mehr als ein Drittel der Fachleute der Kraftwerk Union in Mülheim an der Ruhr haben ihren Dienst quittieren müssen, weil das Land Nordrhein-Westfalen auf eine zukunftsträchtige Technologie verzichten will. „Weg von Kalkar!", ruft der neue SPD-Fraktionschef Farthmann, nachdem er als Arbeitsminister 12 Teilerrichtungs-Genehmigungen für den Schnellen Brüter erteilt hatte. Sein Nachfolger als Genehmigungsbehörde, der Wirtschafts- und Energieminister Jochimsen, ist sogar bereit, den Thorium-Hochtemperatur-Reaktor in Schmehausen in Westfalen stillzulegen, wenn nach seiner Inbetriebnahme im Herbst nicht nachgewiesen werden kann, daß er auch entsorgt wird. Ja, selbst verbal versucht sich Düsseldorf vor der Kernenergie davonzuschleichen. Jochimsen kündigt an, daß man die Kernforschungs-Anlage Jülich, den Schoß des Thorium-Hochtemperatur-Reaktors, umbenennen werde, weil dieses Institut auch mit anderen Aufgaben betraut sei.



Bedingtes Ja aus Düsseldorf: Hochtemperatur-Reaktor in Hamm-Schmehausen FOTO: AP

Während der Bergbau an der Ruhr in Anzeigen die Zukunft des Landes in einer Kombination aus Kohle und Kernenergie sieht, will die Landesregierung „erst nach einem weiteren, Jahrzehnte währenden Erfahrungsprozeß" entscheiden, ob die Kernenergie auch langfristig verantwortet werden kann. Zudem sei längst nicht geklärt, wie hoch die Kosten der Entsorgung seien – Jochimsen schätzte sie auf 10 Millionen Mark" –, und auch sie müßten ja wohl in den Preis für Kernenergie eingerechnet werden. Doch dies geschieht längst. Allein das RWE und die Veba-Stromerzeugung haben in ihren letzten Bilanzen zusammen 4,9 Milliarden Mark zurückgestellt für jene Entsorgung, die künstlich zum Sorgenkind aufgepäppelt wird.

Die Entsorgung ist kein Problem, wenn die Politik sie zügig betreibt: Sie ist ein Genehmigungsproblem. Die Kosten für Kernenergie liegen in der Grundlast deutlich unter denen für andere Energieträger, was Preußenelektra und Nordwestdeutsche Kraftwerke mit ihrem hohen Kernkraftanteil längst bewiesen haben.

Auch in Düsseldorf weiß man, daß die Kernkraft eines Tages dringend benötigt wird, wenn man die Kohle veredeln will und für Gas und Öl Ersatz schaffen muß. Der „vorläufige" Verzicht auf Kernkraft wird mit dem augenblicklichen weltweiten Überhang an Energie begründet. Weise wäre es, diese Zeit der Entspannung des Marktes zu nutzen: So wie Noah weise war, als er seine Arche baute, solange die Sonne schien, in der Erkenntnis, daß er sie nicht fertig bekommen würde, wenn das Unwetter erst einmal einsetzt.

So wird dieses Ruhrgebiet auch weiterhin in Technologien von gestern verstrickt bleiben, obwohl etwa in der Kraftwirtschaft und in der Entschwefelungs-Technologie Fortschritte sichtbar werden, die aber doch wieder nur Schritte in ausgetretenen Pfaden sind. Es fehlt der befreiende unternehmerische Schwung, die längst überfällige Entflechtung von Wohnen und Arbeiten, wozu gehört, daß alte Industrieanlagen saniert oder umgewidmet werden, gerade wenn die ehemaligen Eigentümer nicht mehr vorhanden sind und eine Sanierung nur aus Steuermitteln möglich ist. Der Wohnungsmarkt könnte angesichts des Wohnungsüberhangs im ganzen Land aus den administrativen Fesseln befreit werden. Neue Kommunikations- und Verkehrssysteme sind überfällig.

Wenn nicht alles täuscht, wird der kranke Mann an der Ruhr auch weiterhin an den Krücken der Hoffnung gehen müssen, weil seine Ärzte eher Missionare als Ökonomen sind.

Zwei Welten an den Stränden des Schwarzen Meeres

Wenn sie sich begegnen, trennen sie Welten: So paradox ist für Deutsche (West) und Deutsche (Ost) die Urlaubs-Realität an bulgarischen Stränden des Schwarzen Meeres. Der Devisenbringer aus dem Westen ist hier König, der Gast aus der „DDR" erlebt Ferien auf Sparflamme.

Von HANS-R. KARUTZ

Sie kommen aus Halle, aus Rostock oder Cottbus, reisen an in Gruppen per Bus und Flugzeug oder im überladenen Trabbi mit Mini-Anhänger, um am weißen Strand des Schwarzen Meeres die Sonne zu genießen. Bulgariens Sonne bräunt Deutsche aus Ost und West. Ihre Begegnung hat für Urlauber aus der Bundesrepublik oft etwas Bedrükckendes, weil sich da unvermittelt ein Klassensystem auftut.

Für die Feriengäste aus der „DDR" stumpft der Glanz des Urlaubs am Goldstrand oder in Druschba, dem Kunst-Badeörtchen aus den fünfziger Jahren, schon bald ab. „Wir können nur etwa 30 Leva pro Person zu Hause umtauschen", berichten die Sonnenhungrigen aus dem Braunkohle-Tagebau in der Lausitz. Mehr rückt die Ostberliner Staatsbank nicht heraus, obwohl die Sparstrümpfe prall gefüllt sind – zumal für der Deutschen liebstes Vergnügen, die Ferienzeit.

„Wenn der tägliche Eintritt ins Schwimmbad vom Grandhotel schon 2,40 Leva kostet, dann läßt sich ausrechnen, daß wir uns diesen Spaß nur ein oder zweimal im ganzen Urlaub gönnen können ..." Wer an der tropischen Südost-Flanke des Warschauer Pakts nicht (devisen)flüssig ist, muß den Gürtel eng schnallen und mit minderer Urlaubsqualität leben, der bringt zum Teil auch die Konserven von zu Hause mit.

Die ständige Frage: „Change money?"

West-Gäste leben dagegen in Saus und Braus – mit unbeschränkten Devisen und ständig verfolgt von der gemurmelten Frage „Change money? Change money?". Vor allem in den Strandparks flanieren zur Nachtzeit die bulgarischen Umtausch-Spezialisten: Während der offizielle Kurs 66 Leva für 100 DM lautet, verwandeln sich auf den dunklen Wegen des Privathandels 100 Deutsche Mark schnell in 100, 120 oder 140 Leva. 150 bis 200 Leva sind der Monats-Durchschnittsverdienst eines bulgarischen Arbeiters.

„Wir hatten kaum die Koffer in der Rezeption abgestellt, fragte uns schon die Hotel-Sekretärin, ob wir bei ihr tauschen wollen", schildert ein Münchner Ehepaar auf der schummrigen Terrasse eines Hotels den Alltag am sozialistischen Südmeer.

Besonders aktive Tausch-Profis sind die zahlreichen polnischen Urlauber: „Einer sprach mich sogar im Schwimmbassin des Hotels an – weiß Gott, sie müssen schon an der Badekappe erkennen, daß man aus dem Westen kommt", wundert sich eine Hausfrau aus dem Rheinland.

Bei den polnischen Mini-Bankern sind sich die Gäste aus der Bundesrepublik sicher, kein Kleingeld in Scheinen beim streng verbotenen Blitz-Umtausch untergeschmuggelt zu bekommen. Sie müssen ja selbst erst irgendwo Leva eingetauscht haben. Bei den Einheimischen stellt sich mitunter heraus, daß der Tauschbetrag weit unter der vereinbarten Summe liegt, wenn man später im Hotel auf der Bettkante nachzählt.

Derartigen Versuchungen sind die Sonnenanbeter aus der „DDR" nicht ausgesetzt. „Unser Ostgeld will niemand haben." Die meisten kommen als Gruppenreisende und werden, immer im Kollektiv, an ihren Tischen mit Einheits-Essen und -Portionen bedacht. Die West-Gäste, einige Tische entfernt, können mit ihren „Spielgeld"-Talons ordern, was die (schmale) Karte hergibt.

Begegnungen mit Hindernissen

Wegen der äußerst knapp bemessenen Leva-Kasse reisen die Leute aus der „DDR" oft mit Sack und Pack an: Konservendosen, Getränke, andere Nahrungsmittel. Wer die strapaziöse Zwei-Tage-Fahrt aus der „DDR" mit dem Schienenexpreß auf sich nimmt, ist doppelt gestraft – denn für derlei Kalorien-Fracht ist in der Regel kein Platz. „Damit wir mit den Leva überhaupt auskommen – und woher sollten wir Devisen hernehmen? – leben wir oft tagelang von Eiern und Tomaten." Dieses Klagelied ist an der sozialistischen Côte d'Azur nicht ungewöhnlich.

Ein deutsch-deutsches Gespräch kann im heißen Strandsand zustande kommen – falls die Westler nicht am so gekennzeichneten „Devisenstrand" ihren Sonnenschirm aufpflanzen. Aber Small talk in einem der Hotel-Cafés oder gar am reichlich gedeckten Tisch eines Abendrestaurants läßt sich nur schwerlich arrangieren. Dem Gastgeber schlägt das schlechte Gewissen, den Gästen von drüben – durch Sprache und Denkweise vertraut – ist die West-Einladung oft peinlich. Kaum merklich, aber dennoch erkennbar zuckt das Ehepaar aus Schwerin zusammen, als es vor der Tür des vereinbarten Hotel-Treffs andere „DDR"-Gäste aus derselben Gruppe erkennt, die nun mühelos wissen: Die haben West-Kontakt – denn niemand könnte sich einen solchen Abend leisten, fände er nicht westliche Gönner.

Die Einzel-Urlauber von drüben wohnen in der Regel in winzigen hölzernen Garten-Häuschen, die als „Bungalows" eingestuft sind. „Man kocht selbst, weil die Leva zum Essengehen nicht reichen. Schlimm ist nur das lange Schlangestehen vor den Läden, um Eßbares zu ergattern", erfahren Urlauber aus dem westlichen Deutschland von ihren Landsleuten. Nur Schub um Schub dürfen die Kunden in die Läden – nach dem Maß der verfügbaren Körbe.

Selbst für die Privilegierten in der „DDR"-Gesellschaft wird die unter diesen Umständen gar nicht so goldene Goldküste nur erreichbar, wenn man ans Sparbuch geht: 800 Ost-Mark pro Familienmitglied kostet ein Flug Ost-Berlin–Varna, auch wenn die Staatsgewerkschaft FDGB der Vermittler eines Ferienplatzes in einem Urlauberheim am Meer ist.

Roth fordert „Offensive für mehr Arbeit“

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert von der Bundesregierung eine „sofortige Offensive für mehr Arbeit“. Ihr stellvertretender Vorsitzender Wolfgang Roth sagte gestern: Angesichts der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und einer sich verschlechternden Konjunktur in den USA sei eine „neue Politik für mehr Arbeit in einem nationalen Beschäftigungspakt“ notwendig. Ähnlich wie etwa jetzt auch FDP-Generalsekretär Haussmann erneuerte Roth vor allem seine Forderung nach Maßnahmen zur Steigerung der Binnennachfrage.

Der SPD-Abgeordnete verglich die Daten jeweils der zweieinhalb Jahre nach den Konjunkturtiefs 1967 und 1975 mit der Entwicklung seit Jahresmitte 1982 und kam zu dem Schluß: Nach 1967 und 1975 sei das Bruttosozialprodukt um 19,5 bzw. 11 Prozent gewachsen, jetzt nur um 7 Prozent. Niedrige Lohnabschlüsse und „Kürzungen der Sozialtransfers“ hätten die Binnennachfrage ebenso gedrosselt wie der Rückgang der öffentlichen Investitionen. Nach Roths Angaben hat die „aktive Beschäftigungspolitik der früheren Regierungen“ dazu beigetragen, daß „nach der Krise in den siebziger Jahren die Zahl der Erwerbstätigen um 750 000 stieg, während sie bisher zurückging“.

Zu den von Roth vorgeschlagenen Maßnahmen gehören „stetige Arbeitszeitverkürzung“, ohne die es im Metallbereich bereits heute 80 000 mehr Arbeitslose gäbe, eine „Unternehmenssteuerreform, die das Investieren in neue Arbeitsplätze fördert, eine Finanz- und Sozialpolitik, „die die Masseneinkommen fördert“, sowie das von der SPD entwickelte Projekt „Arbeit und Umwelt“, über das „jedes Jahr 400 000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten“.

Trotz des Lobes auf frühere Konjunkturprogramme taucht bei Roth keine Forderung nach „klassischen“ Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf. Er unterstützte ausdrücklich das Treffen von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften am 5. September, wenn es auf einen „Beschäftigungspakt“ abziele.

„Fusionspläne in NRW grenzen an Wahnwitz“

Staatssekretär Vogt übt Kritik an Biedenkopf-Kommission

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die rheinischen Sozialausschüsse der CDA wenden sich gegen die Fusionsbestrebungen der beiden CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe. Ihr Vorsitzender, der parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, kommentierte gestern die Pläne mit dem Vergleich: „Einen Kopf zu schaffen, ohne zu wissen, auf welchem Körper er sitzt, und ohne zu wissen, auf welchen Beinen der Körper steht, grenzt an Wahnwitz.“

Damit bezieht er sich auf den Beschluß der Strukturkommission unter der Leitung von Professor Kurt Biedenkopf, der in einem Mehrstufenmodell als erste Phase einer Vereinigung den Grundsatzbeschluß beider Landesverbände überhaupt erst einmal voranstellen will. Vogt, der schon in der Öffentlichkeit – neben dem Westfalen Biedenkopf – als möglicher Kandidat aus dem rheinischen Lager für den Vorsitz eines geeinten CDU-Verbandes gehandelt wurde, sagte dagegen: „Ein solcher Beschluß wäre nichts Halbes und nichts Ganzes.“ Nicht zuletzt bei der Größe des Bundeslandes sei es entscheidend, welche Struktur die Landespartei unterhalb des Landesverbandes habe. Der CDA-Landessozialsekretär Ralf Lindemann, der gestern an die Gliederungen der CDA „Argumentationshilfen“ verschickte, ergänzte gegenüber der WELT: „Wir befürworten ein anderes Modell, nämlich eine Konföderation von Rheinland und Westfalen-Lippe, aber mit einem politisch und organisatorisch gestärkten Präsidium.“ Dieser Standpunkt der CDA bringt jetzt die Planungen gehörig durcheinander. Heute tagt die Strukturkommission, am Freitag will das Präsidium sich noch einmal abstimmen, um die Weichen zu stellen für die Entscheidung des Landesparteitages Westfalen-Lippe am folgenden Samstag in Paderborn. Mitte Oktober wollen die Rheinländer über die Fusion abstimmen.

Ungeachtet dessen argumentiert Vogt, selbstverständlich befürworte auch er eine organisatorische Stärkung der CDU in Nordrhein-Westfalen. Eine Fusion aber müsse das Profil der CDU als Volkspartei stärken, und dieser Prozeß dürfe die Kraft der Partei nicht in organisatorischen Veränderungen aufzehren. Die CDU benötige jetzt Kraft und Zeit, um sich auf die Inhalte der Politik und ihre Umsetzung ins Bewußtsein der Bürger zu konzentrieren. Die CDU sei aber nur als Volkspartei, in der „starke Vereinigungen unverzichtbar“ seien, mehrheitsfähig. Alle Aktivitäten der regionalen Parteigliederungen seien umsonst, wenn die Politik nicht vom Ausgleich der Interessen gekennzeichnet sei. Der CDA-Vorsitzende erklärte weiter, eine Volkspartei müsse in allen großen gesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen vertreten sein. Wer in solchen Verbänden aber die „Fahne der CDU hochhält, muß innerhalb der Partei die gleiche Chance haben wie die ‚Parteiarbeiter‘“.

Die Niederlage bei den Landtagswahlen am 12. Mai hätte politische Gründe gehabt, die Ursachen der Niederlage aber seien weder im technisch-organisatorischen Bereich noch im „Verkauf“ der Politik zu suchen. In den „Argumentationshilfen“ heißt es dazu weiter, die Existenz zweier Landesverbände der CDU in NRW habe zu Reibungsverlusten geführt – früher wie in jüngster Zeit –, aber dennoch habe die CDU in NRW auch Wahlen gewonnen – nicht nur zu Karl Arnolds Zeiten, sondern auch zur Bundestagswahl am 6. März 1983.

Die „Argumentationshilfe“ kommt zu dem Schluß: „Die Abwägung der Argumente für oder gegen eine Fusion macht deutlich, daß eine umgehende totale Fusion auf Grundlage des Vorschlags der Präsidiumskommission nicht wünschenswert, wenn nicht sogar schädlich sein wird.“ Das Fusionsverlangen in weiten Teilen der CDU sei nicht auf organisatorische Mängel zurückzuführen, sondern auf „mangelnde Integrationsfähigkeit von handelnden Personen“.

„Geomar“ oder Grenzen der Einigkeit

Von W. WESSENDORF

Wenn die Regierungschefs der vier norddeutschen Küstenländer zusammentreffen, spielen sie „Vier Männer in einem Boot“. Es scheint, als würden sie sich mit vereinten Kräften in die Riemen legen und im großen schwarz-roten Netz den Fisch Gemeinwohl an Land ziehen. Doch jeder wirft einen eigenen Köder aus, um für sich selbst den dicksten Brocken zu fangen. „Kapitän“ Uwe Barschel, Schleswig-Holsteins Ministerpräsident, wird dennoch nicht müde zu betonen, daß eine „Koalition der Vernunft“ den Vorsprung des Südens verringern soll.

Doch die zur Schau getragene Einmütigkeit grenzt gelegentlich schon an Travestie. Das Quartett gibt sich schlicht der Lächerlichkeit preis. Denn der ernsthafte Wille ist nicht erkennbar, den erfolgreichen Bayern und Baden-Württembergern ein festes Küstenbündnis entgegenzusetzen. Ernst Müller-Hermann (CDU), in jahrzehntelanger Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag und als EG-Parlamentarier geschult und erfahren, jetzt mit einem Beratervertrag des Bremer Senats ausgestattet, kritisiert knapp: „Es fehlt die Abstimmung im Norden.“ Deshalb könnten die Küstenländer ihr politisches und ökonomisches Gewicht nicht voll zur Geltung bringen.

Die Nordlichter spielen sich gegenseitig aus, statt zusammenzuwirken. Das gelte, so Müller-Hermann, insbesondere für den zukunftsträchtigen Bereich der Technologie und Forschung. Zahlen unterstreichen die Warnung. In der Bundesrepublik werden durchschnittlich pro Kopf 295 Mark jährlich in die Forschung investiert. Baden-Württemberg liegt mit 473 Mark weit darüber, Niedersachsen beispielsweise mit nur 140 Mark weit darunter. Eindrucksvolle Zahlen aus dem Jahr 1983.

„Sie sind symptomatisch“, meint Müller-Hermann. Es müsse – und könne vor allem – mehr Geld für diese Zwecke aus den EG-Kassen geholt werden. Das setze aber Einigkeit voraus. So fließen nur Bruchteile an Prozenten in den Norden der Bundesrepublik. Der Bremer Regierungsberater: „Wir brauchen mehr arbeitsfähige Institute nördlich des Mains. Bekommen wir aber mal eines angeboten, stürzen sich alle wie hungrige und wilde Hunde auf den Knochen. Das schadet, weil beim Kampf jeder gegen jeden viel Zeit verloren wird.“

Ein besonders begehrter und damit umstrittener „Knochen“ heißt „Geomar-Institut für marine Geowissenschaften“. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat im Herbst vergangenen Jahres befunden: „Die über die ganze Bundesrepublik verstreuten marine-geowissenschaftlichen Aktivitäten und



Norddeutschland

Kapazitäten sollten durch ein zu gründendes Institut für marine Geowissenschaften gefördert werden.“ Die DFG verfolgt damit eine Vertiefung der Grundlagenforschung auf diesem Gebiet, ihre Koordination und die Integration des interdisziplinären Charakters der Aufgaben. Das neue Institut soll an der Küste entstehen, dem idealen Standort für marine-geowissenschaftliche Forschungsschwerpunkte.

Während sich die vier Regierungschefs von Hamburg, Klaus von Dohnanyi (SPD), Bremen, Hans Koschnick (SPD), Niedersachsen, Ernst Albrecht (CDU), und Schleswig-Holstein, Uwe Barschel (CDU), nach außen als vierblättriges Kleeblatt geben, üben sich ihre Untertanen und Beamten in kontroversen Planspielen. Jeder will das „Geomar“ für sich an Land ziehen. Dabei bestimmen Taktik und Eifersüchteleien das Tagesgeschäft.

So tragen die Kieler den Bremern nach etlichen Jahren immer noch nach, daß das Polarforschungsinstitut, nach Alfred Wegener benannt, Bremerhaven zugeschlagen worden ist. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte mit dieser Standortbestimmung seinerzeit eingegriffen und eine politische Entscheidung gefällt.

Auch bei der Vergabe von „Geomar“ wird es wiederum eine politische Entscheidung geben. Denn unter sachlichen Gesichtspunkten ist jedes der vier Küstenländer ein potenter Bewerber, kann triftige Argumente für sich ins Feld führen. Allen voran haben Hamburg und Kiel mit ihren zahlreichen bewährten maritimen Instituten besonders gute Karten in der Hand. Allerdings, so meinen Experten, könne ihre Tradition zu Nachteilen führen. Die Strukturen seien verkrustet. Für Bremen und Bremerhaven spricht, im Verbund mit Oldenburg und Wilhelmshaven, dagegen ein Neuaufbau. Statt drohender Monopolisierung könnte damit die interdisziplinäre Zusammenführung mehr zum Zuge kommen. Das jedenfalls ist die Meinung der DFG – während alle vier Küstenländer ihre Ansprüche angemeldet haben und mit unterschiedlichsten Argumenten um „Geomar“ streiten.

„Es ist naütrlich, daß jedes Land das Institut in seinen Grenzen haben will“, weiß ein Behördeninsider. Denn immerhin liegt die Arbeitslosigkeit in Norddeutschland im Vergleich zu den Technologiezentren um München und Stuttgart teilweise fast dreimal so hoch bei über 14 Prozent.

Indes entbehrt ein neues Beispiel im Wettbewerb um Institute nicht einer gewissen Süffisanz. Anfang Juni beschloß der Bremer Senat, an der Universität einen Forschungs- und Ausbildungsschwerpunkt „Raumfahrttechnik“ einzurichten. Im Wettlauf waren die Hamburger zurückgeblieben, die nun gerne einen Lehrstuhl für Luftfahrt für sich haben wollen. Doch freute sich der Bremer Senator für Wissenschaft, Horst-Werner Franke, diebisch: „Bremen hat eine erste Etappe in dem beginnenden Wettlauf um die Etablierung von Zentren der Raumfahrttechnik in der Bundesrepublik gewonnen.“

Eine neue Auflage der Hanse – eine Hanse 2000 – scheint noch in weiter Ferne.

Karlsruhe: Autonomie der Kirche bestätigt

DW. Karlsruhe

Kirchliche Einrichtungen haben das Recht, Mitarbeitern zu kündigen, die fundamentale Grundsätze der kirchlichen Lehre in Frage stellen. Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat so über Verfassungsbeschwerden der Krankenpflegeanstalt der Barmherzigen Schwestern von der Heiligen Elisabeth zu Essen und der Deutschen Provinz der Salesianer Don Boscos in München entschieden.

Die Trägerin des katholischen Krankenhauses hatte einem Assistenzarzt gekündigt, der sich öffentlich für den staatlichen Schwangerschaftsabbruch (§ 218 Strafgesetzbuch) ausgesprochen hatte. Der zweite Fall betraf ein Jugendwohnheim. Dessen Trägerin, eine Ordensgemeinschaft, hatte einen Buchhalter entlassen, nachdem er aus der Kirche ausgetreten war.

Das Bundesverfassungsgericht hob Revisionsentscheidungen des Bundesarbeitsgerichtes wegen Verletzung des den Kirchen und ihren Einrichtungen durch die Verfassung gewährleisteten Selbstbestimmungsrechts (Artikel 140 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 137 Absatz 3 der Weimarer Reichsverfassung) auf.

Diese Verfassungsgarantie ermögliche den Kirchen, in den Schranken des für alle geltenden Gesetzes den kirchlichen Dienst nach ihrem Selbstverständnis zu regeln und die spezifischen Obliegenheiten kirchlicher Arbeitnehmer verbindlich zu machen. Welche Grundverpflichtungen bedeutsam sein könnten, richte sich nach Maßstäben der Kirche.

Für die konkreten Fälle hat das Bundesverfassungsgericht den Schluß gezogen, das Bundesarbeitsgericht habe den Loyalitätsverstößen nicht die von der Verfassung her gebotene Bedeutung beigemessen. Ein öffentliches Bekenntnis zur Regelung des § 218 a StGB sei für die Kirche, die Abtreibung als verabscheuungswürdiges Verbrechen bewerte, nicht tragbar. Auch ein Kirchenaustritt gehöre zu den schwersten Vergehen gegen Glauben und Einheit der Kirche (Aktenzeichen 2 BvR 1703 aus 83 und andere).

Glaube, Hoffnung und Liebe,
diese Drei sind Eins,
das Größte aber ist die Liebe.

Resi Murawski
geb. Stute

* 24. 3. 1929 † 5. 8. 1985

Ein langer, schwerer Kampf ging zu Ende.

Sie hat uns so viel Glück und Freude gegeben. Wir sind unendlich traurig, daß sie von uns gehen mußte.

In Liebe und Dankbarkeit
Josef und Vera Murawski
und Angehörige

4005 Meerbusch 1, Brühler Weg 46

Das Seelenamt wird am Freitag, dem 9. August 1985, um 8.15 Uhr in der Pfarrkirche St. Mauritius, Meerbusch-Büderich, Dorfstraße 1, gehalten.

Die Beerdigung findet anschließend um 9.30 Uhr von der Kapelle des Friedhofes Meerbusch-Büderich, Brühler Weg, aus statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Anstelle von Blumen und Kränzen wäre eine Spende zugunsten der Deutschen Krebshilfe, Kto. 90 90 90, Stadtsparkasse Bonn, im Sinne der Verstorbenen.

Jenninger: Unkenntnis ist der Nährboden für Vorurteile

5,5 Millionen Mark für „Parlamentarisches Patenschaftsprogramm" im Etat des Bundestages

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Im Haushalt des Deutschen Bundestages ist eine Summe von 5,5 Millionen Mark für ein „Parlamentarisches Patenschaftsprogramm" ausgewiesen. Was es damit auf sich hat, zeigte Bundestagspräsident Philipp Jenninger, als er jetzt zum Abschluß ihres einjährigen Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland etwa 170 junge Amerikanerinnen und Amerikaner empfing – die größere Hälfte von 250, die insgesamt kamen, während 334 Deutsche sich im Rahmen des Austauschprogramms nach 12 Monaten aus den USA verabschiedeten.

Der Deutsche Bundestag und der Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika haben diesen aufwendigen Austausch 1983 aus Anlaß des 300. Jahrestages des Beginns deutscher Einwanderung nach Nordamerika beschlossen. Der zweite Austausch-Jahrgang macht sich in diesen Tagen auf die Reise: 520 junge Deutsche nach drüben, 535 gleichaltrige Amerikaner in die Bundesrepublik Deutschland.

Der Hintergrund für die große organisatorische und finanzielle Leistung – es handelt sich um Vollstipendien für Schüler und junge Berufstätige – ist der Generationswechsel in der Politik. Jenninger: „Jene Frauen und Männer, die in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschen und Amerikanern begründeten, haben sich zunehmend aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. Ihren Platz nehmen nun immer häufiger jüngere Menschen ein, denen die persönliche Erfahrung im Miteinander unserer beiden Völker fehlt." Unkenntnis aber, so sagte der Bundestagspräsident zu den Amerikanern vor ihrer Abreise, sei der Nährboden für Vor- und Fehlurteile. Vor beidem müsse man sich hüten, damit sich auch in Zukunft das deutsch-amerikanische Verhältnis freundschaftlich entwickele.

Trotz aller Willensbekundungen in Einsicht dieser Situation bei Bonner Ministerien und bei den verschiedensten Organisationen ist das Parlamentarische Patenschaftsprogramm wohl der großzügigste Weg zu einem gewollten Erfolg. Das „Sonderprogramm des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit" konnte 1983 trotz vorher genannter höherer Zahlen nur in 45 Fällen Programme unterstützen, weil es aus dem Haushaltsansatz von einer Million Mark schließlich nur 569 000 Mark gab. Der Gesamtaufwand aus Bundesjugendplanmitteln für Veranstaltungen mit Partnern in den USA betrug 1983 rund 1,6 Millionen Mark.

1984 wies die Bundesjugendplanziffer des Sonderprogramms USA 1,5 Millionen Mark aus. Die US-Regierung hatte durch die United States Information Agency (USIA) 400 000 Dollar bereitgestellt. Durch deutsche Mittel aus dem Familienministerium konnten 120 Austauschprogramme verschiedener Träger gefördert werden. Allerdings wird eingeräumt: „Das Ziel einer wirklich bilateralen Förderung des Jugendaustausches, bei der das entsendende Land die Fahrtkosten, das gastgebende Land die Aufenthaltskosten der Jugendlichen fördert, konnte gemeinsam mit den USA nur bei etwa 20 Programmen erreicht werden." Die Finanzierung des Austausches erfolge eben auf amerikanischer Seite weitgehend aus privaten Fonds.

Das Austauschprogramm für junge Berufstätige des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, dessen Teilnehmer laut Text das 25. Lebensjahr überschritten haben sollen, ist erst konzipiert und soll 1985 beginnen. Mittelfristig ist ein Austausch von je 500 Teilnehmern angestrebt, in diesem Jahr fängt man aber mit nur je 100 an. Gedacht ist an Aufenthalte von jeweils sechs Monaten. Für 1985 wurden im Haushalt dieses Ministeriums 500 000 Mark für den US-Austausch eingesetzt.

So ist das auf deutscher Seite vom Bundestag getragene Programm tatsächlich, wie Philipp Jenninger sagte, das „Kernstück" in diesem Bereich. Mit der nach Mark Twain „schrecklichen deutschen Sprache" wurden die Amerikaner ganz offensichtlich hervorragend fertig, umgekehrt soll es mit dem Amerikanischen gewesen sein. Der Bundestagspräsident, der von einem Bewerber-zu-Stipendiaten-Verhältnis 1985 von 6:1 weiß, dankte den vielen hundert amerikanischen und deutschen Gastfamilien, ohne die es das Parlamentarische Patenschaftsprogramm nicht gebe.

Die Rechnung von Börner ging wieder auf

dg. Wiesbaden

Holger Börners waghalsige Kalkulation, die Grenzen seines Entgegenkommens gegenüber den Grünen und den Linken in seiner eigenen Partei durch Bonn bestimmen zu lassen, ist ein weiteres Mal aufgegangen. Indem sich der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) nach langem theatralischen Sträuben nun den Weisungen von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) gebeugt hat, die teilweise Stillegung der Hanauer Atomfabrik, Reaktor Brennelemente Union (RBU), aufzuheben und den sofortigen Beginn der Bauarbeiten für die benachbarte Firma Nukem II anzuordnen, ist sowohl der Ausbau der Hanauer Firmen als auch die Zustimmung der Grünen und SPD-Linken zu Börners „Gegengewichtskurs" gegen Bonn gesichert.

Allerdings werden die Auseinandersetzungen weitergehen. Die Staatsanwaltschaft Hanau ermittelt seit mehreren Monaten gegen die Firmen RBU, Nukem und Alkem wegen Verdachts auf illegalen Betrieb von Anlagen sowie gegen zwei leitende Beamte der Atomabteilung in Stegers Ministerium wegen Verdachts auf Beihilfe zu diesem Delikt.

Die Landtagsfraktion der hessischen Grünen hat gegen Zimmermann auf Grund seiner Weisungen an Steger Strafantrag wegen Begünstigung und Beihilfe zum unerlaubten Betrieb einer Atomanlage gestellt. Steger hatte deshalb schon am 18. Juli vorsorglich erklärt, er lege „Wert auf die Feststellung, daß damit (nämlich mit den aus Bonn ergangenen Weisungen, d. Red.) der Bundesinnenminister die Verantwortung auch im Hinblick auf die bekannten anhängigen Rechtsverfahren übernommen hat".

Inzwischen hat die Firma Nukem angekündigt, „sofort" mit dem Bau ihrer neuen Brennelementefabrik beginnen zu wollen. Damit soll auch die Lager-Kapazität für Spaltmaterial von 1800 auf 6000 Kilogramm erhöht werden.

Steger hatte die Anordnung eines Sofortvollzugs gegen anstehende Klagen mit der Begründung abgelehnt, daß ein solches Vorgehen „nicht im öffentlichen Interesse" liege. Diese Haltung mußte er jetzt revidieren. Eine Genehmigungsauflage an die Firma, kein höher angereichertes Uran zu verarbeiten, mußte er auf Weisung des Bundesinnenministers bereits Ende vergangenen Jahres fallenlassen. Die Firma RBU hatte die von Steger verfügte Teilstillegung ohnehin schon durch eine Klage mit aufschiebender Wirkung am 3. Juli außer Kraft gesetzt.

Die hessische CDU kommentierte, Steger habe mit seiner Politik eine „Bauchlandung" erlitten. Generalsekretär Manfred Kanther appellierte an Börner, den Weg des „Streites um jeden Preis" zu verlassen und zur Politik des Miteinander zurückzukehren.

Südafrikas Gewerkschafter setzen auf Einschüchterung

Keine Streikkasse / Überzogene Forderungen / Politische Motive im Hintergrund

M. GERMANI, Johannesburg

In dem schwelenden Lohnkonflikt zwischen der schwarzen Gewerkschaft „National Union of Mineworkers" (NUM) und Vertretern der Bergwerkskammer Südafrikas haben sich die Fronten ganz offensichtlich verhärtet. Während der Generalsekretär der NUM, Cyril Ramaphosa, behauptet, daß 240 000 Arbeiter der 18 Gold- und elf Kohleminen gewillt seien, an dem Streik teilzunehmen und er zusätzlich die Teilnahme anderer Minenarbeiter erwarte, wodurch die gesamte Streikbeteiligung rund 400 000 Arbeiter umfassen würde, wird vom Präsidenten der Kammer, Clive Knobbs, in einem Interview mit dem Johannesburger „Star" das Ausmaß der Bewegung bestritten.

Knobbs glaubt, daß nur rund zehn Prozent der Arbeiter bereit wären, an dem geplanten Streik teilzunehmen. Streikende Arbeiter werden nicht durch Zahlungen aus der Gewerkschaftskasse für ihren Lohnausfall entschädigt. Die NUM verfügt nicht über einen entsprechenden Fonds für solche Fälle. Ramaphosas Angaben zufolge hat NUM 240 000 nicht registrierte Mitglieder und 150 000 offizielle Mitglieder.

Es geht vordergründig um Lohnerhöhungen. Die offiziellen Forderungen der NUM belaufen sich auf eine Lohnerhöhung von praktisch 22 Prozent, während die Kammer sich lediglich zu einer Erhöhung von 19,6 Prozent bereit erklärt hat, die bereits seit dem 1. Juli in Kraft getreten ist. Die derzeitige offizielle Inflationsrate liegt bei 17 Prozent. In einem Gespräch mit der WELT betonte der Sprecher der Kammer, John Imrie, es sei immer die Politik der Kammer gewesen, selbst in den kritischsten Situationen mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Doch nun seien die Forderungen der NUM zu weit hochgeschraubt worden. Insgesamt beliefen sie sich für die Arbeiter in den Gold- auf 32 Prozent, in den Kohleminen auf 41 Prozent, wenn man die Reduzierung der Arbeitszeit, zusätzich bezahlten Urlaub und den in Südafrika nicht anerkannten 1. Mai als offiziellen Feiertag mitrechnet. Solche Steigerungen könnten von den Arbeitgebern nicht mehr verkraftet und deshalb auch nicht mehr akzeptiert werden.

Auf einem nationalen Sonderkongreß der Minengewerkschaft in Welkom wurde am Wochenende auch für den Fall zum Streik aufgerufen, daß Staatspräsident Botha seine Drohung wahrmachen sollte, alle ausländischen Arbeiter aus Südafrika auszuweisen. Südafrika hat rund eineinhalb Millionen ausländischer Arbeiter, vorwiegend aus Moçambique, Lesotho und anderen Nachbarländern. Damit würde NUM allerdings vierzig Prozent ihrer Mitglieder verlieren – ein Substanzverlust, der mit dem Streik verhindert werden soll. Einem weiteren Beschluß zufolge solle außerdem eine Föderation von Minengewerkschaften im südlichen Afrika gegründet werden mit Mitgliedern aus Südafrika, Zimbabwe, Sambia, Swaziland und Moçambique. Zu dem Treffen in Welkom hatte NUM rund 100 000 Mitglieder erwartet, gab jedoch bekannt, daß nur rund 12 000 tatsächlich teilgenommen hätten. Pressevertreter schätzen die Zahl der Anwesenden auf rund 1800.

Auf einer Pressekonferenz erklärten NUM-Chef James Motlatsi und NUM-Generalsekkretär Cyril Ramaphosa, ihre Gewerkschaften hätten die Unterstützung der Internationalen Bergwerks-Föderation in den meisten westlichen Ländern sowie in Lateinamerika. Gleichzeitig zeigte er sich selbstbewußt und schloß einen „wirtschaftlichen Selbstmord der Industrie" durch eine Entlassung von mehr als 200 000 Arbeitern aus.

Politische Beobachter in Südafrika weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der angekündigte Streik in den Bergwerken des größten Goldproduzenten der Welt durchaus politische Züge angenommen hat. Sie hätten mit Apartheid allerdings wenig zu tun. Denn in den Bergwerken arbeiten auch Weiße und wie in allen Berufssparten sei auch hier vor Jahren der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Leistung" eingeführt worden. Westliche Geschäftsleute bestätigen, daß ein Streik in Südafrika für den zweitgrößten Goldproduzenten der Welt, die Sowjetunion, von Vorteil wäre. Im Falle eines Zusammenbruchs der südafrikanischen Goldminen könnte der Westen lediglich auf freie Reserven in Kanada und Australien zurückgreifen. Ein Sprecher des Ministeriums für internationalen Handel und Industrie in Tokio wies jedoch auf die derzeitigen reichen Goldreserven auf dem internationalen Weltmarkt hin.

Brasiliens Panzer rollen nach Nahost

Größter Waffenexporteur der Dritten Welt / Erlös soll die Schulden abtragen helfen

WERNER THOMAS, São Paulo

Fast immer, wenn der sich hinziehende Golfkrieg wieder aufflackert, kommen auf beiden Seiten der Front die gleichen Waffen zum Einsatz: Ein sechsrädriger Panzerwagen mit kugelsicheren Reifen, „Cascavel" genannt, portugiesisch für Klapperschlange. Iran und Irak, die verfeindeten Nachbarn, sind sich zumindest in der Beurteilung dieses Kampffahrzeuges einig: Sie schätzen es, weil es wendig und zuverlässig ist.

Der Panzerwagen stammt aus Brasilien, dem größten Waffenexporteur der Dritten Welt und dem fünftgrößten überhaupt. Zwei Milliarden Dollar Devisenerlöse bringt das militärische Material heute im Jahr. In zehn Jahren soll der Umsatz auf zehn Milliarden Dollar steigen.

Libyen an erster Stelle

Dann wären die bisher wichtigsten Exportprodukte des Landes, Kaffee und Sojabohnen, überrundet. 40 Nationen haben bisher brasilianisches Kriegsgerät bezogen.

Die besten Kunden befinden sich im Nahen Osten. In dieser Region rollen allein 1500 „Cascavels". Irak und Libyen standen an erster Stelle der Abnehmerliste. Via Libyen gelangten die Panzer jedoch auch nach Iran.

Saudi-Arabien wird in Zukunft allerdings der weitaus wichtigste Waffenabnehmer der Brasilianer sein. Letztes Jahr unterzeichneten beide Länder ein militärisches Kooperations-Abkommen, das auch die von den Saudis finanzierte Entwicklung eines Raketensystems einschließt. Dieses soll der französischen „Exocet" und der israelischen „Gabriel" Konkurrenz machen.

„Aus vielen Gründen sind die Geschäfte mit den Saudis logischer als die mit Libyen", meint Roberto Pereira, der Chefredakteur des Fachmagazins „Verteidigung und Technologie". Saudi-Arabien gilt als ein politisch wenig kontroverser Kunde. Außerdem verursachen die hohen Ölrechnungen ein Handelsbilanzdefizit von mehr als einer Milliarde Dollar im Jahr, das weder durch Kaffee noch durch Sojabohnen, wohl aber durch Waffen abgebaut werden kann.

Die brasilianischen Waffenschmiede genießen nicht nur deshalb einen guten Ruf im Nahen Osten, weil sie billige, qualitativ konkurrenzfähige und leicht zu bedienende Geräte liefern, sondern auch, weil sie dies ohne politische Auflagen tun.

Ob die für Libyen bestimmte Panzerwagen bei einem anderen extremistischen islamischen Staat landen, nämlich Iran, stört Vito di Grassi, den Verkaufsdirektor des „Cascavel"-Produzenten Engesa in São Paulo, wenig. „Niemand kann uns unter Druck setzen", sagt er, „dieses Fahrzeug ist zu hundert Prozent brasilianisch." Es gibt allerdings zwei Länder, mit denen Brasilien nicht ins Geschäft kommen möchte: dem kommunistischen Kuba und der Apartheid-Republik Südafrika.

Leo-Variante angestrebt

Die Produkt-Palette wird von Jahr zu Jahr größer. In den 350 Firmen mit 100 000 Beschäftigten werden auch längst Kampfflugzeuge gebaut. Engesa-Ingenieure wollen jetzt noch eine leichtere Version des deutschen Paradepanzers „Leopard" entwickeln, den T-1.

„Waffen geben eine Möglichkeit, die Auslandsschulden abzutragen", sagt der deutschstämmige General Henrique Bekman. Die junge demokratische Regierung des Präsidenten José Sarney, die Mitte März die Macht übernahm, scheint diese Meinung zu teilen. Die Waffenexporte florieren – und sind notwendiger denn je. Brasiliens Auslandsschulden wuchsen auf mehr als 100 Milliarden Dollar – ein Weltrekord. (SAD)

Höherer Anteil der Länder an Umsatzsteuer

HH. Bonn

Das Bundeskabinett wird heute mit dem Entwurf eines 7. Änderungsgesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern zwei wichtige, bereits im Grundsatz vereinbarte Neuregelungen für die Jahre 1986 und 1987 festschreiben.

Danach soll der Anteil der Länder am Umsatzsteueraufkommen von derzeit 34,5 auf 35 Prozent erhöht und der des Bundes auf 65 Prozent gesenkt werden. Das Finanzministerium beziffert die Mehreinnahmen der Länder auf 594 Millionen Mark 1986 und 625 Millionen Mark 1987. Vor der abschließenden Beratung des Steuersenkungsgesetzes im Bundesrat (zweiter Durchgang) hatte Finanzminister Stoltenberg dieses Zugeständnis als Ausgleich für die daraus zu erwartenden Mindereinnahmen gemacht. Die SPD-geführten Länder hatten diese Regelung zwar als unbefriedigend abgelehnt, waren damit jedoch in der Länderkammer unterlegen. Bemerkenswert erscheint, daß für die zweite Stufe des Steuersenkungsgesetzes (1988) damit noch keine Regelung existiert.

Das Änderungsgesetz enthält darüber hinaus den neuen Verteilungsschlüssel für die Ergänzungszuweisungen des Bundes an die finanzschwachen Länder in Höhe von 1,5 Prozent des Umsatzsteueraufkommens oder derzeit rund 1,8 Milliarden Mark. Wie berichtet (WELT vom 2. Juli) ist Bremen neu in den Kreis der Empfängerländer aufgenommen worden und erhält 5,3 Prozent der Mittel. Das sind in den beiden Jahren 94,4 und 99,4 Millionen Mark. Die übrigen Empfänger sind Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Reise in die Zukunft der Kirche

F. MEICHSNER, Gaeta

Morgen beginnt der dritte Pastoralbesuch Papst Johannes Pauls II. in Afrika. Sieben Länder stehen auf dem Reiseprogramm: Togo, die Elfenbeinküste, Kamerun, die Zentralafrikanische Republik, Zaire, Kenia und Marokko. Wieder, wie schon bei den vorangegangenen beiden Visiten, steht die Reise im Zeichen des Mottos: „Afrika, neue Heimat der Christen". Seit der ersten Reise dieses Papstes in den schwarzen Kontinent im Jahre 1980 hat sich die Zahl der afrikanischen Katholiken durch Bevölkerungszuwachs und Missionierung um 20 Millionen auf 66 Millionen (laut Angaben des neuesten statistischen Jahrbuches des Vatikans) vermehrt. Im Jahre 2000 sollen es mehr als 175 Millionen sein.

Angesichts dieser Erwartungen erhält jeder päpstliche Afrika-Besuch die Bedeutung einer Reise in die Zukunft der katholischen Kirche. Heute leben in Afrika bereits 12 Prozent aller Katholiken der Erde. Mit der Zahl der Gläubigen wachsen freilich auch die Probleme. Sie bestehen in Afrika vor allem im Priestermangel und in all dem, was mit der Inkulturation der Kirche, der Afrikanisierung der kirchlichen Seelsorge praktisch zusammenhängt. Johannes Paul II. hat unter diesen Umständen das Gewicht seiner Reise noch stärker als bei den vorangegangenen beiden Besuchen auf die Seelsorge gelegt. Das Programm für die 14 Stationen seiner 12-Tage-Reise umfaßt Taufen, Firmungen, Erstkommunionen, Eheschließungen, die Seligsprechung einer afrikanischen Nonne, die Einweihung einer Kathedrale und die Teilnahme an der Abschlußfeier des eucharistischen Weltkongresses in Nairobi.

Besonders in der ehemaligen deutschen Kolonie Kamerun, wo sich der Papst am längsten (vier Tage) aufhalten wird, sind an vier verschiedenen Orten intensive Pastoralprogramme vorgesehen. Von den 9 Millionen Einwohnern dieses Landes sind rund ein Viertel Katholiken. Die 17 Bischöfe klagen seit einigen Jahren über einen Rückgang der Berufungen bei gleichzeitigem Ansteigen der Gläubigenzahl.

Am gravierendsten ist der Priestermangel aber in Zaire, das der Papst jetzt schon zum zweiten Mal besucht. In dieser ehemaligen belgischen Kolonie, dem mit Abstand



Dritte Reise in die „neue Heimat der Christen": Johannes Paul II.
FOTO: CAMERA PRESS

größten katholischen Land des schwarzen Erdteils (fast 45 Prozent der 31 Millionen Bewohner sind katholisch), kamen 1923 auf 400 000 Gläubige 500 Priester. Für 800 Gläubige stand also ein Priester zur Verfügung. Beim ersten Papst-Besuch im Jahre 1980 mußten 2500 Priester 12,2 Millionen Gläubige betreuen (1 Priester für 5000 Gläubige). Heute ist die Zahl der Gläubigen auf 13,6 Millionen, diejenigen der Priester aber nur auf 2587 angewachsen. Auf einen Priester kommen also 5300 Gläubige.

Ein anderes drückendes Kirchenproblem in Zaire ist der Rückgang der Eheschließungen. Der katholische Klerus führt dieses Phänomen in erster Linie auf die Wirtschaftskrise in diesem potentiell vielleicht reichsten Land Afrikas zurück. Die Jugend sehe keine Zukunftsperspektiven, klagte dieser Tage ein katholischer Lehrer in einem Gespräch mit einem Korrespondenten der Zeitschrift „Famiglia Cristiana". „Die jungen Leute sind desorientiert. Sie hofften auf ein besseres Leben und müssen jetzt feststellen, daß es ihnen noch schlechter geht als ihren Eltern. Um überhaupt überleben zu können, sind viele von ihnen gezwungen zu stehlen. Sie heiraten nicht mehr, weil ihnen das Geld fehlt. Sie leben einfach zusammen, und die Frauen treiben ab, was vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre."

Kein geringeres Gewicht haben in Zaire und in den sechs anderen auf dem päpstlichen Reiseprogramm stehenden Ländern die Schwierigkeiten der Inkulturation. Längst hat sich gezeigt, daß die Ersetzung der europäischen Choräle durch einheimische Gesänge und die Begleitung der Meßfeiern durch das Tamtam der Trommeln das Problem der Afrikanisierung des Christentums nicht zu lösen vermag. In Teilen des Kontinents bilden die katholische Morallehre und das Gebot des Priesterzölibats weit größere Probleme als die europäisch bestimmte Liturgie.

Wo zum Beispiel traditionell Mutterrecht herrscht, ist es üblich, daß, nachdem sich zwei Familien über eine Ehe geeinigt haben, der junge Mann sofort zur Familie der Frau übersiedelt und mit dieser vor der eigentlichen Eheschließung einige Jahre zusammenlebt. Da die traditionellen Kultformen Schwarzafrikas vornehmlich vom Lebensglauben und der Lebenskraft bestimmt sind, die sich in Fruchtbarkeit und Fortpflanzung äußert, stößt auch der Priesterzölibat weithin auf Unverständnis.

Jugoslawien ist mit sich unzufrieden

Politiker flüchten in die Ideologie, statt Ursachen der Wirtschaftskrise nachzugehen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens sei keine „Koalition" aus Teilparteien. Die jugoslawische Revolution könne ihre Ziele nicht ohne eine einheitliche Partei verwirklichen.

Mit diesen beschwörenden Worten appellierte Parteisekretär Dimce Belovski auf der 18. Sitzung des jugoslawischen Zentralkomitees an die versammelte Führung der KP Jugoslawiens. Zugleich mußte Belovski aber zugeben, daß es der von Tito geschaffenen Partei heute weithin an Einigkeit fehle. Es gebe „Widersprüche" zwischen der Einheitlichkeit der KP und der Selbständigkeit der Kommunisten in den einzelnen Teilrepubliken. Zwar würden im ZK einheitliche Beschlüsse gefaßt, aber die Praxis erwecke den Eindruck fehlender Übereinstimmung.

Anders gesagt: Die Einheit der Partei verwirklicht sich – nach Belovski – mehr in der Theorie und im Abstimmungsverhalten als in der politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit.

Hohe Inflation

Die jüngsten drastischen Preiserhöhungen – bei einigen Lebensmitteln wie Fleisch, Zucker und Speiseöl um 30 bis 35 Prozent – haben das Problem des sinkenden Lebensstandards in weiten Schichten der Bevölkerung noch mehr verschärft.

„Weltmarktpreise und balkanische Manieren" überschreibt die Belgrader Zeitung „Politika" ihren Bericht über die jüngste Sitzung des Parlaments der Teilrepublik Serbien. Hier kam es zu offenen Unmutsäußerungen mehrerer Abgeordneter über die Regierungspolitik. Ein Deputierter erklärte, der Dollar-Kurs sinke und der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt falle – trotzdem bereite die Regierung eine drastische Erhöhung der Zuckerpreise vor.

Ein anderer Abgeordneter grollte: „Überall auf der Welt wird, wenn die Inflation derart galoppiert, nach der Verantwortung gefragt: nach der Verantwortung jener, welche die Wirtschaftspolitik geschaffen haben. Wenn die Inflation 13 und 14 Prozent überschreitet, fliegen im Osten wie im Westen die Minister aus ihren Sesseln ..." In Jugoslawien beträgt die Inflationsrate heute über 80 Prozent.

Die Diskussion in den politischen Führungsgremien Jugoslawiens dreht sich oft im Kreise, und die ZK-Sitzungen dienen häufig als „Klagemauern". Hier jammern führende Funktionäre über die schlimmen Zeiten. Einige Wirtschaftsfachleute und Wissenschaftler sind dagegen weitaus konkreter, wenn es um die Analyse der Ursachen des gegenwärtigen Zustandes geht.

Einer der erfolgreichsten Manager des jugoslawischen Verlagswesens, Slavko Goldstajn aus Zagreb, hat in einem Interview der Parteizeitung „Borba" seinen kommunistischen Parteigenossen zwei Kardinalfehler vorgehalten. Es sei der schlimmste Irrtum, wenn man glaube, daß Erfolg in der politischen Arbeit jemanden auch zu erfolgreicher Arbeit in der Wirtschaft prädestiniere. „Ein guter Direktor", so Goldstajn wörtlich, „muß andere Qualitäten haben als ein Politiker."

Goldstajn macht sich im „Borba"-Interview über die kommunistische Phraseologie lustig. Etwa über die Erklärungen führender jugoslawischer Politiker, wonach das Land „eine neue Revolution" im Stil von 1941 brauche. Aus Unfähigkeit, der gegenwärtigen Krise ins Auge zu sehen, flüchteten diese Politiker in die „ideologische Sphäre" und suggerierten als Medizin gegen die Krise eine „ideologische Offensive", sowie „revolutionäre Entschlossenheit" und „kompromißlose Abrechnung mit der Kritik". Diese sei zugleich „oppositionell" und „feindselig".

In Wirklichkeit aber könne man das heutige Jugoslawien keinesfalls mit den Maßstäben des Jahres 1941 messen. Anstatt die Ursachen der Wirtschaftskrise zu erkennen, seien die jugoslawischen Kommunisten von einer „kämpferischen Phraseologie" ergriffen. Goldstajn: „Wir kämpfen gegen hohe Preise und Inflation, wir kämpfen für eine bessere Struktur des Exports ... Wir kämpfen – aber gegen wen kämpfen wir? Gegen uns selber?

Ist es nicht lächerlich, daß wir für Sparsamkeit kämpfen, anstatt zu sparen, daß wir für eine bessere Organisation kämpfen, anstatt uns besser zu organisieren. Ich weiß nicht, wie man das Einkommen durch Kampf erhöhen kann, aber ich weiß, daß es sich durch bessere Arbeit steigern läßt ..."

Kampf gegen die Faulheit

Weiter verlangt Goldstajn, daß die jugoslawischen Arbeiter ebenso wie die Direktoren der Betriebe in Zukunft mit den Folgen von Nachlässigkeit und Disziplinlosigkeit am Arbeitsplatz konfrontiert werden müssen: „Mit der gegenwärtigen Faulheit und Disziplinlosigkeit in unseren Betrieben könnten wir auch unter besseren Voraussetzungen keine Fortschritte erzielen."

Für die Klagen der Bundesinstanzen, wonach das „System der Beschlußfassung in der Föderation" still stehe, weiß Goldstajn einen Ausweg. Und auch für die Klagen der Funktionäre der Teilrepubliken, daß ihr Mandat – durch die Ämterrotation – so kurz befristet sei, weiß er Rat: Man solle nicht theoretisch über Systemänderungen diskutieren, sondern einfach die Betriebe selbständig machen.

„Chinesen entdecken Sowjet-Kultur"

Buchausstellungen, Filme stark besucht / Lob für Privatinitiative in der Wirtschaft

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

China rückt in das Bewußtsein der sowjetischen Bevölkerung. Kommentare und Zeitungsartikel befassen sich neuerdings immer häufiger mit den Verbesserungen der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und sportlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China.

Man will sogar die politischen Kontakte intensivieren. So ist ein Treffen der Außenminister beider Länder, Edward Schewardnadse und Wu Xueqian, bei der UNO-Generalversammlung in New York im September vorgesehen. Im Oktober tagt die siebente Runde der 1982 begonnenen Normalisierungsgespräche erstmals in Peking.

In einem jüngst in chinesischer Sprache ausgestrahlten Kommentar von Radio Moskau wurden die „großen Vorteile und günstigen Aussichten des sowjetisch-chinesischen Handels hervorgehoben". Da 70 Prozent der chinesischen Industrie mit sowjetischen Maschinen und Technologien ausgerüstet seien, sei die Sowjetunion mit ihrer „fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik" besonders in der Lage, modernste Ausrüstungen für ihre Erneuerung zu liefern.

Umgekehrt brauche sie aus China große Mengen an Mineralien und Konsumgütern. Dieser Handel könne im Tausch und zu festen Preisen abgewickelt werden und stoße nicht wie Chinas Handel mit den USA und Japan auf Zollschranken und Währungsprobleme.

In diesen neu angebahnten Dialog fällt auch ein Artikel in der „Literaturnaja Gaseta", der den Lesern ausführlich den Alltag in Peking schildert. Und stolz werden die neu intensivierten kulturellen Beziehungen mit China geschildert. So heißt es, in den Buchläden Pekings seien besonders Neuheiten der Sowjetliteratur beliebt. Namen wie Rasputin und Astafjewa seien auch dort als Autoren längst bekannt. Man stelle überall „ein starkes Interesse und herzliche Sympathie für die Sowjetunion" fest.

Konzerthallen und Stadien, in denen sowjetische Künstler und Sportler auftreten, seien immer voll. Sowjetische Pavillons wie die sowjetische Buchausstellung hätten Tausende von Menschen angelockt. Das chinesische Zentralfernsehen zeige immer häufiger sowjetische Filme. Wie die sowjetischen Zuschauer vor kurzem das chinesische Ballett für sich entdeckt hätten, würde jetzt die Jugend in China die große Welt der Sowjetkultur entdecken. Junge Leute interessierten sich jetzt für Jewtuschenko, Plisezkaja und Karpow.

Hervorgehoben werden in dem Artikel nicht nur kulturelle Seiten, sondern auch wirtschaftliche. Die chinesische Reform hätte eine „stürmische Entwicklung des Privathandels und der Privatunternehmer mit sich gebracht". – Während sich noch vor einigen Jahren die "freien Märkte" nur am Rande der Stadt befunden hätten, seien sie jetzt aus dem Straßenbild Pekings nicht fortzudenken.

Betont wird, daß ein Großteil der Staatsunternehmen von Privatleuten geführt werde, „die hervorragende Abschlüsse und Ergebnisse erzielten", und daß man Privatunternehmen in Peking künftig noch stärker als bisher fördern wolle.

Diese Hervorhebung privater Initiative ist für sowjetische Leser bemerkenswert. Denn Parteichef Gorbatschow will im Gegensatz dazu die eigenen wirtschaftlichen Probleme durch wissenschaftlichen und technischen Fortschritt und nicht durch eine Strukturreform lösen.

Von Anfang an dabei (3): Alfred Biolek und das ZDF

Als in „Telesibirsk" die Goldgräberzeit begann

Als ich meinen Vertrag als Assessor der Rechtsabteilung beim ZDF am 15. Februar 1963 unterschrieb, befand sich die TV-Anstalt in einem Zustand, den sich so mancher „Fernseh-Beamte" (und die gibt es nicht nur in der Verwaltung) noch heute wünscht: es gab alles, nur kein Programm. Entsprechend gut war unser Verhältnis zu den Kollegen von den Programm-Abteilungen, denn der mit der Ausstrahlung des Programms unweigerlich verbundene Ärger, als dessen Verursacher sie gelten, hatte noch nicht begonnen.

Es gab aber noch einen anderen Grund für das aus heutiger Sicht unvorstellbar gute, ja oft vertraute Verhältnis fast aller Kollegen über die Grenzen der Direktionen hinweg: es hatte alle von irgendwoher des ZDF wegen hierher verschlagen, nach „Telesibirsk", wie die Barackensiedlung in Frankfurt-Eschborn, wo sich damals noch die ZDF-Sendezentrale befand, spöttisch genannt wurde. Viele der frisch zugereisten Mitarbeiter wohnten noch ohne ihre Familie in möblierten Zimmern, und man traf sich sehr oft abends, um gemeinsam zu essen und zu trinken, vor allem aber, um endlich das Fernsehen zu „erfinden" – oder zumindest noch einmal zu erfinden.

Diese Abende wurden entscheidend für meinen heutigen Beruf als TV-Unterhalter. Nicht nur, weil ich mich im Unterhalten der Kollegen übte (ich hatte stets ein großes Repertoire an Witzen und Kabarett-Nummern auf Lager), sondern weil sich allmählich die Meinung durchsetzte: „Der gehört nicht in die Verwaltung, der gehört ins Programm". Und das war, in aller Bescheidenheit, auch meine Meinung, denn ich hatte doch das angewärmte Bett einer väterlichen Anwaltspraxis nun wirklich nicht ausgeschlagen, um vom Regen in die Traufe zu geraten, sprich um beim ZDF eine Karriere als Jurist zu machen.

Immerhin: beim Fernsehen war ich schon – nur noch in der falschen Direktion. Der Wechsel in eine andere Abteilung war auch damals in der „Goldgräberzeit" nicht ohne weiteres möglich – aber etwas einfacher als heute, wo auf allen Funkhaus-Etagen St. Bürokratius sein Unwesen treibt, war es schon.

Man hatte nämlich für die vielen Planstellen in der Programm-Direktion keineswegs genug TV-Fachleute (nicht alle Redakteure, die man von der ARD abwerben wollte, waren dem Ruf nach Mainz gefolgt), sondern stellte Mitarbeiter aller benachbarten Branchen ein, warb Könner aus Film, Theater, Oper, Musik, Kabarett, Presse und Werbung an.

Als dann am 1. April das ZDF ein Programm zu senden begann, war die Überraschung für viele groß: dieses Programm sollte von den (bis heute fälschlicherweise sogenannten) Redakteuren nicht redigiert (auch nicht geschrieben oder inszeniert), sondern produziert werden. Jeder kleinste Beitrag für den Bildschirm braucht einen Produzenten, der neben kreativen Fähigkeiten in mindestens ebenso hohem Maße organisatorische, vor allem aber Führungs- und Koordinationsqualitäten haben muß. Und da war ein Jurist mit Kabarett-Vergangenheit (ich war Mitglied eines Studenten- und eines Juristen-Kabaretts gewesen) nicht viel schlechter dran als einer, der bisher Artikel geschrieben oder Theaterstücke inszeniert hatte.

Man brauchte natürlich jemanden, der einem diese Producer-Tätigkeit zutraute, der bereit war, die Verantwortung für den Neuling zu übernehmen – und ihn in das neue Metier einzuweisen, von dem die Kollegen aus fernseh-näheren Branchen auch nicht mehr wußten als der „Abendunterhalter". Ich fand diesen Mentor in Karl-Heinz Rudolph, der mich nicht nur von besagten Abenden kannte, sondern auch von Vertragsverhandlungen für seine Abteilung.

Da diese Abteilung nicht zur Unterhaltung, sondern zur Hauptabteilung Kultur gehörte, schwenkte ich zunächst in eine mehr journalistische Laufbahn ein, wofür ich dem TV-Schicksal und Karl-Heinz Rudolph bis heute dankbar bin. Denn der Umweg, der mich über „Tips für Autofahrer", „Drehscheibe" und „Urlaub nach Maß" nach fünf Jahren zur Unterhaltung führte, ließ mich bei unzähligen kleinen Sendungen ein Handwerkszeug lernen, das einem beim Produzieren großer (sprich Unterhaltungs-) Sendungen sehr zugute kommt.



Gehörte nicht in die ZDF-Verwaltung, sondern ins Programm – Alfred Biolek FOTO: DIE WELT

Allerdings hatte ich mein Ziel, Unterhaltung zu produzieren, in den fünf Jahren nicht aus dem Auge verloren – so wie ich später und bis heute bei allen von mir zu verantwortenden Unterhaltungssendungen nie vergessen habe, daß nur ganz wenige große Stars die Qualität haben, journalistische Unterhaltung zu ersetzen oder gar zu übertreffen. Das habe ich meinen Lehr- und Wanderjahren beim ZDF zu verdanken.

ALFRED BIOLEK

Am 14. August erinnert sich Irene Koss an die faszinierende Wirkung der Bildstörung

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Made in Germany
Ein Leben für Zeiss
12.00 Umschau
12.10 Monitor
Moderation: Klaus Bednarz
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Fury
Die 1000-Dollar-Belohnung
15.25 Fauna Iberica
Spechte (1)
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Arme Welt – Reiche Welt
Vom Glück der Bescheidenheit
Von Winfried Scharlau
Haben der Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung wirklich das Glück vermehrt? Die Sendung versucht, diese Frage anhand von Interviews mit einer thailändischen Familie in Bangkok und einer in Deutschland lebenden Thailänderin zu beantworten.
16.55 Janosik, Held der Berge
Polnische Abenteuerserie (6)
17.40 Nudnik
Good neighbour Nudnik
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Krimi-Sommertheater
Tatort
Schattenboxen
Kriminalfilm von Hans Kelch
Mit Lutz Moik, Matthias Dittmer, Karl Michael Vogler u. a.
Kamera: Götz Neumann
Regie: Fritz Umgelter
21.45 Brennpunkt
AIDS – verdrängen oder handeln? Zu Wort kommen u. a. der Mikro-Biologe Robert Gallo, Bundesminister Heiner Geißler, der Präsident der Bundesärztekammer, Carsten Vilmar
Moderation: Wolf Feller
22.30 Tagesthemen
23.00 Show-Bühne
Alfred Biolek stellt nach langer Pause wieder Nachwuchs-Entertainer vor: Erwin Grosche, Harmony Four, Peter Nüesch
Regie: Heinz Lindner
23.45 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Der Waschbär Rascal
15.30 Ferienkalender
16.05 Flugboot 121 SP
16.30 Ein Affe im Haus
Alice, der Schrecken der Diebe
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Entdecken Sie Schleswig und die Schlei
Blumen pressen und sammeln
17.50 Rauchende Colts
Vetter Henry
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Der Grieche
Sowjetischer Jugendfilm
Regie: Gugull Mgeladse
Dshemal, ein Waisenjunge aus Tiflis, wird von dem jungen Griechen Janguli und seiner Bande gehänselt und provoziert. Doch als Janguli erfährt, daß Dshemal keine Mutter mehr hat, tut es ihm leid und die beiden schließen Freundschaft. Dann erfahren sie, daß Janguli bald abreisen muß ...
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Polizeirevier Hill Street
Die großen und die kleinen Sünder
21.45 heute-journal
22.05 Treffpunkt
Alte Synagoge Essen
Spuren und Zeugen
22.35 Die Sport-Reportage
Schwimm-EM in Sofia (Ausschnitte)
Reporter: Hans-Joachim Gally
23.20 Das kleine Fernsehspiel
Mit brennender Geduld
Mit Oscar Castro, Roberto Parada u. a.
Buch, Regie: Antonio Skarmeta
0.35 heute

III.

WEST
18.30 Brutus, der Mäusefänger
Bildergeschichte von Leni Hof
19.00 Aktuelle Stunde
mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Brutus, der Mäusefänger
19.00 Seenotrettung
Mensch und Technik im Einsatz
19.20 Im Mangrovensumpf
Fische in Malaysia
19.30 Das Jahr im Garten: August

HESSEN
18.30 Brutus, der Mäusefänger
19.05 Das Beste aus der Hobbythek
Tiere im Terrarium
19.35 Der Physik-Zirkus II (5)
Anziehendes kann auch abstoßen
Von Dr. Joachim Bublath
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Zu Gast im Schloß Leopoldskron bei Salzburg, das in den 20er Jahren dem berühmten deutschen Theaterregisseur Max Reinhardt gehörte / Ozon ist keine reine Luft – Umweltdiskussionen hier wie dort / Nur kein Wein mehr... / Die Festspielstadt und ihre Künstler
Gesang: Helmut Lohner / Musik: Philharmonische Cellisten Köln
21.45 Hobbythek
Was zum Wursteln
22.30 In brutalen Händen
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit James Mason, Inger Stevens, Rod Steiger u. a.
Buch und Regie: Andrew L. Stone
Der Gangster Paul Hoplin zwingt seinen ehemaligen Armee-Kameraden Jim Molner, eine Bombe herzustellen, mit der er von einer Fluggesellschaft 500 000 Dollar erpressen will. Um ganz sicher zu sein, daß Jim den Auftrag ausführt, nimmt er dessen Familie als Geiseln ...
0.00 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Mädchen für alles
Deutscher Spielfilm (1937)
Mit Grete Weiser u. a.
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
20.15 Wanderungen durch die DDR
Die Altmark
21.00 Casablanca
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit Ingrid Bergman, Humphrey Bogart u. a.
22.40 Das romantische Zeitalter (5)
Die Faszination des Todes
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 MS Franziska
7. Talfahrt
20.00 Mit Vergnügen!
Carolin Reiber erfüllt Zuschauerwünsche
20.45 Der Stau
Dokumentation zum Thema Urlaubsverkehr
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Traum und Wirklichkeit?
Aufzeichnung aus dem „Café Central" anläßlich der Ausstellung im Wiener Künstlerhaus
0.15 Rundschau



SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Big Valley
15.00 Black Beauty
15.30 Musicbox
16.30 Marco
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
18.00 Es darf gelacht werden
Der Schaffner und sein Vamp
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das Konzentrationsspiel
19.10 Sport auf SAT1
Start in die neue Fußballsaison
Expertenrunde mit Willi Lemke, Max Merkel und Volker Roth
Besuch des Trainingslagers des 1. FC Köln
Moderation: Roman Köster
20.00 Offen gesagt
Zu Besuch in Hamburg
Zu Besuch in Hamburg war die „Love-Boat"-Crew. Wir sprachen mit Gavin McLeod, dem wir als Überraschung seine deutsche Synchronstimme Joachim Kerzel mitbrachten, und den Star-Gästen Audrey und Judy Landers.
20.30 Love Boat
mit den Episoden:
– Die Liebe ist wie eine Seifenblase
– Der Vater ist unerwünscht
– Nach Alaska der Liebe wegen
– Die Hochzeit muß stattfinden
Anschl. Wochenhoroskop
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Laßt die Finger von Marseille
Italienischer Spielfilm (1975)
Mit Michael Coby, Paul Smith u. a.
Regie: Giuliano Carmineo
Simone und Matteo sind es leid, ständig vor der Polizei zu flüchten. Sie entscheiden sich, ernsthaft zu arbeiten.
23.25 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne
Die Höhle im großen Gletscher
Die drei Klumberger
Familie in Betrieb
19.00 heute
19.30 Von Ihnen ausgewählt: Melodien für Millionen
Musikalische Erinnerungen unserer Zuschauer
Vorgestellt von Dieter Thomas Heck
21.10 Die Mittwochsgeschichte
21.45 Zeit im Bild 2
22.15 Hiroshima, Nagasaki – Atombombenopfer sagen aus
Dokumentarfilm von Hans-Dieter Grabe
Kamera: Hermann Görsdorf
Am 6. und 9. August 1945 versanken Hiroshima und Nagasaki in dem Inferno der ersten Atombomben-Explosionen.
23.45 3SAT-Nachrichten

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zwingende Überstunden

Sehr geehrte Damen und Herren,

„es ist ein Stück Rücksichtslosigkeit, wenn die einen keine Arbeit haben und die anderen Überstunden zur Regelarbeitszeit machen" (WELT v. 30. 7. 1985). Herr Arbeitsminister Blüm ist bekannt für griffige Sprüche, wenn man aber genau hinhört, sind es oft Leerformeln. Dieser angeführte Spruch kann doch nur Bürger aufhorchen lassen, die von den Problemen des heutigen Arbeitsmarktes nichts wissen.

Überstunden werden doch nicht zum Spaß verfahren und von den Unternehmen bezahlt. Überstunden sind, wenn die Produktion auf mittlerem Level gehalten werden soll, zwingend notwendig, weil uns die Facharbeiter fehlen. Gemeint sind die Mitarbeiter, die heute im allgemeinen schon 45 Jahre und älter sind, mit Leistungsbewußtsein und Leistungswillen.

Warum ist die Gruppe der 30–45jährigen Facharbeiter so schwach? Man sollte sich erinnern, daß sich in den 50er Jahren bis 1963 die jährlichen tariflichen Lohnerhöhungen um drei Prozent bewegten, 1964 stiegen sie auf 9,25 Prozent und 1970 sogar auf 12,5 Prozent.

Arbeit war genug da, die jungen Leute verzichteten auf Ausbildung und Lehre, als Hilfsarbeiter konnten sie überall schnell eine Menge Geld verdienen. Ich habe seinerzeit einige von ihnen gefragt, ob sie denn nicht ihre Einstellung aufgeben und durch Ausbildung und Fachwissen ihre Situation bei Eintritt der Altersrente verbessern wollten. Über die Antwort war ich verblüfft und erschrocken. Sie lautete: Wenn wir so alt sind, gibt es ohnehin eine Volksrente.

Herr Minister Blüm möge sich eine wirklichkeitsnahe Aufschlüsselung über die Anteile von Facharbeitern und Hilfsarbeitern bei den gesamt verfahrenen Überstunden vorlegen lassen, er wird feststellen, daß der Anteil der Hilfsarbeiten höchstens zehn Prozent beträgt. Wenn mir nun noch einer sagt, die fehlenden Facharbeiter könnten vom Arbeitsamt zugewiesen werden, dann muß ich resignieren.

Sollten Maßnahmen zur Verhinderung notwendiger Überstunden wirksam werden, ist schon jetzt sicher, daß kein neuer Arbeitsplatz geschaffen wird. Im Gegenteil, viele mittelständische und kleinere Betriebe werden den auf ihren Betrieb zugeschnittenen notwendigen monatlichen Umsatz nicht halten können. Die Folgen brauchen nicht besonders geschildert zu werden.

Mit freundlichem Gruß
H. Kümmel,
Moers

Einsatz für den Frieden

„Propheten der Vernunft – ungehört": WELT vom 1. August

Es war sicher nützlich und sehr begrüßenswert, daß WELT-Herausgeber Axel Springer an jene Männer erinnert hat, die sich zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg „in Europa um Vernunft bemühten", sprich: für einen vernünftigen, friedlichen Ausgleich. Die Würdigung C. J. Burckhardts als eines „Predigers in der Wüste" muß für die jüngeren politisch und geschichtlich Interessierten reizvoll zu lesen sein.

In diesem Zusammenhang sollte aber auch daran erinnert werden, daß nicht nur Einzelpersönlichkeiten, an der Spitze Stresemann und Briand, für eine friedliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich sich einsetzten, sondern auch eine starke nationale Gruppe wie der Jungdeutsche Orden unter Führung des Hochmeisters Artur Mahraun. In seinem Buch „Der Jungdeutsche Orden" (Drosteverlag, Düsseldorf, 1958) hat Professor Klaus Hornung bilanziert: „... Artur Mahraun und die Jungdeutschen gehörten zu den ersten in Deutschland, die auf die schicksalhafte Notwendigkeit eines geeinten und geistig wie politisch erneuerten Europa hingewiesen haben".

Mahraun hat seine Vorschläge u. a. in der Schrift „Der nationale Friede am Rhein" 1926 unterbreitet. Dafür mußten er und der Jungdeutsche Orden heftige Kritik und schwere Verunglimpfungen hinnehmen. Hoch- und Landesverratsverfahren wurden angestrengt. Der Jungdeutsche Orden, aus der Kasseler Offizierkompanie 1920 hervorgegangen, hat sich weit eher und mehr als andere Verbände geistig und politisch-konstruktiv entwickelt. Gegen die anbrandende Welle der Extremisten von rechts wie von links konnte er sich freilich ebensowenig durchsetzen wie gegen die müde, äußerlich „stramme" Reaktion etwa des „Stahlhelms".

Namen aus jener Diskussion um den „nationalen Frieden am Rhein" auf französischer Seite: Jules Sauerwein, Maurice Schwob, Baron Robert Fabre-Luce, auf deutscher Seite Adolf-Victor von Koerber, August Abel sowie der Kali-Industrielle Arnold Rechberg.

Wer dieses Kapitel genauer studieren möchte, sei neben dem Buch von Klaus Hornung auf das von Heinrich Wolf verwiesen: „Der Jungdeutsche Orden 1925–28" (Beiträge zur Geschichte des Jungdeutschen Ordens, Heft 3). Verlag Wolfgang Lohmüller, München, 1978.

Dr. F. Kaiser,
Bonn

Nachlässig

„Jugendfestspiele in Moskau": WELT vom 29. Juli

Sehr geehrte Redaktion,

allein durch die Sprech- und Schreibweise „West-Berlin" handeln wir in gewissem Sinne auch nachlässig. Heute schreiben wir das Wort noch mit Bindestrich. Wann und in welcher Generation wird dieser Bindestrich weggelassen? Gerade die Medien sollten sich abrupt um 180 Grad drehen und zu der Bezeichnung kommen, wie es nun einmal ist: „Berlin-West".

Chr. A. Weidlich,
Berlin 62

Fakten von einst

„Leserbrief: SPD und Stahlhelm": WELT vom 27. Juli

Sehr geehrte Herren,

unter den historischen Tatsachen, mit denen in diesem Leserbrief die Mitschuld der Sozialdemokraten am Niedergang der Weimarer Republik nachgewiesen wird, fehlt die von der SPD ausgehende Gottlosenbewegung. Sie trieb insbesondere die bibeltreuen und kirchlich gebundenen evangelischen Wähler scharenweise den Nationalsozialisten zu.

Von ihnen versprach man sich wegen des im Parteiprogramm erwähnten „positiven Christentums" eine Gegenströmung. Freilich, als diese Kreise merkten, daß sie vom Regen in die Traufe gekommen waren, war es zu spät.

Jedenfalls dürften es die heutigen Neo-Sozialdemokraten Rau, Schmude, Hauff, Eppler usw. nur ungern hören, wie fanatisch ihre Altvorderen für Kirchenaustritt, für öffentliche „freie", d. h. religionslose Schulen und für die Jugendweihe anstelle der Konfirmation agitierten. Nicht von ungefähr zählen sich laut Bundestagshandbuch heute noch viele Alt-Genossen zu den Konfessionslosen.

Mit freundlichen Grüßen
Ch. Linden,
Brühl

Kein Primat

„Stuttgart plant ein Haus der Geschichte": WELT vom 18. Juli

Die WELT berichtete, daß Baden-Württemberg als erstes Bundesland die Gründung eines eigenen historischen Museums plane unter der Bezeichnung „Haus der Geschichte Baden-Württembergs".

Die Nachricht ist erfreulich, und wir freuen uns über jede Maßnahme, die eine ähnliche Richtung wie unsere eigenen Bemühungen zeigt. Das „Haus der Bayerischen Geschichte" gibt es nun schon seit vielen Jahren, als eine Arbeitsgruppe von Historikern seit der Vorbereitung für die Ausstellung von Max Emanuel (1976), als Name für eine auf Dauer gestellte Institution seit den Vorbereitungen der Wittelsbacher-Ausstellung (1980), als voll funktionsfähige Behörde seit Anfang 1983.

Sieht man einmal von dem gerade jüngst veröffentlichten Plan eines Hauses der Geschichte in Bonn ab, so sind die Bestrebungen aus drei weiteren Bundesländern bekannt, dort eine namensgleiche Institution einrichten zu wollen.

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. Claus Grimm,
Ltd. Sammlungsdirektor, München

Wort des Tages

„Ich glaube, daß, wenn der Tod unsere Augen schließt, wir in einem Lichte stehn, von welchem unser Sonnenlicht nur der Schatten ist."

Arthur Schopenhauer; dt. Philosoph (1788–1860)

KRITIK

Jeder hat eine Leiche im Keller

Kein Wunder, daß solche Kunde im Laufschritt die Runde macht und das ganze Kleinstädtchen alsbald kopfsteht: Schließlich kommt es nicht alle Tage vor, daß die vermeintlich so unnahbare, treue Gattin eines angesehenen Papierfabrikanten zur Erbin einer hübschen Stange Francs wird, die der gleich nebenan verstorbene Arzt der Dame Françoise hinterließ.

So hebt die deutsche Erstaufführung des französischen Spielfilms **Tag für Tag Verdacht** (ZDF) an und malt erst einmal Fragezeichen in die Zuschauermienen. Und dann die Rückblenden mit Zahnarzt samt keifender und schon Jahre vorher verblichener Frau: Dieser arme, duldsame Mensch, ein Märtyrer. So beliebt war er allüberall; und dieses Weib, die einfach mit ihrem Gigolo losbraust.

Na ja: Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Alle Hauptakteure, Papierfritze Jean, Gattin und nun begrabener Medicus entpuppen sich als harmlose Früchtchen mit feinstem Talent zur Maske der Wohlanständigkeit (außer, daß der Doktor med. Gérard im Kummer über seine Hörnung kräftig gesoffen hat) und haben doch allesamt ihre Leichen im Keller – nur eben ganz anders: Papierfrau mit Angestelltem des Mannes mal vor 20 Jahren in Paris; der werte Gatte mit Apothekerin gleich am Orte, auch verjährt; und der Arzt mit einer ebenfalls ehrenwerten Dame, auch vor Ort.

Das Ganze in bewährt französisch-leichter Art, mit Budenzauber, ein bißchen Tragikomik und einem – freilich nicht allzu überschwenglichen – Happy-End: Man findet sich wieder; und das Vererbte war nichts als reiner Freundschaftsdienst.

ALEXANDER SCHMITZ

Der Maestro und das Volk

Mit dem „Dies irae" aus dem Requiem schloß die sechsteilige Serie **Giuseppe Verdi – „Eine italienische Legende"** (ARD) und die Klage des Königs Philipp aus „Don Carlos" bildete gleichsam das Leitmotiv des letzten Teils „Abschied". Er umspannte die Jahre zwischen der Neufassung des „Don Carlos" und dem Tod des Maestro am 27. Januar 1901.

In dieser Zeit entstanden noch zwei große Bühnenwerke, deren Libretti Arrigo Boito nach Shakespeare verfaßt hatte: „Otello" (hier gesungen von Mario del Monaco) als Tragödie der Liebe sowie die „Lyrische Komödie" über die Liebe „Falstaff" (gesungen von Giuseppe Taddei), deren Uraufführung in der Mailänder Scala Verdi noch als fast 80jähriger erlebte.

Gewiß: Es folgten darauf noch die religiösen Gesänge „Quattro pezzi sacri", welche erstmals 1898 in Paris erklangen und die in dem Film keine Rolle spielten. Der Verdi-Freund mag noch das eine oder andere vermißt haben: Etwa die hochherzige Depesche „Triste – triste – triste – Wagner è morto" nach dem Tod des großen Gegenspielers aus dem Norden. Oder die Haltung Verdis zur neuen italienischen Operngeneration eines Pietro Mascagni, Ruggero Leoncavallo oder Puccini.

Doch im ganzen war es wohl ein gelungener Abgesang auf die menschliche Größe Giuseppe Verdis, der wie kein zweiter der großen Komponisten tief im Volk verwurzelt war und die Sorgen und Nöte der kleinen Leute kannte und der mit dem Bau von Krankenhäusern sowie eines Altenheimes für mittellose Musiker Zeugnisse seiner Mitmenschlichkeit hinterließ.

GISELHER SCHMIDT

STUDIO

Auch in diesem August bringt der SFB in Zusammenarbeit mit „Radio France" und der regionalen Rundfunkstation der Bretagne wieder **Nachrichten für deutsche Urlauber**. Präsentiert werden täglich außer sonntags um 10.00 Uhr auf UKW 93 Mhz Neuigkeiten aus Deutschland und Nachrichten aus aller Welt sowie Informationen aus der Urlaubsregion. agi

*

Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten werden sich neben dem bekannten Projekt des Satellitenprogramms „ARD eins plus" auch an dem europäischen Satellitenkanal „**Olympus**" beteiligen. Das unter Beteiligung der Länder Spanien, Italien, Niederlande und voraussichtlich Portugal geplante Programm enthält auch Werbung. Einige Produktionen sollen schon vor dem Start von „Olympus" ausgestrahlt werden. Hierfür ist der jetzt schon sendende europäische Satellit ECS 1 vorgesehen. Neu an diesem Projekt ist die Zusammenarbeit von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendestationen. dpa

Personalien

GEBURTSTAGE

Morgen feiert der frühere Ordinarius für Ur- und Frühgeschichte an der Universität Göttingen, Professor **Dr. Herbert Jankuhn**, seinen 80. Geburtstag. Über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt wurde Jankuhn durch die großen Ausgrabungen in der mittelalterlichen Stadt Haithabu bei Schleswig an der Schlei, die er schon als Student im Jahre 1930 übernahm und bis zum Jahr 1964 durchführte. Mit diesen Forschungen griff er das Problem der Vor- und Frühformen europäischen Städtewesens außerhalb des Gebietes römischer Städte an Rhein und Donau für Mittel- und Nordeuropa auf. Außerdem wurde Professor Jankuhn zum methodischen Begründer der siedlungsarchäologischen Forschung, die als selbständiger Zweig neben die Siedlungsgeographie und die Siedlungsgeschichte trat. Ein weiterer Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeiten lag im Bereich religionsgeschichtlicher Untersuchungen, für die er vor allem die großen und kleinen Moorfunde der Eisenzeit in Norddeutschland und Skandinavien auswertete.

*

Professor **Dr. Dietrich Seckel** feierte gestern seinen 75. Geburtstag. Der ehemalige Heidelberger Universitätslehrer, dem die Kunstgeschichte Ostasiens im deutschsprachigen Raum ihren Aufschwung nach dem Krieg und ihren gegenwärtig internationalen Standard verdankt, hat durch seine fruchtbare, anregende Lehrtätigkeit, seine vielfältigen Forschungen, seine grundlegenden wie einführenden Publikationen und sein Engagement für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses markante Spuren hinterlassen. Als Vertreter eines Kulturkreises, der ihm aus eigener intensiver Begegnung vertraut ist, suchte er dessen namentlich von der Toleranz des Buddhismus geprägtes Menschheitsideal sowie die geistigen, in der Kunst sich manifestierenden Werte zu vermitteln. Bei all seinen Publikationen spürt und bewundert man die meisterhafte Beherrschung der Sprache, die Sorgfalt und Prägnanz im Detail und das Bemühen, auch komplizierteste Sachverhalte möglichst knapp, klar, verständlich und eindringlich darzustellen. Als akademischer Lehrer und engagierter Förderer junger Wissenschaftler hat Professor Dietrich Seckel unauslöschlichen Eindruck hinterlassen. Seine persönliche Anteilnahme am Schicksal des einzelnen Studenten zeigte sich unter anderem darin, daß er sich jahrzehntelang als Vertrauensdozent der Studienstiftung des deutschen Volkes zur Verfügung stellte.

MUSEUM

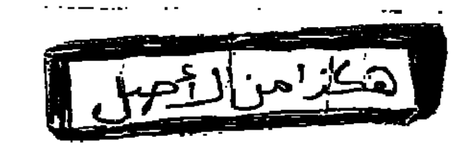
Zwei Berliner Museumsdirektoren schieden Ende Juli aus ihren Ämtern: Professor **Dr. Beatrix von Ragué**, Direktorin des Museums für Ostasiatische Kunst, sowie Professor **Dr. Gerd Koch**, kommissarischer Leiter des Völkerkundemuseums. Beide Museen unterstehen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Nachfolger von Frau von Ragué wird der Kunsthistoriker **Dr. Willibald Veit**. Die Leitung des weit über Berlin hinaus bekannten Völkerkundemuseums übernimmt Kochs langjähriger Mitarbeiter **Dr. Klaus Helfrich**. Frau von Ragué leitete das Museum 19 Jahre lang. Koch war vor allem als angesehener Experte für die Kultur Polynesiens bekannt und maßgeblich am Aufbau der berühmten Abteilung „Südsee" mit ihren typischen Booten und Häusern beteiligt. Gerd Koch übernimmt eine Honorarprofessur an der Freien Universität Berlin.

VERÄNDERUNG

Nachfolger des kürzlich verstorbenen Leiters der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd, **Eduard Schmidtke**, wird zum 1. September 1985 Polizeidirektor **Gerd Pietsch**. Pietsch ist zur Zeit im Innenministerium Personalreferent für den Bereich der Polizei. Zuvor war er von 1973 bis 1974 Leiter der Polizeiinspektion Plön und von 1974 bis 1982 Leiter der Polizeiinspektion Eutin. Auch die Polizeidirektion Schleswig-Holstein West erhält zum 1. September 1985 einen neuen Chef. Der bisherige Direktionsleiter **Helmut Hinz** wird Leiter des Schutzpolizeiamtes. Neuer Leiter der Polizeidirektion Schleswig-Holstein West wird Polizeidirektor **Hans-Heinrich Heinsen**. Heinsen leitet seit 1980 die Bereitschaftspolizeiabteilung in Eutin. Zuvor war er von 1974 bis 1980 Leiter der Polizeiinspektion Rendsburg.

UNIVERSITÄT

Professor **Dr. Ernst Göbel** vom Max-Planck-Institut in Stuttgart hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Festkörperphysik an die Philipps-Universität Marburg erhalten. Sein wissenschaftliches Arbeitsgebiet konzentriert sich vor allem auf die optische Spektroskopie an Halbleitermaterialien für opto- und mikroelektronische Anwendungen. Der 39jährige Wissenschaftler hat nach seinem Studium in Frankfurt am Main und seiner wissenschaftlichen Ausbildung in Stuttgart unter anderem auch in amerikanischen Laboratorien gearbeitet.



Heute verstarb nach kurzer schwerer Krankheit im 81. Lebensjahr unser Mitgesellschafter

Wilhelm Otto Humann

Fabrikant

Der Verstorbene war sehr wesentlich an der Gründung und dem Aufbau unseres Unternehmens beteiligt. Sein Rat, seine Aufrichtigkeit und seine moralische Hilfe, die er uns stets nach den Grundsätzen eines königlichen Kaufmannes zuteil werden ließ, verpflichten uns zu großem Dank. Seine menschliche und unternehmerische Persönlichkeit werden wir nie vergessen.

ISOMAT Dämmstoff
Humann & Co. GmbH
Gesellschafter, Geschäftsleitung und Belegschaft

Mülheim/Ruhr, den 4. August 1985

Die Beisetzung findet am 9. August 1985, um 11.00 Uhr auf dem Hauptfriedhof in Mülheim/Ruhr statt.

Unerwartet erhielten wir die Nachricht, daß Herr

Fabrikant

Wilhelm Otto Humann

geb. 25. Februar 1905

am 4. August 1985 nach kurzer, schwerer Krankheit für immer von uns gegangen ist.

In seiner Eigenschaft als Senior unserer Gesellschafter verlieren wir in ihm einen wahren Freund unserer Gesellschaft, der er in schwerer Zeit, als das Unternehmen durch Beschluß der Alliierten demontiert werden sollte, in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender unseres Beirates mit großem persönlichen Einsatz verhalf, diese schwere Krise zu überwinden.

Wir werden ihn in gutem Angedenken halten.

Gesellschafter, Geschäftsführung und Belegschaft der Firmengruppe
ZIMMERMANN & JANSEN GmbH

Düren, den 5. August 1985

Dr. Hans Günter Hauffe

geb. 4. März 1904 in Chemnitz
gest. 4. August 1985 in München

Die Urne wird in aller Stille beigesetzt.

In dankbarer Erinnerung
Beate Hauffe geb. Volkmann
Gabriele Bublitz geb. Hauffe

8000 München 81, Flemingstraße 71

Wir trauern um

Direktor i. R. Jean Raebel

* 17. Januar 1900 † 3. August 1985

Ehrensenator der Fachhochschule Ravensburg-Weingarten

Träger des großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland,
der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg,
der Jubiläumsmedaille des Landes Baden-Württemberg und der Ehrenmedaille der Stadt Friedrichshafen

Seine Verdienste um die Maybach-Motorenbau GmbH, die Maybach Mercedes-Benz Motorenbau GmbH und die MTU Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH werden uns unvergeßlich bleiben.

Als Geschäftsführer, Geschäftsführungs-Vorsitzender, Mitglied des Aufsichtsrates, stellvertretender Aufsichtsrats-Vorsitzender und Gesellschafter hat er diese Unternehmen über Jahrzehnte entscheidend geprägt und die Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der MTU geschaffen.

Wir alle schulden ihm tiefen Dank dafür. Sein Lebenswerk wird auch in der Jean-Raebel-Stiftung fortwirken.

Gesellschafter, Aufsichtsräte, Geschäftsführung, Betriebsräte und alle Mitarbeiter der MTU-Gesellschaften
Vorstand und Beirat der Jean-Raebel-Stiftung

Die Beisetzung findet im engsten Kreise statt.

Anstelle von zugedachten Kranz- und Blumenspenden bitten wir die Jean-Raebel-Stiftung zu bedenken.
Konto-Nr. 104157500, Dresdner Bank, 7990 Friedrichshafen, BLZ 65180005.

Gott nimmt uns den Lebenden
und gibt ihn uns unsterblich wieder.

Dr. jur. Herbert Rauter

* Essen, 8. März 1906
† Basel, 4. August 1985

Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse
Konsul a. D. der Republik von Panama

Ein Leben in Liebe und Fürsorge für die Seinen ist zur Neige gegangen.

In dankbarer Trauer:

Marlene Rauter geb. Niggemeyer
Henry Rauter
Alice Rauter geb. von Jeszensky
mit Emanuel, Isabelle und Beatrice
Herbert Felix Rauter
Elsbeth Krause geb. Rauter
Dr. Fritz-Joachim Rauter
Sylvia Rauter geb. Geissel

Bad Säckingen
Ludwig-Herr-Straße 60

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 9. August 1985, um 14 Uhr auf dem Waldfriedhof in Bad Säckingen statt.

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis in Essen statt.

„Man sieht nur mit dem Herzen gut."
Antoine de Saint-Exupéry

Dr. Leonhard Brosch

Studiendirektor a. D.
Gastprofessor an der Päpstlichen Universität in Porto Alegre/Brasilien
* 19. September 1923 † 31. Juli 1985

Die ihn kannten, wissen, was wir verlieren.

Ursula Brosch geb. Pesel
Wolfgang Brosch
Prof. Dr. Ricco und Irmgard Harbich geb. Brosch
Tibor und Edith Linkesch geb. Brosch

Wesenbergallee 13, 2000 Hamburg 73
Porto Alegre/Brasilien
Fulnek/CSSR

Wir nehmen Abschied am Freitag, dem 16. August 1985, um 13 Uhr im Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.

SCHWIMMEN / Endlich Hilfe für Trainer von Michael Groß – Wasserballer unterlagen Jugoslawien

● Schwimm-Star Michael Groß (Foto) schaut vor Beginn der Europameisterschaft in Sofia recht skeptisch drein. Dabei hat er eigentlich keinen Grund, düster in die Zukunft zu blikken. Hartmut Oeleker, sein Trainer aus Offenbach, glaubt, daß Groß „ausdauermäßig so gut in Form ist wie noch nie". Und auch dem Trainer konnte geholfen werden, damit er sich noch intensiver um den zweimaligen Olympiasieger kümmern kann.

Hartmut Oeleker, Lehrer für Deutsch und Gemeinschaftskunde und Trainer in Offenbach, konnte die Doppelbelastung zuletzt kaum noch ertragen. Nun sprang aber die Sporthilfe von Josef Neckermann ein. Oeleker braucht nicht mehr so oft in die Schule zu gehen, bekommt aber sein bisheriges Gehalt weiter, weil die Sporthilfe den Differenzbetrag ausgleicht. Das ist ein Novum in der Geschichte der Sporthilfe.



● Die Titelhoffnungen der deutschen Wasserballspieler haben im dritten Europameisterschafts-Spiel von Sofia einen argen Dämpfer bekommen. Weltcup-Sieger Deutschland unterlag gegen Olympiasieger Jugoslawien mit 6:7 (0:1, 3:1, 2:3, 1:2) und muß bei 3:3 Punkten sogar um eine Medaille bangen.

Nach einer deutschen 5:3-Führung bis zur 18. Minute erzielte der Jugoslawe Bebic 72 Sekunden vor Schluß das 6:7. Praktisch mit der Schlußsirene gelang dann dem Berliner Thomas Loebb der vermeintliche Ausgleich, doch wurde das Tor nicht anerkannt, weil angeblich die Zeit schon abgelaufen war. Wasserballwart Bodo Hollmann: „Ein Protest bringt nichts. Da haben wir gegen die Tatsachenentscheidung der Schiedsrichter überhaupt keine Chance. An eine Goldmedaille haben wir ohnehin niemals gedacht."

● Den ersten von 38 Titeln bei den 17. Schwimm-Europameisterschaften in Sofia gewann die Turmspringerin Anjela Stasjulewitsch aus der Sowjetunion. Vor 1500 Zuschauern bei strahlendem Sonnenschein, aber störenden Windböen, verwies die 18 Jahre alte Vize-Europameisterin von 1983 mit 414,27 Punkten die „DDR"-Springerin Romona Wenzel-Paetow (400,62) auf Platz zwei. Die 17 Jahre alte Titelverteidigerin Alla Lobankina (UdSSR) mußte sich mit Rang drei (388,95) begnügen.

Einen ausgezeichneten Wettkampf bot die Aachenerin Elke Heinrichs (20). Sie steigerte sich in den acht Endkampfsprüngen von Platz zehn nach dem Vorkampf auf Rang sieben. Für ihre acht Sprünge erhielt sie von den internationalen Wertungsrichtern 336,81 Punkte. Die Olympia-Elfte Kerstin Finke (ebenfalls Aachen) war als 14. im Vorkampf ausgeschieden.

Hartmut Oeleker – erst die Sporthilfe konnte seine Doppelbelastung in zwei Berufen beenden

ULLA HOLTHOFF, Bonn

Hartmut Oeleker hat Ferien. Das neue Schuljahr in Hessen beginnt erst am 21. August. Also noch zwei Wochen Urlaub für den Deutschlehrer Oeleker. Er genießt die unterrichtsfreie Zeit. Zuerst in Rom, jetzt in Sofia. Blauer Himmel und strahlende Sonne. Ein Bilderbuchurlaub, den er in vollen Zügen auskostet: „Ich habe mich in den letzten Tagen richtig gut erholt. Endlich mal wieder ausschlafen – das hatte mir lange gefehlt. Erst in Rom habe ich mein großes Schlafdefizit richtig bemerkt. Aber hier hatte ich genügend Zeit, um alles aufzuholen."

Hartmut Oeleker strahlt. Er blickt zuversichtlich in die Zukunft. Denn zum einen verspricht die Form seines Musterschülers Michael Groß für die Europameisterschaft neue Groß-Taten („Er ist ausdauermäßig so gut in Form wie noch nie"), zum anderen sind die Probleme des Trainers gelöst, die ihm in den vergangenen Wochen schlaflose Nächte bereiteten.

Im kommenden Schuljahr wird sein Arbeitsaufwand auf ein erträgliches Maß reduziert. Seine Stelle als Lehrer für Deutsch und Gemeinschaftskunde wurde auf 18 Wochenstunden gekürzt, bei vollem Lohnausgleich. „Das ist eine ungeheure Erleichterung. Künftig habe ich am Donnerstag und Freitag ganz frei und im 14tägigen Wechsel auch am Samstag. So kann ich mich besser auf die Wettkämpfe an Wochenenden vorbereiten", strahlt Oeleker.

Ermöglicht wurde die Regelung durch schnelles Handeln der Sporthilfe, die erstmals finanzielle Unterstützung für einen Trainer zahlt. „Bis Ende 1988 übernimmt die Sporthilfe den Differenzbetrag, der Herrn Oeleker durch die Reduzierung seiner Lehrerstelle entstehen wird", erklärte Sporthilfechef Josef Neckermann. „Wir meinen, daß ein Sportler wie Michael Groß bestmöglich unterstützt werden muß, und wenn ein Mann wie Oeleker sich dabei in solchem Umfang zur Verfügung stellt, dürfen ihm daraus keine persönlichen Nachteile entstehen. Deshalb übernimmt die Sporthilfe alle Kosten, die für den Lohnausgleich und die soziale Absicherung notwendig sind. Der genaue Betrag muß noch errechnet werden, aber er wird jährlich zwischen 25 000 und 30 000 Mark betragen."

Ein Novum in der Geschichte der deutschen Sporthilfe, die bisher Trainer nur in Form von Prämien und Zuschüssen bei Trainer-Aus- und Fortbildung unterstützt hat. Doch ungewöhnliche Umstände fordern ungewöhnliche Maßnahmen.

Immerhin hat Hartmut Oeleker drei Jahre lang mit der Doppelbelastung in zwei Berufen gelebt, von denen jeder einzelne ein vollwertiger Arbeitsplatz ist. Die Trainer-Kollegen in Hamburg, Köln oder Bonn konzentrieren sich ausschließlich auf den Sport. Doch Oeleker hatte bislang außerdem noch eine 6-Tage-Woche am Max-Planck-Gymnasium in Rüsselsheim. Morgens deutsche Grammatik und nachmittags Vorbereitung neuer Weltrekorde. Unter seiner Leitung wurde der erste Offenbacher Schwimmclub (EOSC) zum erfolgreichsten Verein im deutschen Schwimmverband. Sieg bei den Mannschaftsmeisterschaften im Dezember, erfolgreichster Verein bei den deutschen Meisterschaften im Juni in Remscheid.

Von seinem Verein wird Oeleker dafür mit 800 Mark monatlich honoriert – ein Bruchteil des Gehaltes hauptamtlicher Trainer. Dafür leistete Oeleker stets optimale Arbeit. Die Höchstleistungen, die er von anderen verlangte, forderte er auch von sich. Doch im Gegensatz zu seinem Ausnahmeschwimmer Michael Groß, der noch längst nicht an seinen Grenzen angelangt zu sein scheint, hat der Trainer die Grenzen seiner Belastbarkeit erreicht. Die deutschen Meisterschaften im Juni in Remscheid gerieten für ihn zur Zerreißprobe. Während seine Schwimmer reihenweise Titel und Bestzeiten erschwammen, pendelte der Trainer täglich zwischen Remscheid und Rüsselsheim. Ein Kraftakt, der „an meine Substanz ging. Ich war total übermüdet, wurde apathischer und ging schneller zur Tagesordnung über. Ich kann gar nicht mehr so intensiv und konzentriert auf jeden einzelnen eingehen, wie es eigentlich notwendig wäre."

Mit dem Erfolg häuften sich die Probleme: „Ich weiß nicht, wer das Gerücht in die Welt gesetzt hat, aber plötzlich hieß es, ich vernachlässige meine Schüler." Seit er auf Bitten Michael Groß' im vergangenen Jahr Assistent des Bundestrainers Manfred Theismann geworden war, hatte er mehrfach um Sonderurlaub und Ausnahmeregelungen bitten müssen – und stets standen attraktive Reiseziele auf dem Programm: vier Wochen Los Angeles, drei Wochen Australien. Reizvolle Reisen, „die ihm viele neiden", hat Ursula Groß beobachtet, die Mutter des Olympiasiegers. „Die denken alle, es sei die reine Erholung. Niemand kann sich vorstellen, was für eine Belastung damit verbunden ist."

Wenn Hartmut Oeleker in den vergangenen Jahren auf Reisen ging, handelte es sich stets um Wettkämpfe oder Trainingslager: „Einen so ruhigen Lehrgang wie jetzt bei der Vorbereitung auf die Europameisterschaft in Rom habe ich noch nie erlebt." Er wird die Kraft brauchen, die er dort gesammelt hat, denn in der Schule muß er in den nächsten Jahren zwei Klassen zum Abitur führen und seine Schwimmer auf die Weltmeisterschaften und Olympischen Spiele vorbereiten.

SPORT-NACHRICHTEN

Frohn erlag Verletzungen

Salzburg (dpa) – Michael Frohn, der im Yamaha-Pokalrennen auf dem Salzburgring schwer gestürzt war, ist an den Folgen seiner Kopfverletzungen in der Neurochirurgischen Klinik Salzburg gestorben. Der 25jährige hatte in der ersten Runde des Rennens einen Massensturz ausgelöst.

Um Asyl gebeten

Chieti (dpa) – Die rumänische Tennisspielerin Cristina Ileana Toncan hat in Italien um politisches Asyl gebeten. Die 18 Jahre alte Rumänin, die an einem Turnier an der Adria teilgenommen hatte, erklärte der Polizei, daß sie nicht mehr in ihr Heimatland zurückkehren wolle.

Fleer und Reich geholt

Hannover (sid) – Mit dem ehemaligen Düsseldorfer Jürgen Fleer (28) und dem Bielefelder Siegfried Reich (25), hat Fußball-Bundesliga-Aufsteiger Hannover 96 zwei weitere Spieler unter Vertrag genommen. Die Ablösesumme für Reich beträgt 500 000 Mark. Fleer kostete 50 000 Mark.

Kozakiewicz gesperrt

Warschau – (sid) Der polnische Stabhochspringer Wladyslaw Kozakiewicz, Olympiasieger 1980 in Moskau, ist vom polnischen Leichtathletik-Verband ausgeschlossen worden. Als Grund wurden die Unterbrechung des Trainings und das Fehlen bei den polnischen Meisterschaften genannt. Kozakiewicz hält sich mit seiner Familie in der Bundesrepublik Deutschland auf.

Keine Lebensgefahr mehr

Helsinki (sid) – Der Gesundheitszustand von Ari Vatanen (Finnland) und seinem Beifahrer Terry Harryman (Nordirland) hat sich nach Auskunft ihrer Ärzte stabilisiert. Die beiden Peugeot-Fahrer waren bei der Rallye Argentinien verunglückt und hatten schwere Knochenbrüche erlitten. Vatanen soll Ende der Woche operiert werden.

Ohne Jakobs und Opitz

Gelsenkirchen (dpa) – Ohne den verletzten Michael Jakobs (Achillessehnenbeschwerden) und den grippekranken Michael Opitz muß Schalke 04 am Freitag zum Start der Fußball-Bundesliga gegen Werder Bremen antreten. Sicher ist auch nicht der Einsatz von Dieter Schatzschneider (Fußverletzung).

Comeback für Blochin

Moskau (sid) – Oleg Blochin feiert sein Comeback in der sowjetischen Fußball-Nationalelf. Coach Malofejew berief den 32jährigen in sein Aufgebot für das Weltmeisterschafts-Testspiel gegen Rumänien, das heute in Moskau ausgetragen wird.

ZAHLEN

GOLF

Internationale Schweizer Amateurmeisterschaften in Lausanne, Herren: 1. Hübner (Deutschland) 78+72+69+71=290 Schläge, 2. van Staden (Südafrika) 67+76+73+75=291, 3. Kötter (Deutschland) 76+77+78+67=298. – **Damen:** 1. Koch (Deutschland) 71+76+74+73=296, 2. Maritz (Südafrika) 76+75+72+74=297.

TENNIS

Internationale Meisterschaft von Kanada in Toronto, Damen, erste Runde: Hanika (Deutschland) – Holton (USA) 6:3, 6:1, Schropp (Deutschland) – Barg (USA) 7:5, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 456 123,10, 2: 98 746,30, 3: 10 744,40, 4: 139,90, 5: 9,10. – **Toto:** Rang 1: 313 300,10, 2: 16 489,40, 3: 1640,30. – **„6 aus 45":** 1: 329 058,50, 2: 18 466,20, 3: 1903,00, 4: 60,90, 5: 6,10. – **Rennquintett: Rennen A:** 1: 48,90, 2: 24,20. – **Rennen B:** 1: 86,20, 2: 31,40. – Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot: 47 583,40. (Ohne Gewähr)

TENNIS / Auch in Kitzbühel Rummel um Becker

„Der schaut ja aus wie ein ganz normaler Mensch"

HERBERT REINECKE, Kitzbühel

Im Vorjahr humpelte er mit Gipsbein rund ums Tennisstadion an der Kapserbrücke. Einer von vielen und unbeachteter Nobody. Am Montag abend, als Wimbledon-Sieger Boris Becker bei einem Trainingsspielchen mit Eliot Teltscher – er ist zum Vergnügen in Kitzbühel – die Daviscup-Strapazen aus Armen und Beinen schüttelte, hätten die Zuschauer beinahe die Gitter des Nebenplatzes eingerannt. Becker-Fan zu sein, das ist der neueste Hit in der Hahnenkamm-Stadt, wo beim Tennis auf einmal Ski-Atmosphäre herrscht. Mit dem jungen Mann aus Leimen als Zentralfigur, die aber nur zu sehen ist, wenn er ins Stadion kommt. Ansonsten befindet er sich im Rückzug. Und das meistens im Hotel Lebenberg. Der Tenniskönig als Schloßherr, oder andersrum: hinter den Gittern seiner Popularität.

Gestern herrschte in Kitzbühel Kontrastprogramm. Statt Sommer, Sonne und strahlender Becker-Laune gab's Regen, der die Spieler und vorerst die Becker-Euphorie stoppte. Der weltberühmte Skiort ertrank förmlich im Dauerregen, so daß alle Plätze unbespielbar waren. Höhere Gewalt also. Und eine Pause für Bekcker, denn sein Spiel gegen Diego Perez (Uruguay) soll heute nachgeholt werden.

Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Becker von Diego Perez, Nr. 99 im Weltranglisten-Computer, gebremst wird. Was denkt ein Außenseiter, der gegen den Tennisstar der Stunde antreten muß? „Du gehst hinaus wie in jedes andere Spiel, das Beste zu geben. Manchmal siegt auch der Underdog, nicht der Favorit!" Aber Becker spiele momentan eben in einer Traumform und voller Selbstvertrauen. Er könne auch blind spielen und würde die Bälle treffen. Er werde versuchen, ihn an der Grundlinie zu halten. „Aber wenn er in den Lauf kommt, dann werde ich wohl in Dekckung gehen müssen!" Und mit den Händen demonstriert Perez, der Witzbold und Spaßvogel, die Schutzstellung.

Becker ist in jeder Hinsicht die Nummer eins in Kitzbühel, um die sich alles dreht. Weit mehr als um die Nummer zwei, den stillen Schweden Joakim Nystrøm, der direkt vom Daviscup in Neu-Delhi eingeflogen ist. In Kitzbühel will er seinen Wimbledon-Bezwinger herausfordern, „aber dazu müssen wir beide erst mal ins Endspiel kommen." Noch hat Nystrøm die Fünf-Satz-Niederlage von Wimbledon nicht ganz verwunden. „Mein bestes Spiel auf Gras, das ich je gespielt hatte. Aber er war noch kühler als ich im wichtigsten Moment."

Nystrøm, der einst Eishockey-Stürmer war, um nun Abwehr-Künstler im Tennis zu sein, hält es für leichter, so schnell nach oben zu kommen wie Becker, aber für mehr als schwierig, diese Position zu halten. Aber wenn es Becker gelinge, „dann wird es in Deutschland auf breiter Front so einen Tennis-Boom geben wie bei uns durch Borg und Wilander."

In Kitzbühel geben sich Becker und sein Trainer Günther Bosch gelassen. Sie weichen dem Rummel so weit wie möglich aus, sind verbindlich und kooperativ, geben Interviews, übrigens gratis, und versuchen, auf dem Boden zu bleiben. „Es ist eben der Preis für das Gewinnen", sagt Becker. Ein Zuschauer beim Training: „Der schaut ja aus wie ein normaler Mensch!"

STAND ● PUNKT / *Sergej Bubka und eine 10 000-Dollar-Gage*

Ein schier unglaublicher Vorgang kann Sergej Bubka aus Donezk in der Sowjetunion mehr als nur die sportliche Karriere kosten. Am 12. Juli kam der 21jährige nach Paris, um einen neuen Weltrekord im Stabhochsprung aufzustellen. Als Bubka von der Traumhöhe sechs Meter sprach, trieb dies auch die Gagen in traumhafte Höhen. Veranstalter Raymond Lorre bot dem Sowjetrussen erst einmal die Normalgage an: 1000 Dollar für ihn, 2000 Dollar für den sowjetischen Verband. Anschließend wurde eine dritte Summe angeboten: 10 000 Dollar für den möglichen Weltrekord, auszuzahlen an Bubka – und nicht an den sowjetischen Verband – von der Banque National in Paris. Bubka übersprang sechs Meter als erster Mensch überhaupt und erhielt die 10 000 Dollar.

Nun aber wollte ein anderer westeuropäischer Veranstalter, seit Jahr und Tag dabei, anschließend Bubka verpflichten. Deshalb erbat er bei Lorre die finanzielle Grundlage für ein solches Unterfangen. Lorre nannte ihm die Summen. Und nun passierte es: Der Mann wandte sich, wie das üblich ist, an den sowjetischen Verband, um die Startgenehmigung für Bubka zu erhalten. Er sagte dabei, er würde auch 1000 Dollar mehr zahlen als die Veranstalter in Paris. Der sowjetische Funktionär fragte ihn, wieviel dies denn als Gesamtsumme ausmache. Der Unglücksrabe anwortete: 14 000 Dollar.

Damit war die Katze aus dem Sack, und Bubka zappelte im Netz. Die Sowjets schickten zwei Mann nach Nizza, wo sich Bubka damals aufhielt, kassierten die 10 000 Dollar und auch Bubka. Seitdem ist der Weltmeister und Weltrekordler gesperrt, an den sowjetischen Meisterschaften am letzten Wochenende durfte er nicht mehr teilnehmen.

Von sowjetischer Seite wird man nun argumentieren, Bubka habe beabsichtigt, das Devisenmonopol des Staates zu umgehen. Und auf Devisenvergehen stehen in der UdSSR hohe Haftstrafen – allen Erfahrungen nach nicht unter zwei Jahre. Vielleicht kommt der renommierte Bubka aber auch mit einer Sperre wegen des Verstoßes gegen das Amateurstatut davon. K. Bl.

CDU-Politiker: Übergangsregierung in Namibia verdient Unterstützung

Genscher gerät mit kritischer Haltung innerhalb der Koalition in Minderheitsposition

BERNT CONRAD, Bonn

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Schwarz hat darauf hingewiesen, daß die große Mehrheit der Unionsfraktion der am 17. Juni in Namibia (Südwestafrika) gebildeten Übergangsregierung positiv gegenüberstehe. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl habe die neue Regierung aus gutem Grund nicht für null und nichtig erklärt.

Da namhafte FDP-Abgeordnete ebenfalls für eine Unterstützung der Übergangsregierung plädiert haben, scheint Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) mit seiner kritischen Haltung innerhalb der Koalition immer mehr in eine Minderheitsposition zu geraten.

Schwarz, Mitglied des Auswärtigen Bundestagsausschusses und früher Innenminister in der rheinland-pfälzischen Landesregierung unter Kohl, wandte sich in einem Interview des Namibia-Pressedienstes gegen die Meinung des außenpolitischen Sprechers der FDP-Fraktion, Helmut Schäfer, wer die Übergangsregierung in Namibia als richtigen Schritt in die Unabhängigkeit bezeichne, kritisiere nicht nur die Außenpolitik Genschers und der FDP, sondern auch die der EG und der westlichen Nationen.

Dazu sagte der Unionspolitiker: „Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans Klein, ist nach Absprache mit unserer Fraktionsführung und in Vertretung der überwältigenden Mehrheit meiner Fraktion zur Amtseinführung der neuen Regierung nach Windhuk gereist. Wir sind in der Tat der Meinung, daß der neue Schritt in Namibia eine faire Chance und unsere Unterstützung verdient."

Schwarz fuhr fort: „Mit dieser Meinung stehen wir in der Koalition nicht alleine, wie wir u. a. von den FDP-Abgeordneten Ertl, Rumpf und Feldmann wissen, die sich ja eindeutig erklärt haben. Diese Mitglieder der FDP-Fraktion haben sicher nicht die Absicht, ihren Parteifreund Genscher zu kritisieren. Sie sehen vernünftigerweise eine positive Entwicklung in diesem Land."

Auf die Frage, ob er mit seiner Einstellung nicht in Widerspruch zur Bundesregierung gerate, erwiderte der CDU-Abgeordnete: „Keineswegs. Der Bundeskanzler hat kürzlich zu Namibia Stellung genommen. Er hat aus gutem Grund die neue Regierung in Windhuk nicht für null und nichtig erklärt. Er sagte vielmehr: ‚Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung sind für die Bundesregierung die Kernelemente einer Namibia-Lösung. Wir sind dem Lösungsplan der UNO verpflichtet.' Dem stimmen wir zu."

Die Behauptung, die Konstituierung einer namibischen Regierung widerspreche dem UNO-Plan, ist nach Ansicht von Schwarz nicht stichhaltig. „Denn weder die Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates noch der damit verbundene westliche Lösungsplan schließen mehr Selbstbestimmung für Namibia bzw. eine Übergangsregierung vor Durchführung des Plans aus."

Weil sich die Situation in den vergangenen sieben Jahren verändert habe, seien neue Akzente der deutschen Namibia-Politik erforderlich, fuhr der Unionspolitiker fort. Dazu gehöre eine ernsthafte Förderung des nationalen Versöhnungsprozesses in Namibia. „Der Swapo muß sehr deutlich gemacht werden, daß wir gegen die Fortsetzung ihres ‚bewaffneten Kampfes' – wie sie es nennt – sind und daß wir ihren ‚Alles oder Nichts'-Standpunkt nicht hinnehmen können."

Schwarz befürwortete auch großzügige deutsche Hilfe für Namibia, „damit das Land unabhängiger von Südafrika werden kann". Er erläuterte: „Es geht um Hilfe, die mehr ist als ein Tropfen auf den heißen Stein. Ob dies privat oder staatlich organisiert wird, ist ziemlich nebensächlich." Er denke an eine „Art Marshall-Plan, der sofort hilft und nicht ein fiktives Versprechen für die Zeit nach einer international anerkannten Unabhängigkeit bleibt".

Auf die Frage, ob damit nicht die westliche Einigkeit gefährdet werde, antwortete Schwarz: „Wir haben gute Möglichkeiten, unsere Vorstellungen für dauerhafte Lösungen in Namibia einzubringen." Er setzte hinzu: „Man wird gut beraten sein, die Stimmung innerhalb unserer Fraktion wahrzunehmen. Denn auch hier geht es um ein Stück unserer Identität, die wir gerne wahren wollen."

„DDR-Grenzdienst" – undiszipliniert

BERND HUMMEL, Eschwege

Die Disziplin bei den Angehörigen der „DDR"-Grenztruppe ist, trotz politischer Schulung innerhalb der Grenzkompanien, ständiger Überwachung durch die Vorgesetzten und Androhung von Strafmaßnahmen, schlecht. Dies geht aus der Befragung eines in die Bundesrepublik Deutschland geflüchteten Angehörigen des Grenz-Ausbildungsregiments 12 in Plauen hervor.

Wie der Grenzdienst ausgeführt wird, hängt offenbar von den Jahreszeiten ab. Grenzstreifen „werden relativ ordentlich ausgeführt im Winter", heißt es in dem vertraulichen Befragungsbericht – zur warmen Jahreszeit sei es jedoch gängig, auf aufblasbaren Sitzkissen zu ruhen oder zu schlafen.

Auch auf den Beobachtungstürmen jenseits der innerdeutschen Grenze läuft der Grenzdienst nicht so, wie es die Vorgesetzten gern hätten. Beliebt seien bei den Posten dort das – verbotene – Mitführen von Transistorradios zum Abhören von „Bayern 3", abwechselndes Schlafen des Postenpaares, Lesen von Büchern und Zeitschriften sowie das Auslassen von angeordneten Grenzstreifen. Und: „Hat das Postenpaar kein Radio mitgeführt, wird das auf dem Beobachtungsturm befindliche Sprechfunkgerät ‚R 126' dazu zweckentfremdet, ‚Bayern 3' zu hören."

Innerhalb der Kasernen spielt der Empfang westlicher Sender ebenfalls eine große Rolle, obwohl pro Stube das Aufstellen von jeweils nur einem Radiogerät erlaubt ist. Nur „DDR"-Sender dürfen empfangen werden, „das Verbot des Hörens von westlichen Sendern (‚Feindsendern') ist allgemein, der Besitzer des genehmigten Radiogeräts wird vom Polit-Offizier zusätzlich mündlich gegen Unterschrift über das ‚Feindsender'-Verbot belehrt".

Einmal pro Monat ganztägig und jeweils in geschlossenen Zügen müssen sich die „DDR"-Grenzsoldaten einer Polit-Schulung durch den zuständigen Polit-Offizier unterziehen. Themenbeispiel im Januar 1985: „Die BRD, ein imperialistischer Staat." Als Basismaterial für dieses „Monatsthema" lag das entsprechende Heft der Zeitschrift „Wachsam und Kampfentschlossen" vor, das die Soldaten lesen und dessen Fragen sie beantworten mußten. Über die Polit-Schulung hinaus werden die Soldaten täglich vor- und nachmittags zu einer weiteren Schulung – Titel: „Aktuelle politische Information" (API) – befohlen. Pflicht zur Teilnahme besteht einmal pro Tag und zeitlich je nach Dienstplan. Vortragende sind in der Regel die Zugführer und der „Spieß", in Einzelfällen auch der Kompaniechef. Eines der Schwerpunktthemen: „Zusammensetzung des Bundesgrenzschutzes" (Struktur, Bewaffnung, Ausrüstung). Dabei erfuhren die Grenzsoldaten auch folgendes: „Der BGS als Grenzüberwachungssystem dient dazu, Provokationen an der Grenze hervorzurufen und zu Fahnenfluchten aufzufordern. Der BGS fordert die Grenztruppen direkt auf, die Waffe wegzuwerfen und in die BRD zu kommen." Was es mit den BGS-Beamten nach „DDR"-Lesart noch auf sich hat, hört sich so an: „Sie geben sich an der Grenze freundlich, jovial und kumpelhaft, sind aber im Hintergrund ihres Denkens und der Handlungsentschlossenheit darauf getrimmt, auf Grenzsoldaten zu schießen."

Derlei Darstellungen erreichen nur bescheidene „Erfolge", wie der geflüchtete Soldat zu Protokoll gab, denn: „Man hört sich das Feindbild an und sagt nichts dazu ... Freizeitdiskussionen mit Kameraden führt man über solche Themen nicht oder nur sehr vorsichtig, da gegenseitiges Mißtrauen besteht und auch immer bestehen wird."

Abgasarme Lkw in einem Jahr

HEINZ HECK, Bonn

„Die schadstoffarmen Autos sind auf dem Vormarsch", erklärten gestern die Unionsabgeordneten Fellner, Laufs und Schmidbauer vor Journalisten in Bonn. Die Autoindustrie erwarte noch für dieses Jahr einen Anteil von wenigstens 25 Prozent an den Neuzulassungen. Dieser werde nach Ansicht des Verbands der Deutschen Automobilindustrie (VDA) 1986 auf 50 und 1987 auf 75 Prozent steigen. Bis Mitte nächsten Jahres wird mit einem Bestand von rund einer Million schadstoffarmer Pkw gerechnet.

Die Forderung nach Einführung eines Tempolimits hält Laufs, innen- und umweltpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, zum jetzigen Zeitpunkt „nicht für angemessen und vernünftig". Auch in der EG sei vereinbart worden, das Ergebnis des derzeit laufenden Großversuchs in der Bundesrepublik abzuwarten. Laufs und seine Fraktionskollegen wenden sich noch entschiedener gegen ein gespaltenes Tempolimit – das also lediglich für konventionelle Fahrzeuge gelten würde. Sie fürchten in Übereinstimmung mit dem Umweltbundesamt, daß der Verkehrsfluß gestört und die Umwelt damit eher stärker belastet würde. Sie wenden ein, daß sich ein gespaltenes Tempolimit nicht wirksam kontrollieren lasse.

Auch für Lkw zeichnen sich Fortschritte ab. Da 60 Prozent der europäischen Produktion auf Nutzfahrzeughersteller aus der Bundesrepublik entfielen, sei eine Einigung weniger problematisch als für Pkw, meinte Schmidbauer. Die Grenzwerte für Abgase sollten 1986 um 30 Prozent gesenkt und innerhalb der nächsten fünf Jahre auf die Hälfte des heutigen Standes verringert werden.

Laufs vertrat die Meinung, die Zukunft des umweltfreundlichen Autos hänge davon ab, ob es rasch gelinge, Euro-Superbenzin flächendeckend einzuführen. Die Politiker ließen durchblicken, daß über die Spreizung der Mineralölsteuer vielleicht eine stärkere Preisminderung als Kaufanreiz erzielt werden soll.

Reagan widerlegt Zweifel

● Fortsetzung von Seite 1

Einstellung aller Kernwaffenversuche sind in einer ersten sowjetischen Reaktion als verschwommen bezeichnet worden. Radio Moskau meldete gestern morgen, Reagan habe sich zudem in „ausführliche Spekulationen" über das sowjetische Angebot ergangen und versucht, die Ablehnung eines Testverbots zu rechtfertigen.

Zu Wirtschaftsfragen sagte Reagan, trotz des am vergangenen Freitag vom Kongreß verabschiedeten Budgets für das Haushaltsjahr 1986, das alle unbefriedigenden Merkmale eines Kompromisses trage, zeichne sich das Jahr 1985 als ein Jahr des Fortschritts ab. „Die Wirtschaft ist in guter Verfassung, die Nation lebt im Frieden. Wir leiten Vertrauen ab aus der Tatsache, daß sich der Zinstrend weiter abwärts neigt, die Inflationsrate weiterhin unter vier Prozent liegt und in diesem Jahr bereits 600 000 neue Arbeitsplätze vermittelt werden konnten."

Die Batterien der Wirtschaft seien neu aufgeladen und die Signale für weitere Erfolge günstig: keine neuen Steuern, die den wirtschaftlichen Aufschwung verlangsamen könnten, und keine dunklen Wolken der Inflation am Horizont. Dennoch gebe es keinen Anlaß, die Zügel und die Disziplin zu lockern. Der Kampf gegen das Haushaltsdefizit müsse auch in der Zukunft absolute Priorität haben.

Der Präsident machte deutlich, daß er keine Änderung seiner Politik des „konstruktiven Engagements" gegenüber Südafrika erwägt. „Die bisherigen Ergebnisse dieser Politik rechtfertigen ihre Fortsetzung", erklärte Reagan. Amerikanische Firmen in Südafrika hätten in den vergangenen Jahren über 100 Millionen Dollar für die Beschaffung von Wohnungen und für die berufliche Ausbildung ihrer schwarzen Angestellten ausgegeben. „Wirtschaftliche Sanktionen würden diesen Entwicklungsprozeß stören und vor allem jene treffen, denen wir helfen wollen", sagte Reagan.

Der Präsident legte sich nicht fest, ob er die in der vergangenen Woche vom Kongreß beschlossenen Sanktionsmaßnahmen, die nach den Sommerferien noch vom Senat bestätigt werden müssen, unterschreiben werde, betonte jedoch, daß das Prinzip des „konstruktiven Engagements" weiterhin das Kernstück seiner Südafrika-Politik bleiben werde. Zugleich jedoch verurteilte er das Apartheidsystem in Südafrika als „widerwärtig".

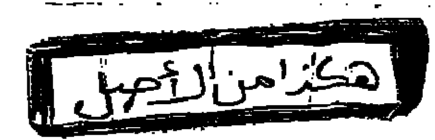
Reagan verteidigte im weiteren Verlauf der Pressekonferenz den Bombenabwurf auf Hiroshima vor 40 Jahren, den der sowjetische Parteichef Gorbatschow kürzlich „barbarisch" genannt hatte. „Ich hatte bisher stets gedacht, daß es barbarisch war, daß Stalin 20 Millionen seiner eigenen Landsleute tötete. Diese Bombe wurde abgeworfen, um den größten Krieg in der Geschichte der Menschheit zu beenden." Eine Invasion Japans dagegen hätte mindestens eine Million Menschenleben gekostet.

Kernwaffen beseitigen

DW. Hiroshima

Mit Appellen zur Abschaffung aller Kernwaffen ist gestern in Hiroshima der 40. Jahrestag des ersten Atombombenabwurfs begangen worden. Der Bürgermeister der Stadt, Takeshi Araki, rief vor den im Friedenspark versammelten 50 000 Menschen US-Präsident Ronald Reagan und den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow auf, bei ihrem Gipfeltreffen auf die Beseitigung der Atomwaffen hinzuarbeiten. Hannovers Bürgermeister Herbert Schmalstieg sagte, Hannover und 17 weitere Städte der Bundesrepublik Deutschland seien bereits dem von Hiroshima und Nagasaki initiierten Pakt zur Ächtung aller Atomwaffen beigetreten. Yasuhiro Nakasone erklärte, als Ministerpräsident der einzigen Nation, die einen Atomwaffeneinsatz erlebt habe, trete er entschieden für den Verzicht auf Atomwaffen ein.

In der Bundesrepublik Deutschland haben die Kirchen, die politischen Parteien, die Gewerkschaften und die Friedensbewegung gestern des 40. Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima gedacht.



Mittwoch, 7. August 1985
Nr. 181

Leider zu spät

hg – Spät kommt sie, aber immerhin wurde ihr Kommen jetzt angekündigt: Die Schlichtungsstelle für Beschwerden über Preisschleuderei im Handel. Nach den Vorstellungen des Deutschen Industrie- und Handelstages soll sie den Leistungswettbewerb im Handel besser durchsetzen. Ob sie das schafft?

Zu wünschen wäre es, denn alles ist nützlich, was die Selbsthilfe-Bemühungen der Wirtschaft unterstützt. Nützlich vor allem deshalb, weil nur so gesetzliche Regelungen zu verhindern sind, die freien Unternehmern vorschreiben, zu welchen Preisen sie ihre Waren mindestens verkaufen müssen. Aber werden Händler vor einer Schlichtungsstelle freiwillig ihre Einkaufspreise offenlegen und Hersteller ihre Rabattlisten? Zweifel sind angebracht, und so besteht die Gefahr, daß Vorwürfe nicht geklärt, sondern abgestritten werden – und alles bliebe beim alten.

Das wäre zwar bedauerlich, aber hinwiederum auch nicht tragisch: Seit dem „Berliner Gelöbnis", als die Großen des Handels dem Kartellamtspräsidenten Besserung gelobten, ist die Preisschleuderei erheblich zurückgegangen. Und das liegt vor allem an der unbürokratischen Art der Behörde: Der Betroffene wird angerufen und reagiert nach dem Motto: „Ich gebe zwar nichts zu, aber ich lasse es sein."

Leider haben die angeblichen oder tatsächlichen Unterpreis-Verkäufe bei Massa bei den Verfechtern einer gesetzlichen Regelung den Blick für diese Entwicklung verstellt. Daran kann nun auch eine Schlichtungsstelle nichts mehr ändern, und insofern kommt sie zu spät.

Falscher Weg

pje. – Um die ausufernden Kosten des Medizinbetriebs in den Griff zu bekommen und weitere Steigerungen der Beitragssätze zu vermeiden, haben die Ortskrankenkassen jüngst vorgeschlagen, durch eine Pauschalierung der ärztlichen Gebühren ihre Zahlungsverpflichtung pro Fall zu drosseln. Dieser Weg mag ökonomisch erfolgreich sein, aber er ist medizinisch falsch. Denn der Patient, der in seinem Fall ja keine „gedrosselte" Leistung erwartet, wird getäuscht, wenn man ihm sagt: „Du bekommtst alles, was du brauchst!", zum Arzt dagegen: „Wehe, wenn du dem Versicherten alles gibst!". Das ökonomische Problem des Gesundheitswesens ist die progressive Vermehrung der Einzelleistungen. Dieses Problem entsteht nur im Sachleistungssystem: Die Rechnung „Kollektiv-Beitrag gleich totale Versorgung" kann nicht mehr aufgehen. Da nutzt auch keine Gängelung der Leistungsträger. Vielmehr muß auch der Patient angemessen an der (ökonomischen) Verantwortung beteiligt werden. Das geeignete Mittel ist die Selbstbeteiligung.

ARBED SAARSTAHL / SPD-Entschließungsantrag im Oktober im Bundestag

Bundesregierung besteht weiter auf umfassendem Sanierungskonzept

HEINZ HECK, Bonn

Die Bonner SPD-Fraktion will im Oktober im Bundestag einen Entschließungsantrag zur Zukunft der Arbed Saarstahl GmbH (ASG) einbringen. Fraktionschef Vogel hat bei einem Besuch im Saarland den Eindruck erweckt, als stünde die Bundesregierung nicht mehr zu ihrer Zusage, sich bei Vorliegen eines umfassenden Sanierungskonzepts an der Entschuldung des Unternehmens zu beteiligen. Davon kann nicht die Rede sein.

Vielmehr haben der saarländische Wirtschaftsminister Hoffmann und der Bonner Wirtschafts-Staatssekretär von Würzen in einem ausführlichen Gespräch über die Sanierungsstrategie Einigkeit erzielt. Danach soll die ASG-Geschäftsführung in enger Abstimmung mit dem Aufsichtsrats-Präsidium unverzüglich Rationalisierungsmaßnahmen einleiten und die Unternehmensberatung Roland & Berger sofort mit der Entwicklung einer längerfristigen Unternehmensstrategie beauftragen. Zugleich soll die Landesregierung mit Arbeitnehmerseite und Arbeitsverwaltung klären, ob eine Gesellschaft gegründet werden kann, die die ausscheidenden Arbeitnehmer vorübergehend beschäftigen und fortbilden kann.

Konzessionen der beteiligten Banken seien – „wenn überhaupt" – nur zu erwarten, wenn ein tragfähiges Gesamtkonzept vorgelegt werden könne. Zwischen Hoffmann und von Würzen bestand „volles Einvernehmen, daß auch aus regionalpolitischer Sicht dauerhaft subventionsbedürftige Arbeitsplätze nicht erhalten werden sollten", heißt es in einem Vermerk für Minister Bangemann.

In einer Analyse kommen beide überein, daß die ASG bei unveränderter Fortsetzung des jetzigen Konzepts wegen personeller Überbesetzung, ungünstiger Programmstruktur, teilweiser Unterauslastung und Aufrechterhaltung dauerhafter Verlustbringer „nicht lebensfähig" sei. Die Unternehmensberater sehen auch nach Abschluß des bisherigen Anpassungsprogramms immer noch einen zeitlich unbefristeten Beihilfebedarf von jährlich 120 bis 170 Millionen Mark. Dafür gibt es in Brüssel keine Genehmigung.

Für die Fortführung des Unternehmens seien „umgehend einschneidende Maßnahmen" erforderlich, die zur Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit und zur Finanzierung des Unternehmens aus eigener Kraft führen. Die hierzu notwendigen Maßnahmen „müssen und können nur von dem Unternehmen näher konkretisiert und müssen ... 1985 kurzfristig in Angriff genommen werden". Der Maßnahmenkatalog der Geschäftsführung erscheine nicht ausreichend. Falls diese zur Planung der weiteren Umstrukturierung nicht in der Lage sei, sollten „Änderungen in der Geschäftsführung erwogen werden".

Mit kurz- und langfristig wirksamen Maßnahmen sollte die erwartete Lücke von bis zu 170 Millionen Mark „wenigstens geschlossen werden". Bis zum Eintritt der Entlastung erwartet das Unternehmen allerdings weitere Finanzlücken in Höhe von rund 200 Millionen Mark 1985 (zusätzlich zu bereits gezahlten 80 Millionen Mark Landesmitteln) und rund 300 Millionen Mark 1986/87. Diese Beträge dürften sich durch weiteren Finanzaufwand, zum Beispiel für Sozialpläne, Abfindungen und Investitionen, noch erhöhen.

Um diese Lücke zu schließen, kämen zum Beispiel Beiträge der Banken in unterschiedlicher Form in Betracht (Volumen der langfristigen unverbürgten Kredite rund 690 und der Zinsstundungen rund 60 Millionen). Rein rechnerisch wäre für die Banken ein teilweises Entgegenkommen in einer Sanierungsaktion vorteilhafter als ein Konkurs. Dennoch wird die Konzessionsbereitschaft als „äußerst gering" eingeschätzt.

Entscheidend dürfte sein, ob das zu erarbeitende Gesamtkonzept einschließlich möglicher Beiträge der Banken, der Arbeitnehmer, der Entschuldung durch Bund und Land von verbürgten Krediten und neuer Hilfen die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des Unternehmens wahrscheinlich erscheinen lasse. Dann wäre auch den Banken ein Entgegenkommen eher zumutbar, allerdings kaum als völliger Verzicht, sondern als Tilgungsstreckung.

BUNDESPOST

Briefdienst ist erstmals seit 1969 wieder kostendeckend

PETER JENTSCH, Bonn

Als „insgesamt erfolgreich" wertete Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling gestern bei der Vorlage des Geschäftsberichts das Jahresergebnis 1984. Bei stabilen Gebühren erzielte die Post aus einem Umsatz von 46 Mrd. DM einen Jahresüberschuß von 4,3 Mrd. DM. Nach Einstellung von 1,0 Mrd. DM in die Investitionsrücklage für den Ausbau des Fernmeldenetzes wird ein Bilanzgewinn von 3,3 Mrd. DM ausgewiesen, der voll für die Finanzierung von Investitionen in Sachanlagen in Höhe von 14,6 Mrd. DM (1983: 12,7 Mrd. DM) verwendet worden ist.

Schwarz-Schilling wies auf die Bedeutung dieser Investitionssumme für die Wirtschaft hin. Durch den hohen Sachgüterbedarf der Post wurden im vergangenen Jahr an Industrie, Handwerk und Handel Aufträge mit einem Gesamtwert von 16,6 Mrd. DM vergeben.

Dabei sind an Auftragnehmer in Berlin Aufträge in Höhe von 1,9 Mrd. DM und im Zonenrandgebiet von 1,1 Mrd. DM erteilt worden. Die mittelständische Wirtschaft erhielt Aufträge in Höhe von 6,3 Mrd. DM, also rund 38 Prozent des Gesamtauftragvolumens.

Der Kapitalbedarf der Bundespost belief sich im Berichtsjahr auf 21,2 Mrd. DM und lag damit um 2,9 Mrd. DM höher als 1983. Zur Deckung des Kapitalbedarfs standen Eigenmittel in Höhe von rund 12 Mrd. DM zur Verfügung. Davon entfielen 11,3 Mrd. DM auf den finanzwirtschaftlichen Überschuß (Gewinn, Rücklagen, Abschreibungen).

Der Bruttokreditaufnahme von 6,8 Mrd. DM standen Tilgungen fälliger Schulden in Höhe von 4,1 Mrd. DM gegenüber. Damit ergab sich 1984 ein Nettokreditbedarf von 2,7 Mrd. DM; das Schuldenvolumen erhöhte sich um 3,4 Mrd. DM auf 52,3 Mrd. DM.

Auch die Nachfrage nach Post- und Fernmeldedienstleistungen entwickelte sich 1984 günstig (plus 3,5 Prozent, 1983 plus 2,3 Prozent). Das Fernmeldewesen ist daran mit einer Zuwachsrate von 6,3 Prozent (1983: 6 Prozent) beteiligt; die Zahl der Hauptanschlüsse stieg um 56 000 auf knapp 25 Millionen.

Leicht rückläufig entwickelten sich dagegen die „gelben Dienste" (minus 1,1 Prozent). Dabei konnte aber die Kostenunterdek- kung im Postwesen weiter gesenkt werden. Sie lag 1981 noch bei knapp vier Mrd. DM und betrug 1984 nur noch 1,77 Mrd. DM, obwohl die letzte Gebührenerhöhung 1982 erfolgte. Der Briefdienst arbeitete seit 1969 sogar erstmals wieder kostendeckend.

Auch für 1985 erwartet Schwarz-Schilling einen „befriedigenden Jahresüberschuß". Und das, obwohl im Vorjahr eine Reihe von Gebührenvergünstigungen für Fernmeldekunden verwirklicht bzw. für 1985 vorbereitet wurden. Durch das Paket ergeben sich für die Kunden Vergünstigungen in Höhe von knapp 500 Mio. DM.

Reinigungskur im Kaufhaus

Von JOACHIM GEHLHOFF

Im zweiten Halbjahr werde die Nachfrage nur wenig wachsen können, „wenn nicht politische Führungskraft sich energisch dem Beschäftigungsproblem zuwendet und einen Stimmungswandel beim Konsumenten herbeiführt, der dem privaten Konsum seine Rolle als Konjunkturstabilisator zurückgeben könnte." Ähnlich wie so im jüngsten Geschäftsbericht der Horten AG, sehen alle vier deutschen Warenhauskonzerne ihre nahe Zukunft: Sie stehen unverändert unter dem Zwang, die eigene Position in der Einzelhandelswelt, seit nunmehr zehn Jahren von sinkenden Marktanteilen geprägt, immer wieder neu zu überdenken.

Viel Neues aus diesem Denkprozeß haben Kunden und Aktionäre in der nun beendeten Bilanzsaison zumal von den drei börsennotierten Unternehmen Karstadt, Kaufhof und Horten vernommen. Manches klang, unter dem Motto „Abschied vom Warenhaus alten Stils", geradezu revolutionär. Im Grunde aber war es nur eine neue Strophe in dem alten Lied vom immerwährenden Anpassungszwang des Sortiments an den schnellen Wandel der Konsumgewohnheiten. Wunderwaffen hat noch kein Warenhauskonzern entdeckt.

Die jüngsten Umsatzzahlen zeigen das abermals deutlich. Nachdem die Warenhäuser 1984 mit einem Umsatzminus von drei Prozent schlechter als der gesamte institutionelle Einzelhandel (Plusrate von 1,7 Prozent) abschnitten, brachte ihnen das erste Halbjahr 1985 gleichfalls magere Ergebnisse: Minusraten von je 0,5 Prozent bei Kaufhof und Horten sowie von 2,9 Prozent beim Branchenführer Karstadt; einzig der Hertie-Familienkonzern glänzte nach schwachem Vorjahr mit 4,6 Prozent Plusrate.

Es bleibt abzuwarten, wie weit die Konkurrenz mit ihrer Unkerei recht hat, das Hertie-Plus sei mit besonders aggressiver Preis- und Werbepolitik zu Lasten der Rendite erkauft und bringe das Unternehmen im nunmehr zehnten Jahr seiner roten Zahlen eher noch mehr als schon 1984 in hohe Betriebsverluste zurück. Die gleichen Konkurrenten freilich billigen dem Hertie-Konzern zu, er tue für seine durch Verluststrähne und Führungskrise (Vakanz des Vorstandsvorsitzes) irritierten Mitarbeiter das nun einzig Richtige, um wenigstens mit Umsatzwachstum neuen Schwung und „Erfolgserlebnis" in die Mannschaft zu bringen.

Eine Langfriststrategie ist solche Politik des „Umsatz um jeden Preis" natürlich nicht. Die anderen drei Warenhauskonzerne, wenngleich 1984 in der Rendite gerupft, haben dies auch nicht nötig. Was sich besonders bei ihnen nun deutlicher herausschält (und zumeist im stillen schon seit Jahren praktiziert wird), kann man eine Reinigungskur traditioneller Geschäftspolitik in zweierlei Richtungen nennen.

Die eine Richtung geht zum „zeitgemäßen" Sortimentsangebot. Man habe wohl in den 70er Jahren etwas zu lange „an den falschen Fronten" um Marktanteile gekämpft, konstatiert Horten mit Hinweis darauf, daß die Warenhäuser (erfolglos) den Preiswettbewerb der Billig-Standardware anbietenden SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte mitmachten und jene Sortimente (mit um so höheren Spannen) im Absatz behinderten, die eigentlich die wahre Stärke der City-Häuser in Konkurrenz zum Fachhandel ausmachen.

Das wird immer deutlicher korrigiert. Aber bei aller Korrektur verstehen sich die Warenhäuser, auch bei Karstadt und Kaufhof klingt das deutlich an, nach wie vor als „universelle Anbieter". Denn bei jeder Verbraucherbefragung werde als Motiv für den Gang ins Warenhaus an erster Stelle seine „Abteilungsvielfalt" genannt. Ein Großstadt-Warenhaus ohne „Standardware" wird es auch künftig nicht geben.

Die zweite Richtung geht ins Innerbetriebliche. Da ist offensichtlich immer noch viel an Kostensenkung und Produktivitätssteigerung zu holen. Immerhin machen die „Logistik"-Kosten des innerbetrieblichen Warenflusses noch bis zu einem Zehntel des Umsatzes aus, – und bei nur ein Prozent Umsatzrendite (letztmals 1983 erreicht und nur halb soviel wie in den frühen 70er Jahren) konnten die drei Börsennotierten schon Spitzendividenden zahlen.

Spitzenlöhne brauchen sie aber auch, wenn ihre verstärkt auf Wettbewerb mit dem innerstädtischen Fachhandel zielende „zeitgemäße" Sortimentspolitik Erfolg haben soll, für's Verkaufspersonal. Den derzeit interessantesten Versuch mit Erfolgsprämien für alle Verkäufer(innen) praktiziert da Horten seit knappem Jahr mit seinem Düsseldorfer Carsch-Haus und mit dem Resultat, daß besonders Tüchtige ihre Tarifbezüge konstant um ein Viertel aufbessern. Vielleicht liegt in solcher Mitarbeiter-Motivation der Schlüssel, der dem Warenhaus eine wieder bessere Zukunft aufschließt.

AUF EIN WORT



„Wir stehen einer weiteren Senkung der Steuer auf bleifreies Benzin aufgeschlossen gegenüber. Aber je größer die Lücke zwischen dem Preis für verbleites und unverbleites Benzin ist, um so größer wird der Anreiz zu mogeln, also verbleites mit unverbleitem Benzin zu vermischen und als teures verbleites Benzin zu verkaufen."

Wolfgang Oehme, Vorsitzender des Vorstandes des Mineralölwirtschaftsverbandes, Hamburg.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

TWA: Neues Übernahmeangebot

dpa/VWD, New York

Der Financier Carl Icahn zeigt erneut Interesse an der US-Fluggesellschaft Trans World Airlines (TWA), obwohl sich TWA bereits grundsätzlich mit Texas Air Corporation über den Zusammenschluß beider Gesellschaften geeinigt hat. Icahn bietet 24 Dollar je Anteil, ein Dollar mehr als das Angebot der Texas Air vom 13. Juni. Icahn sagte ferner, er habe mit der Flugmechanikergewerkschaft eine Einigung getroffen, wonach die Arbeiter für Gewinn- und Besitzbeteiligungen Lohnkürzungen in Kauf nehmen. Eine ähnliche Regelung kam am 3. Juli zwischen Icahn und dem Pilotenverband zustande.

Nach Angaben von Börsenfachleuten wird es jetzt für den TWA-Verwaltungsrat immer schwieriger, Icahns Angebot zu ignorieren.

US-UNTERNEHMEN

Flaue Konjunktur hat die Gewinne stark gedrückt

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA hat sich im zweiten Quartal 1985 das Wachstum der Unternehmensgewinne viel stärker verlangsamt als ursprünglich angenommen. Negativ wirkte sich die müde Konjunktur aus. Das amerikanische Bruttosozialprodukt nahm seit Juli 1984 real nur um 1,9 und seit Jahresbeginn um ein Prozent (Jahresraten) zu. Zum anderen verhinderte die harte Importkonkurrenz Preiserhöhungen, so daß gestiegene Kosten nicht weitergegeben werden konnten.

Nach einer Aufstellung des Wall Street Journal schrumpften die Nettogewinne von 533 größeren US-Unternehmen gegenüber der Berichtsperiode 1984 um 14 Prozent. In den ersten drei Monaten dieses Jahres waren es elf Prozent, während die Gewinne nach Steuern im vierten Quartal 1984 noch um zwei Prozent zugenommen hatten. Der Druck der Einfuhren traf vor allem die 425 Industriekonzerne, deren Gewinne sogar um 21 Prozent sanken. Der Finanzsektor profitierte dagegen von den zurückgenommenen Zinsen. Verzerrt wurden die Bankgewinne (minus 14 Prozent) durch den 388-Mill.-Dollar-Verlust der BankAmerica.

Deutlich abgeflacht hat sich die Gewinnkurve der US-Automobilindustrie, was mit sprunghaft gestiegenen Marketing- und Entwicklungskosten sowie gegenüber früher fehlenden Steuergutschriften erklärt wird.

Der Stahlbranche geht es besser, als der zusammengefaßte Verlust in Höhe von 375 Mill. Dollar vermuten läßt. Im Vorjahresquartal hatte der Gewinn 200 Mill. Dollar betragen. Die roten Zahlen entstanden zumeist in neuen Operationsbereichen.

Steil zurückgegangen, und zwar um 57 Prozent auf 1,9 Mrd. Dollar, sind die Nettogewinne der US-Mineralölindustrie. Preiseinbrüche auf breiter Front verschlechterten das Ergebnis der Chemiekonzerne um 29 Prozent auf rund eine Mrd. Dollar.

DIHT

Schlichtungsstelle soll den Leistungswettbewerb sichern

dpa/VWD, Bonn

Um die Grundsätze des Leistungswettbewerbs im Handel besser durchsetzen zu können, sollte nach Meinung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) eine Schlichtungsstelle als Anlaufpunkt für die Beschwerden der Betroffenen eingerichtet werden. Wie DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser gestern in Bonn ausführte, solle die Schlichtungsstelle, deren Geschäftsführung der DIHT zu übernehmen bereit sei, eine offene und sachkundige Aussprache unter Kaufleuten eröffnen und auf eine gütliche Einigung hinwirken. Spruchgewalt solle sie jedoch nicht erhalten, sagte Schoser.

Grundsätzlich ist der DIHT der Ansicht, daß der Konzentrationsprozeß im Einzelhandel nicht weiter ausufern dürfe, lehnt jedoch dirigistische Eingriffe zur Bekämpfung der verschärften Konzentration ab. Wenn sowohl Selbsthilfemaßnahmen als auch die gegebenen gesetzlichen Instrumente sich als unzureichend erweisen, muß nach den Ausführungen Schosers geprüft werden, welche weiteren gesetzlichen Maßnahmen erforderlich sind, um einen leistungswidrigen Wettbewerb zu verhindern. Beim vorhandenen gesetzlichen Instrumentarium besteht nach Ansicht des DIHT vorerst jedoch noch ein „Anwendungsdefizit", etwa beim Diskriminierungsverbot und bei der machtbedingten Behinderung durch Schleuderpreisstrategien.

Im übrigen hoffe man auf eine „kleine" Novelle des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb noch in dieser Legislaturperiode, sagte Schoser weiter. Sie sollte nach den Wünschen des Verbandes ein Verbot der Preisgegenüberstellung, ein Verbot der Werbung mit Mengenbeschränkungen, eine Reform des Sonderverkaufsrechts und einen Schadenersatzanspruch für Verbraucher bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger irreführender Werbung enthalten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kabinett beschließt Abschreibungssätze

Bonn (HH) – Das Bundeskabinett beschließt heute den Gesetzentwurf zur Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude. Alle Gebäude, die zu einem Betriebsvermögen gehören, zu nicht mehr als einem Drittel Wohnzwecken dienen und für die der Antrag auf Baugenehmigung nach dem 31. März 1985 gestellt worden ist, sollen grundsätzlich mit jährlich vier statt bisher zwei Prozent abgeschrieben werden können. Stattdessen kann auch eine verbesserte degressive Abschreibung gewählt werden. So können zum Beispiel in den ersten vier Jahren jeweils zehn statt bisher fünf Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgeschrieben werden.

Mehr Stahl produziert

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die deutsche Stahlproduktion ist im 1. Halbjahr 1985 gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, wurden in sechs Monaten 15,9 Mill. Tonnen Roheisen (plus 6,5 Prozent), 20,5 Mill. Tonnen Rohstahl (plus vier Prozent) sowie 14,7 Mill. Tonnen Walzstahlfertigerzeugnisse (plus 5,2 Prozent) hergestellt.

Zufriedene Hersteller

Düsseldorf (Py.) – Die Collections Premieren Düsseldorf, der erste internationale Ordertermin für die Damenoberbekleidung für Frühjahr/Sommer 1986 sorgte mit stark erhöhter Zahl von Fachbesuchern für gute Stimmung bei der DOB-Industrie. Aus dem In- und Ausland waren 28 000 Einkäufer gekommen, 21 Prozent mehr als zum gleichen Vorjahrestermin. Nach Angaben der Igedo-Messeleitung dominierten bei der Ordervergabe „ausgereifte themenbezogene Programme zu festen Lieferzeiten". Der Handel habe insbesondere modisch attraktive und kombinationsfähige Mode gekauft.

Umschuldung perfekt

New York (AFP) – Der zweite Teil des Umschuldungsplanes für Mexiko mit einem Volumen von 20,1 Mrd. Dollar wird am 29. August in New York unterzeichnet. Dies gab die Citibank bekannt, die das internationale Bankenkonsortium leitet, das die Umschuldungsverhandlungen mit Mexiko führte. Der zweite und letzte Abschnitt betrifft die Auslandsschulden von 36 mexikanischen Staatsgesellschaften, die zwischen 1985 und 1990 fällig werden.



Je qualifizierter die Berufsausbildung, desto sicherer der Arbeitsplatz. Das geht aus einer Übersicht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor. Demnach ist das Risiko der Arbeitslosigkeit am geringsten bei Arbeitnehmern mit Fachschul-, Universitäts- und Fachhochschulabschluß. Dagegen verschlechtern sich zunehmend die Aussichten für Arbeitskräfte ohne jede Berufsausbildung.
QUELLE: GLOBUS

Hohe Finanzhilfe

Peking (AFP) – Die Volksrepublik China hat im Verlauf der letzten fünf Jahre von westlichen Ländern Finanzhilfe in Gesamthöhe von rund 250 Mill. Dollar erhalten, berichtete die auf internationalen Handel spezialisierte Tageszeitung „Guoji Shangbao". Unter den Spendern zählte das Blatt Japan (90 Mill.), Kanada (61,5), Australien (42), die Bundesrepublik (35), Norwegen (12) und die Europäische Gemeinschaft (4,7) auf.

Wochenausweis

	31.7.	23.7.	30.6.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	63,1	62,9	56,4
Kredite an Banken	107,7	105,8	103,8
Wertpapiere	3,5	3,5	3,7
Bargeldumlauf	110,0	107,5	108,8
Einl. v. Banken	53,3	47,2	49,4
Einlagen v. öffentl. Haushalten	4,2	11,9	5,7

ITALIEN

Staatsschulden erhöhen sich weiter

AFP, Rom

Die Staatsverschuldung in Italien lag nach Angaben des Finanzministeriums in Rom im ersten Halbjahr über 54 000 Mrd. Lire (etwa 79,92 Mrd. DM). Sie war damit 47 Prozent höher als im ersten Halbjahr 1984.

Das erste Halbjahr 1985 war allerdings durch außergewöhnliche Ausgaben, vornehmlich die Finanzierung der Wahlkampagne, gekennzeichnet, sowie durch die Verschiebung von Steuereinnahmen von Juni auf Juli.

Die Zielsetzungen der Regierung können jetzt wahrscheinlich nicht erreicht werden. Geplant war zu Beginn des Jahres, die Staatsverschuldung auf rund 100 000 Mrd. Lire (etwa 148 Mrd. DM) zu beschränken, was 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmacht, ein Anteil, der in keinem anderen westlichen Land erreicht wird. Nach Schätzungen von Experten wird die Verschuldung aber auf 110 000 Mrd. Lire (etwa 162 Mrd. DM), möglicherweise sogar 140 000 Mrd. Lire (etwa 207 Mrd. DM) ansteigen.

Unter diesen Bedingungen, so die Experten, werden die nach der Abwertung der Lire am 19. Juli getroffenen Maßnahmen (Steuererhöhungen und Einsparungen in Höhe von insgesamt 8200 Milliarden Lire = zwölf Milliarden Mark) nicht ausreichen, um das Defizit abzubauen.

SPANIEN / Die Tourismusbranche befürchtet einen Rückgang der Besucherzahl um drei bis vier Prozent

Einbußen in den von Briten bevorzugten Regionen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Halbzeitergebnisse der Touristensaison 1985 erscheinen derzeit in Spanien negativer, als sie es per saldo – wenn die endgültigen Zahlen vorliegen werden – sein dürften. Offiziell rechnen die Hoteliers im ersten Halbjahr mit einem Besucherrückgang von drei bis vier Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auf das ganze Land verteilt, sieht das Bild sehr unterschiedlich aus: Während Madrid bei fallender Tendenz eine durchschnittliche Auslastung der Hotelkapazitäten von 60 Prozent meldet, feiern Murcia – die Entdeckung der letzten Jahre – und Cantabria im Norden (aber nicht das Baskenland) Ergebnisse von 85 und 95 Prozent.

Andalusien befindet sich mit 70 Prozent in einem leichten Abwärtstrend. Ein Bild, das für die Costa del Sol geradezu symbolische Bedeutung bekommt, denn hier kommt die Infrastruktur dem Bau der Bettenburgen einfach nicht mehr nach. Auf der Rennstrecke des Spanien-Tourismus zwischen Fuengirola und Malaga-Ost braucht man zur Zeit zwei Autostunden, das dreifache des Normalen. Andererseits geht der Straßenbau zwischen Madrid und der Costa del Sol zügig voran. Der bisher schwer überwindbare Paß von Despenaperros in der Sierra Morena zum Beispiel kann seit einem Jahr autobahnähnlich ohne Gegenverkehr befahren werden.

Den stärksten Rückgang melden die Zonen der britischen Touristik-Unternehmen: Costa del Sol und die Balearen. Die gegenüber dem Vorjahr geringeren Buchungen sind die Folge des britischen Bergarbeiterstreiks, der nicht allein die Urlaubskasse der Kumpels angriff, und Folge der Bombenattentate spanischer Terroristen, die in den britischen Massenblättern erhebliche Beachtung fanden. Die Bomben explodierten pünktlich zur Buchungszeit zwischen Alicante und Benidorm und waren so gelegt, daß sie entweder entschärft werden konnten oder erst nach einer Warnzeit explodierten. Das programmierte Ziel ist ja nicht, das Ausland zu verärgern, sondern die spanische Wirtschaft zu schwächen. Das wiederum braucht man als Voraussetzung für das angestrebte Revolutionsklima.

Der Presseerfolg in England wird die Terroristen ermuntern, zum Buchungsmonat April 1986 auch in die deutschen Massenblätter zu kommen. Der Generaldirektor für Tourismus bei der Landesregierung von Galicien, Diaz Rey, meinte, daß sich die jüngste Terrorwelle ebenfalls auf das Hotelgewerbe auswirkt, jedenfalls im Norden. Besonders Franzosen hätten Buchungen für den August storniert. Als Ausgleich kommen plötzlich die Italiener.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die geringfügigen Verluste der ersten Saisonhälfte im Juli und August voll aufgeholt wurden oder werden. Die insgesamt positive Entwicklung des Jahres 1985 geht über Preissteigerungen hinweg, die die Mehrfach-Spanien-Urlauber in diesem Jahr besonders spürten. Die Peseta hatte sich gegenüber der Mark verbessert, so daß der deutsche Tourist die spanischen Inflationsverluste voll mittragen mußte. Die mögliche Überbewertung der Peseta wird sich voraussichtlich noch bis ins nächste Jahr halten. Im Sommer 1986, also ein halbes Jahr nach dem effektiven EG-Beitritt Spaniens, wenn sich die Peseta dem Druck der EWS-Währungen wohl länger nicht mehr entziehen kann, wird der Urlauber sich wieder besser stehen.

Die Hoteliers erwarten für das nächste Jahr Preissteigerungen zwischen sechs und acht Prozent, was ungefähr der Inflationsrate entsprechen könnte. Das internationale Reisekonsortium Zontur schlug eine Marge von fünf bis zehn Prozent vor. In diesem Jahr kletterten die Preise zwischen drei und sieben Prozent, blieben also unter der Inflationsrate.

In Lanzarote allerdings erreichte man im Durchschnitt 15 Prozent. Die Kanarischen Inseln haben ihre Hauptsaison im Winter von Oktober bis Dezember. Die jetzt vorliegenden Zahlen für die Saison 1985 signalisieren eine Steigerung von 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Unter den 3,6 Millionen Besuchern des Archipels bilden die Deutschen mit 0,96 Millionen die Hauptgruppe, gefolgt von den Engländern mit 0,81 Millionen. An der Costa del Sol kommen auf einen Deutschen dagegen drei Engländer. (SAD)

FRANKREICH / American-Express-Karten akzeptiert

Crédit Lyonnais prescht vor

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Ausländische Touristen können in Frankreich gegenwärtig nur Kredit- und Zahlkarten des Visa- und Eurocard (Mastercard)-Systems an den Schaltern und Geldautomaten der Banken verwenden. Ab Anfang September will aber der Crédit Lyonnais als zweitgrößte (verstaatlichte) Großbank des Landes darüber hinaus die American-Express-Karte bedienen. Ein entsprechendes Abkommen wurde jetzt zwischen den beiden Instituten unterzeichnet.

In dieser Initiative des Crédit Lyonnais sehen dessen Konkurrenzbanken einen Verstoß gegen das Abkommen über die Vereinheitlichung des französischen Kreditkartensystems. Dadurch, so erklärt man insbesondere bei der Société Générale und beim Crédit Agricole, solle nicht zuletzt dem Vordringen der ausländischen Kreditkarten in Frankreich ein Riegel vorgeschoben werden – ausgenommen die Gegenseitigkeitsabkommen mit dem gesamten französischen Bankensystem (Visa und Eurocard).

Beim Crédit Lyonnais dagegen vertritt man die Auffassung, daß sich früher oder später auch andere Banken dem American Express öffnen werden. Immer mehr Geschäfte und Restaurants akzeptierten inzwischen diese wichtige Kreditkarte.

Zweifellos will sich der Crédit Lyonnais einen Wettbewerbsvorsprung sichern. Ein vorläufiger Kompromiß könnte darin bestehen, daß die Bank die Zahl der den Inhabern von American-Express-Karten zugänglichen Schalter und Geldautomaten begrenzt.

Inzwischen verschärft sich der Konflikt zwischen den Banken und dem Handel wegen der Aufteilung der Kosten, die durch die Vereinheitlichung der beiden nationalen Kredit- und Zahlkartensysteme (Carte bleue und Carte verte) und deren spätere Umstellung auf eine elektronische Karte entstehen. Es geht dabei vor allem um die Finanzierung der neuen Registrierkassen und Identifizierungsgeräte. Die Banken selbst sind grundsätzlich nur insoweit zu einer Beteiligung bereit, als sie Kosten im Scheckverkehr, der in Frankreich für die Kunden gebührenfrei ist, einsparen.

UDSSR / Unternehmen erhalten größeren Freiraum – Leistungsanreize für Arbeiter

Für bessere Produkte gibts Prämien

AFP, Moskau

Die sowjetische Wirtschaft soll endlich rentabler werden und bessere Erzeugnisse liefern. Um dieses Ziel zu erreichen, verabschiedeten das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR und der Ministerrat eine Entschließung mit einer Reihe konkreter Maßnahmen.

Um die Betriebe zu veranlassen, qualitativ bessere Produkte zu liefern, werden sie in zahlreichen Industriebranchen in Zukunft über einen deutlich größeren finanziellen Freiraum verfügen. Ihre Einnahmen werden dabei von der Qualität der Erzeugnisse abhängen. Unternehmen, die die Qualitätsvorschriften nicht erfüllen, werden zunächst mit Bußen belegt. Falls keine Besserung erfolgt, ist vorgesehen, daß ihnen die betreffende Produktion gänzlich entzogen wird.

Diese neuen Bestimmungen stützen sich auf einen bereits vom verstorbenen Parteichef Juri Andropow in fünf Ministerien der Industriebranchen befürworteten und am 1. Januar 1984 eingeführten Versuch, der in diesem Jahr auf 20 andere weiter ausgedehnt wurde.

Sie gewähren den Produktionseinheiten eine weitgehende finanzielle Autonomie und ziehen sie direkt in den Planungsprozeß ein. Die Prämien werden entsprechend dem erzielten Absatz und nicht mehr wie bisher nach der quantitativen Produktionsleistung gewährt.

Die neuen Maßnahmen zielen auch darauf ab, den Anstieg des Lebensstandards der Sowjetbürger von der Qualität ihrer Arbeit abhängig zu machen. Es gehe darum, ein „globales System" der Wirtschaftsverwaltung zu schaffen, das „finanzielle Hebel und materielle Anreize" zur Anwendung bringt, wird in der Entschließung erklärt. Die Unternehmen müßten dafür Erzeugnisse produzieren, die für die „Wirtschaft notwendig" sind und unter Förderung des technologischen Fortschritts dem „besten Weltniveau" entsprechen.

Dazu wird die Stellung der mit der Qualitätskontrolle beauftragten Organe gestärkt. Diese können unter anderem Unternehmen, die Produkte sehr guter Qualität herstellen, die Genehmigung erteilen, ihre Waren zu Preisen zu verkaufen, die um 30 Prozent über dem Durchschnitt liegen. Dagegen kann für Produkte ungenügender Qualität eine schrittweise Senkung der Verkaufspreise um fünf bis 15 Prozent angeordnet werden.

Die Unternehmen sollen in Zukunft auch freier über ihre aus dem Export stammenden Devisenerlöse verfügen können. Sie werden ferner ihre Erweiterungs- und Modernisierungsprojekte selbst ausarbeiten können. Sie brauchen nur noch dann dem zuständigen Ministerium zur Genehmigung vorgelegt werden, wenn die dafür notwendigen Beträge in den Betrieben der Schwerindustrie vier Millionen Rubel (rund 14 Millionen Mark) und den anderen Industriebranchen 2,5 Millionen Rubel übersteigen.

Bulgarien baut Kernkraft aus

JJG, Düsseldorf

Das erste bulgarische Kernkraftwerk in Kosloduj erhält demnächst seinen fünften Block mit einer Kapazität von 1000 Megawatt (MW). Damit wird die Gesamtkapazität 2780 MW betragen und das Werk 30 Prozent des Strombedarfs des Landes abdecken. Wenn der fünfte Block ans Netz geht, wird Bulgarien nach der UdSSR das größte Atomkraftwerk innerhalb des RGW besitzen, heißt es in Berichten der bulgarischen Presse.

Für den kommenden Fünfjahresplan ist ein zweites Kraftwerk in Belenie fest eingeplant. Es soll noch größer werden als das in Kosloduj: Schon der erste Reaktor soll eine Kapazität von 1000 MW haben. Damit werden 40 Prozent der Landes-Stromproduktion gedeckt.

Die Forcierung des bulgarischen Kernkraftprogramms wird damit begründet, daß Bulgarien keine großen und starken Flüsse hat, entlang denen man konventionelle E-Werke bauen könnte. Die Erdöl- und Erdgasvorkommen des Landes sind gering, die Steinkohle von geringer Qualität.

GROSSBRITANNIEN / Jugend-Arbeitslosigkeit nimmt zu

Zahl der Selbständigen steigt

WILHELM FURLER, London

Mehr als ein Viertel aller britischen Jugendlichen im Alter von 18 und 19 Jahren ist inzwischen arbeitslos. Dies geht aus dem jüngsten Jahresbericht der Manpower Services Commission hervor, die der deutschen Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg entspricht.

Ein ebenso niederschmetterndes Detail dieses Reports zeigt, daß von den insgesamt 3,059 Millionen Arbeitslosen in Großbritannien im Mai knapp 460 000 länger als drei Jahre ununterbrochen ohne Arbeitsplatz gewesen sind.

Dies ist ein Anstieg gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 37 Prozent. Damit sind rund 14 Prozent der Arbeitslosen seit mehr als drei Jahren beschäftigungslos.

Rund 40 Prozent der Arbeitslosen oder etwa 1,3 Millionen Briten waren im April dieses Jahres länger als ein Jahr ohne Arbeit, ein Anstieg gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 111 000.

Aus dem Bericht der Manpower Services Commission geht allerdings auch hervor, daß zu Beginn dieses Jahres mit insgesamt 20,804 Millionen Beschäftigten in Großbritannien rund 152 000 mehr Briten in einem festen Arbeitsverhältnis standen als ein Jahr zuvor.

Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Selbständigen um 200 000. Von der Zunahme um 200 000 entfielen 135 000 auf Männer.

Zusätzlich zu den etwa 65 000 mehr selbständig arbeitenden Frauen stieg die Zahl der weiblichen Beschäftigten zwischen Januar 1984 und Beginn dieses Jahres um 201 000, in erster Linie im Bereich der Teilzeitarbeit.

Insgesamt gab die Manpower Services Commission im letzten Jahr mehr als acht Milliarden Mark aus, um rund 2,5 Millionen Personen bei der Suche nach Arbeitsplätzen, Lehr- und Ausbildungsstellen oder nach einer vorübergehenden Beschäftigung behilflich zu sein.

WIVEDA / Ehrgeiziges Investitionsprogramm

Spuren des Rabatt-Kriegs

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der Pharmagroßhandel-Genossenschaft Wiveda eG, Planegg, stehen in den nächsten fünf Jahren Sachinvestitionen von insgesamt 50 Mill. DM ins Haus. Zum einen hat das zügige Wachstum der vergangenen Jahre mehrere Regionalniederlassungen in die Nähe ihrer Kapazitätsgrenzen gebracht. Zum anderen zwingt der extrem scharfe Branchenwettbewerb dazu, neueste Techniken – jetzt automatische Kommissionieranlagen und Roboter – möglichst rasch einzusetzen.

Noch bereitet die Finanzierung des Zukunftsprogramms einiges Kopfzerbrechen. Zwar ist die Genossenschaft mit 28 Mill. DM Eigenkapital (bei 23 Mill. DM Anlagevermögen) relativ gut ausgestattet. Doch 17 Mill. DM davon sind Geschäftsguthaben der 2430 (2280) Mitglieder, die ihre Anteile jederzeit zurückziehen können. Und aus den 50 Mill. DM Investitionen errechnet sich die Wiveda eine jährliche Zusatzbelastung von 7,5 Mill. DM – der Gewinn von Steuern lag 1984 erst bei 6,2 Mill. DM.

Nach Steuern verblieb davon ein Jahresüberschuß von 2,5 (3,4) Mill. DM, dessen Rückgang die Rabattgefechte der Pharma-Großhändler im vergangenen Jahr deutlich widerspiegelt. Der Nachlaß-Krieg scheint jedoch einstweilen vorüber. Nachdem einer der Marktführer zu Jahresbeginn seine Rabatte reduzierte, ist die Branche fast geschlossen gefolgt.

Trotz dieser Kürzung, die auch die eigenen Mitglieder trifft, will die Apotheker-Genossenschaft ihren Umsatz 1985 weiter um 10 Prozent auf mehr als 700 Mill. DM steigern. Im vergangenen Jahr hatte sie – auch gestützt durch die regionale Ausweitung in Richtung Norden – ein Wachstum um gut 11 Prozent auf 657 (590) Mill. DM erreicht.

Der Vorstoß ins Saarland und nach Rheinland-Pfalz hatte sich bereits 1983 in einem Investitionsbudget von rund 10 Mill. DM niedergeschlagen (obwohl die Mainzer Niederlassung mit einem Volumen von fast 7 Mill. DM geleast wurde). 1984 standen die Signale mit Sachinvestitionen von 4 Mill. DM dann erst einmal wieder auf Konsolidierung.

SCHMIDT + CLEMENS / Nach Verlusten nun Aussicht auf zwei fette Jahre

Edelstahl-Spezialist im Aufschwung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Trotz der in heimischer Region überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote von zehn bis elf Prozent mühe man sich erfolglos um die Einstellung von 30 bis 40 zusätzlichen Fachkräften. Deshalb helfe man sich mehr als gewollt mit Überstunden und könne nur hoffen, daß alle modern gewordenen Bestrebungen um tarifliche oder gesetzliche Überstunden-Eindämmung ebenso scheitern wie die eigene Facharbeiter-Suche.

Auch solches Schlaglicht wirft die Edelstahlwerk Schmidt + Clemens GmbH & Co. KG, Lindlar bei Köln, auf ihr nun endlich und deutlich aufwärts gerichtetes Geschäft. Die 106 Jahre alte Familienfirma, größte im knapp zwei Dutzend Produzenten umfassenden Kreis deutscher Mittelständler, die mit Guß und Schmiede hochwertige Edelstahl-Spezialprodukte (bis hinauf zu Kilopreisen von 300 DM) vor allem für die Investitionsgüterindustrie herstellen, spürt daheim und auf dem Weltmarkt den Konjunkturaufschwung.

Die Wende ins Positive kam auf leisen Sohlen. In 1984 hat S + C zwar seinen Umsatz um 8,3 Prozent auf 147 Mill. DM und den Auftragseingang um 26 Prozent auf 160 Mill. DM gesteigert. Aber das verschwiegene Rendite-Resultat des freiwillig publizierenden Mittelständlers („die Konkurrenz meldet nicht einmal den Umsatz") war immer noch, wie das auf 15,2 (15,8) Mill. DM gesunkene Eigenkapitalkonto andeutet, leicht negativ. Aber nur noch deshalb, wie der aus der Gründerfamilie stammende Geschäftsführer Christoph Schmidt-Krayer betont, weil 1984 mit Frühpensionierung die Belegschaftszahl (letztmals) drastisch um 5,4 (5,8) Prozent auf 1178 reduziert wurde.

Eine Reduzierung, die nun neuer Zuversicht weicht. Im ersten Halbjahr 1985 hat S + C den im Vorjahr durch Export-Sondergeschäfte geschönten Auftragseingang mit nun 90,3 Mill. DM um 1,1 Prozent übertroffen – mit der Aussicht auf gut sechsprozentige Steigerung der Auftragsbuchungen auf etwa 170 Mill. DM im vollen Jahr. Und dies begleitet von einem mindestens elfprozentigen Umsatzanstieg auf etwa 164 Mill. DM mit Anstiegstendenz der 1984 bei 28 Prozent liegenden Exportquote.

Nach zwei insgesamt circa 5 Mill. DM schweren Verlustjahren (bis Ende 1983), so resümiert nun die S + C-Geschäftsführung, habe die Firma allerbeste Aussicht, in 1985 wie in 1986 mit stattlichem Gewinn zu arbeiten. Dies auch deshalb, weil man 1984 wie 1985 mit je drei- bis fünfprozentiger Verkaufspreis-Steigerung wenigstens das meiste des eigenen Kostenanstiegs kompensieren könne.

Aber die zuvor erlittenen Verluste könne man damit beileibe noch nicht aufholen.

MÜNCHENER MESSE / Verlegung des Geländes geplant

Neuer Standort alter Flughafen

DANKWARD SEITZ, München

Eine Standortverlagerung des Münchener Messegeländes von der mitten in der Stadt gelegenen Theresienhöhe auf das nach dem Bau des Münchener Flughafens II in Erding freiwerdende „alte" Flughafengelände in Riem plant die Münchener Messe- und Ausstellungs-GmbH (MMG). Nach einer Überprüfung von sieben Gebieten in Stadtrandlage kommt die MMG in einer „Denkschrift" an den Münchener Stadtrat zu dem Ergebnis, daß dort die Bereitstellung einer Teilfläche „von etwa 80 Hektar die günstigste Lösung" ist, ein neues „voll funktions- und international wettbewerbsfähiges" Messegelände zu errichten.

Die ersten Vorstellungen gehen davon aus, wie Messe-Chef Werner Marzin vor der Presse erläuterte, in einer ersten Baustufe 130 000 qm Hallenfläche mit entsprechend großem Freigelände bis zum Jahr 1994 zu erstellen. In einem zweiten Schritt sollte dann der Ausbau auf „optimale" 160 000 qm erfolgen. Das Investitionsvolumen bezifferte Marzin „nach einer total groben Schätzung" auf 650 bis 700 Mill. DM zu heutigen Preisen ohne den Grundstückskauf und die notwendigen Verkehrsanbindungen.

Diese Verlagerungspläne bezeichnete Marzin in Übereinstimmung mit Oberbürgermeister Georg Kronawitter als „Vorwärtsstrategie", um im harten Konkurrenzkampf der nationalen und europäischen Messeplätze langfristig bestehen und München auf Teilgebieten zu einer weltweit führenden Messestadt machen zu können. München als Hochtechnologiezentrum der Bundesrepublik habe in Zukunft gute Chancen auf den Gebieten Elektronik, Luft- und Raumfahrt, Transportsysteme sowie für verschiedenste Wanderausstellungen.

Das Messegelände auf der Theresienhöhe platzt, so Marzin, trotz der Erweiterung in den letzten Jahren aus allen Nähten und bietet keine nennenswerten Expansionsmöglichkeiten mehr. So hätten beispielsweise zur Computermesse Systems rund 100 Firmen und zur Sportartikelmesse Ispo sogar 120 Firmen mehr kommen wollen, als unterzubringen sind. Schon diese Entwicklung bedinge tendenziell eine Vergrößerung des Raumbedarfs der einzelnen internationalen Spitzenveranstaltungen.

Volle Unterstützung findet Marzin dabei bei Oberbürgermeister Kronawitter. Ohne das Ergebnis der noch zu führenden Untersuchungen und die Beratungen des Stadtrates präjudizieren zu wollen, steht München seiner Ansicht nach vor der Entscheidung, eine Begrenzung der Messe nach dem Motto „klein, aber fein" in Kauf zu nehmen oder aber mit einer Standortverlagerung zusätzliche Expansionsmöglichkeiten „für die nächsten hundert Jahre" zu schaffen. Er sei sich im klaren, daß dies ein „heißes Eisen" sei.

Zweifelsfrei stehe fest, so Kronawitter, daß die Messe für die Stadt ein bedeutender Wirtschaftsfaktor sei. So hätten allein im vergangenen Jahr 20 Messen und 1348 Kongresse, Tagungen und Seminare hier stattgefunden. Rund 2,3 Millionen Besucher seien dazu angereist. Den wirtschaftlichen Umsatz, den der Messeplatz bewirkt, schätzte er auf 750 Mill. DM pro Jahr, womit rund 50 000 Arbeitsplätze direkt und indirekt gesichert würden.

Weitere Wirtschaftsnachrichten auf Seite 14

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Balingen: Erich W. Halfinger Handelsges. mbH; **Betzdorf:** METEG Medizinisch-technische Geräte, GmbH, Daaden-Biersdorf; **Bückeburg:** Olevee Moden GmbH, Seggebruch; Nerge-Moden Ges. f. modische Damenbekleidung mbH & Co. KG, Seggebruch; **Celle:** Gutzeit GmbH, Hambühren; **Fürth:** Fritz Schultheiß KG, Gerhardshofen; **Hannover:** „AS-Finanz" Kreditvermittlungs-Ges. mbH; **Köln:** Müller's Pommes Frites GmbH; **Ottweiler:** Verlag Deutsche Senioren Zeitung GmbH, Illingen; **Verden:** Offset Schneider Druck GmbH & Co. KG; Schneider-Druck GmbH; **Weißenburg:** Nachl. d. Babetta Köbler; **Wolfratshausen:** Holtzimmer & Spahn GmbH i. L., Tegernsee; **Wuppertal:** Holkdorf + Holldorf Ges. mbH, Velbert.

NAMEN

Gunther A. Luedecke, Vorsitzender der Geschäftsführung der Tetra Pak Rausing & Co. KG, Hochheim, feierte am 4. August seinen 60. Geburtstag.

Birger Steinbrück wurde Nachfolger von **Dieter Schweinle** als Leiter Personal- und Sozialwesen der General Electric-Deutschland, Frankfurt. **Schweinle** hat mit Wirkung vom 1. August eine neue Aufgabe bei Calma der General Electric Industrial Automation Gruppe, London, übernommen.

F. Schneiderhan wurde mit Wirkung vom 1. August für die Dauer von fünf Jahren zum Geschäftsführer der International Harvester Company mbH, Neuss, bestellt.

Heinz Jürgen Cordes, Chef der CP Cordes und Partner Engineering Projektgesellschaft, Ottobrunn, und im Bundesvorstand des Verbandes Beratender Ingenieure VBI zuständig für die Auslandstätigkeit, ist in den Vorstand der Fédération Internationale des Ingénieurs Conseils DIDIC, des Weltverbandes der unabhängig tätigen Beratenden Ingenieure, gewählt worden.

Günter Arnold ist seit Anfang August Nachfolger von **Richard Hiel** als Marketingleiter Fotografen und Labors bei der Kodak AG, Stuttgart.

VORRUHESTANDSREGELUNG / Gewerkschaft klagt

Nur für Mitglieder?

O. SCHUMACHER, Bonn

Die Gewerkschaft Textil, Bekleidung (GTB) fühlt sich um die Früchte ihrer Arbeit geprellt. Daher steht dem Münchener Arbeitsgericht eine Klage ins Haus, mittels der die GTB durchsetzen will, daß nur Gewerkschaftsmitglieder einen Rechtsanspruch auf die tariflich vereinbarte Vorruhestandsregelung haben.

Hintergrund des schwelenden Rechtsstreites: Laut GTB-Tarifvertrag haben lediglich zwei Prozent einer Betriebsbelegschaft einen Anspruch, sich vorzeitig (frühestens mit 58 Jahren) in den Ruhestand schikken zu lassen. Die Gewerkschaftler bringt es nun auf die Palme, daß die südbayrischen Arbeitgeber der Textilindustrie auch Unorganisierte auf die Zwei-Prozent-Klausel anrechnen wollen. „Unerträglich und rechtlich unhaltbar", nennt Pressesprecher O. Berkus in der Düsseldorfer Gewerkschaftszentrale diese Praxis. Und Berkus fügt hinzu: „Wir haben nicht für die Vorruhestandsregelungen gekämpft, damit uns Unorganisierte den vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben blockieren können."

Diese „Trittbrettfahrer" sind den Gewerkschaftlern schon lange ein Dorn im Auge. So ist es durchaus denkbar, daß die GTB den regional begrenzten Rechtsstreit zum Anlaß nimmt, um ein tarifrechtliches Grundsatzurteil über das Verhältnis von Gewerkschaftsmitgliedern und nichtorganisierten Arbeitnehmern zu erwirken.

Dem gewerkschaftlichen „Kriegsgeschrei" sehen die südbayrischen Arbeitgeber in der Textilbranche derweil sehr gelassen entgegen. Sprecher Burkard Florack verweist auf einen Beschluß der südbayrischen Betriebe aus der Nachkriegzeit. Dieser besagt, daß tarifliche Vereinbarungen für alle Arbeitnehmer gelten müssen. „In diesem Verbot der Differenzierung sehen wir uns ebenfalls durch höchstrichterliche Entscheidungen bestätigt", betont Florack. Die Forderungen der GTB betrachten die Arbeitgeber daher als einen Verstoß gegen den im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Gleichbehandlung.

Florack wirft der klagenden Gewerkschaft auch ein gestörtes Verhältnis zur Mathematik vor. „Bei der Zwei-Prozent-Klausel nimmt die GTB als Berechnungsgrundlage alle Belegschaftsmitglieder, also auch die Unorganisierten. Sollen nun aber Bewerber für den Vorruhestand ausgewählt werden, zählen plötzlich nur noch die eigenen Mitglieder." Zusammenfassend betrachten die Arbeitgeber die GTB-Klage als ausgeklügelte Werbekampagne, um ältere Arbeitnehmer zum Eintritt in ihre Organisation zu bewegen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hettlage expandiert

Neuried (VWD) – Die Hettlage KGaA, Neuried, will 1985 weitere Zweitstellen, vor allem in Österreich, eröffnen. Auch in der Bundesrepublik denke man an eine Ausweitung der 36 Zweigniederlassungen. Im Vordergrund stehe dabei die Vertriebsform „Selbstbedienungs-Mode-Center". 1984 setzte die Gesellschaft (ohne österreichische Beteiligungen) nahezu unverändert 337 Mill. DM um. Für 1984 zahlt Hettlage 4 (5) Prozent Dividende auf das Grundkapital von 11,75 Mill. DM.

Aufwind beim Guß

Düsseldorf (J. G.) – Um 5,4 Prozent auf 1,75 Mill. t haben die deutschen Eisen-, Stahl- und Tempergießereien im ersten Halbjahr 1985 ihren Absatz über den Vorjahresstand gesteigert; Straßenfahrzeug- und Maschinenbau waren im In- wie Ausland mit 10 Prozent mehr Gußverbrauch die Hauptwachstumsträger. Der Gießereiverband verweist zwar auch auf die im Vorjahr „streikgedrückte" Vergleichsbasis. Aber er sieht nun Anlaß, die 1985er Produktionserwartung der Branche, die erst 1984 mit 2 Prozent Plusrate aus vierjähriger Talfahrt herauskam, mit einem Anstieg von 2,5 bis 3 (bisher 2) Prozent anzusetzen.

Spitzen-Ausbildungsplatz

Köln (os) – Mit einer Ausbildungsquote von 14 Prozent halten die Sparkassen einen Spitzenplatz bei den ausbildenden Betrieben in der Bundesrepublik und bilden damit fast jeden zweiten Bankkaufmann aus. Hans-Ludwig Oberbeckmann, Geschäftsführer des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, erklärte zur Eröffnung eines Bildungszentrums der Stadtsparkasse Köln, daß die Sparkassenorganisation 25 000 Auszubildende unter Vertrag habe. Mit 55 Prozent überwiege deutlich der Anteil junger Frauen. Der Sparkassenverband, so Oberbeckmann, sei überzeugt, daß Geldausgabe-Automaten, Kontoauszugsdrucker und computergestützte Sachbearbeitung die Zahl der Angestellten kaum verändern werden.

BERKEMANN / Mit Fußeinlagen groß geworden

Tennisschuh-Welle bremst

JAN BRECH, Hamburg

Die Heinrich Ad. Berkemann GmbH & Co, Hamburg, besteht in diesen Tagen 100 Jahre. Das Familienunternehmen zählt zu den führenden Herstellern von orthopädischen Spezialerzeugnissen und hat sich das Firmenmotto „Alles für den Fuß" zugelegt. Zum Jubiläum werden zum ersten Mal ein paar Zahlen zur Geschäftsentwicklung genannt. Danach hat das Unternehmen im Jahr 1984 mit 400 Mitarbeitern einen Umsatz von rund 50 Mill. DM erzielt. 70 Prozent davon entfallen auf Fußbett-Schuhwerk, der Rest auf andere orthopädische Produkte. Der Exportanteil wird mit 25 Prozent angegeben.

Neben dem Hamburger Werk, dem ein eigenes Forschungs- und Entwicklungslabor angegliedert ist, verfügt Berkemann über einen weiteren Produktionsbetrieb in Pirmasens. Die gesamte Kapazität ist ausgelegt auf die jährliche Fertigung von etwa 750 000 Einlagenrohlingen, 200 000 Paar Holz-Gymnastiksandalen sowie 700 000 Fußbett-Sandalen, die im Fachjargon „Clogs" heißen. Der Vertrieb ist strikt fachhandelsorientiert.

Die durchschnittlichen Zuwachsraten von 5 Prozent früherer Jahre hat Berkemann seit 1983 nicht mehr erreicht. Zurückgegangen ist vor allem der Absatz von Fußbett-Sandalen aus Holz. Hier mache sich, so betont die Geschäftsführerin Melitta Berkemann, die Tennisschuh-Welle bemerkbar. Die bei Berkemann entstandene Lücke sei durch neu entwickelte Sandalen mit weicheren und biegsamen Böden geschlossen worden.

Nach Angaben von Frau Berkemann, die den Bereich Forschung leitet, stammen 90 Prozent der Produkte für den Fuß und gut 50 Prozent der großorthopädischen Erzeugnisse wie Spezial-Korsetts und Schienenapparate aus eigener Forschung und Entwicklung. Produktinnovation habe stets die Geschichte des Unternehmens bestimmt, erklärt Frau Berkemann. So habe der Firmengründer die „bahnbrechende Idee" der fußstützenden Einlagen gehabt, die noch heute als Einlagenrohling zur Weiterverarbeitung nach Maß für den orthopäischen Fachbetrieb produziert wird.

Aktien leicht uneinheitlich

Autowerte blieben aber überwiegend freundlich

DW. – Auf dem Aktienmarkt setzte sich am Dienstag keine einheitliche Tendenz durch. Aus dem Ausland lagen sowohl Kauf- als auch Verkaufsaufträge vor. Negativ beeinflußt wurde die Stimmung zeitweise von den deutlich rückläufigen Exporteingängen im Juni. Andererseits erhielt sie aber auch Anregungen von den anhaltenden Exporterfolgen der deutschen Autohersteller. Autoaktien wurden deshalb zum größten Teil weiter heraufgesetzt, wenn auch wegen einsetzender Gewinnmitnahmen geringer als am Wochenbeginn.

Die Sonderbewegung bei den GHH-Stämmen setzte sich nicht weiter fort. Der Kurs stabilisierte sich um 175 DM. Trotz des Vortagsanstiegs blieben nennenswerte Gewinnrealisationen bisher aus. Interesse kam während der Börsenzeit für Kaufhof-Aktien auf. Der Kurs zog daraufhin deutlich an. Bemerkenswert widerstandsfähig weiterhin die Titel der Großchemie, die sich sogar um ein bis zwei DM befestigten. Schering-Aktien, die unter der Kapitalerhöhung gelitten hatten, erholten sich weiter. Deutlich besser lagen auch Linde-Aktien, deren Kursentwicklung ebenfalls durch die inzwischen abgeschlossene Kapitalerhöhung in Mitleidenschaft gezogen war. Zu den bevorzugten Papieren zählten weiterhin Veba-Aktien. Sie erreichten mit 239 einen neuen Höchststand. Während Bankaktien wegen der wieder stärker ins Bewußtsein der Anleger gedrungenen Auslandsrisiken von der im Gange befindlichen Zinssenkung nicht profitieren konnten, zogen Versicherungsaktien weiter an. Albingia überschritten erstmals die Marke von 1000 DM.

Frankfurt: Wella und Chemieverwaltung verbesserten sich je um 20 DM und Braun AG um 10 DM. ADT verminderten sich um 1,30 DM, Esslinger Maschinen büßten 10 DM und Pfaff 5,50 DM ein.

Düsseldorf: Um 4 DM verbesserten sich Kabel + Metall, um 5 DM Hagen Batterie und Heinrich. 10 DM holten Audi NSU, 20 DM Rheag auf. Dt. Atlanten verminderten sich um 5 DM.

Hamburg: HEW wurden mit plus 1 DM und NWK-Vz. mit plus 3 DM gehandelt. Markt und Kühlhallen verminderten sich um 4,50 DM und Hapag Lloyd um 3,50 DM. Haller Meurer stiegen um 1,20 DM.

Berlin: DUB-Schultheiss legten 9 DM, Schering 4 DM und Herlitz 1 DM zu. Rheinmetall Vz. verloren 1,50 DM, Dt. Hypo Berlin waren unverändert, und Berl. Elektro fielen um 4 DM.

München: Aigner verbesserten sich um 1 DM, Agrob Vz. um 2,80 DM und Audi AG um 10 DM. Dywidag schlossen um 2 DM leichter, Heilit sanken um 5 DM und Süd Chemie um 7 DM.

Stuttgart: Daimler erhöhten sich um 6 DM und Mercedes um 12,50 DM. Schwäbische Zellstoff stiegen um 12,90 DM. Aesculap sanken um 15 DM und Kolbenschmidt um 2,50 DM.

Nachbörse: gut behauptet

WELT-Aktienindex: 198,77 (197,53)
WELT-Umsatzindex: 2754 (2674)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Brüssel

Arbed	1680	1650
Brux. Lambert	1860	1855
Cockerill Ougrée	216	219
Ebes	2875	2875
Gevaert	3635	4020
Kreditbank	8880	8800
Petrofina	5690	5740
Soc. Gén. d. Belg.	1785	1785
Sofina	7200	7170
Solvay	4400	4370
UCB	4990	5000
Index	2302,24	2301,81

Singapur

Cycle + Car.	3,44	3,44
Cold Storage	2,66	2,64
Dev. Bk. of Sing.	–	5,3
Fraser + Neave	5,55	5,55
Kl. Kepong	2,35	–
Mal. Banking	5,7	–
Nat. Iron	2,3	–
OCBC	8,25	8,3
Sime Darby	1,87	1,9
Singapur Land	2,38	2,36
Un. Overs. Bank	3,68	3,68

Optionshandel

Frankfurt: 06. 08. 85

2095 Optionen = 108 350 (108 100) Aktien, davon 363 Verkaufsoptionen = 18 800 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-110/22, 10-130/7,2, 10-140/3,1, Agiv 10-340/25, BASF 10-191/32, 10-210/17, 10-211/15, 10-220/10, Bayer 10-201/26, 10-210/14,4, 10-211/14,4, 10-220/9,3, 10-230/6, BBC 10-234/26, BHF 10-330/7, Bay. Hypo 10-339/27, 10-345/20, 1-370/24,8, BMW 10-407,5/19,2, 10-420/15, 10-460/5,6, 1-460/8,9, 1-480/8, 1-500/5, 4-500/8, Bay. Vereinsbk. 1-420/18, Commerzbk. 10-210/16,4, 10-220/9,9, 10-230/6,4, 10-240/4,8, Conti 10-137/16, 10-157/5, 10-160/5, Daimler 10-850/45, 1-950/25,2, 4-950/60,75, 4-1000/30,5, Dt. Babcock St. 10-170/5, Deutsche Bk. 10-203,5/87, 10-600/11, 1-570/32, Dresdner Bk. 10-230/46, 10-260/22,2, 10-270/19, 10-290/10, GHH St. 1-160/29, 1-170/25, 1-180/10, 4-170/35, Harpener 10-310/7,4, Hoechst 10-220/9,4, 10-230/5,4, 10-240/2, Hoesch 10-110/9, 10-120/3, 10-130/2, Karstadt 1-240/15,6 1-243/14, KHD 4-320/9, Klöckner 10-60/6, 1-60/9,5, 1-65/4,5, 1-70/3, Lufthansa St. 10-205,50/18,4, 10-225,50/8, 1-210/23, MAN 10-160/14,5, 1-170/17,4, Mercedes 10-600/180, 1-780/40, Mannesmann 10-160/28, 10-170/16, 10-180/15,4, 10-190/12,6, Preussag 1-300/10, RWE St. 10-180/7,6, 1-180/14, 4-190/15, RWE Vz. 1-180/11, 1-190/6, Schering 1-500/10, 4-520/7,4, Kali + Salz 10-300/9, 1-320/10,5, Siemens 10-570/17,7, 10-590/16,2, 10-600/10, 10-630/6, Thyssen 10-108,25/15, 10-110/15, 10-118,25/9,7, 10-120/6, Veba 10-190/47, 10-200/38, 10-220/19,5, 10-220/13, 10-240/6,7, 10-250/3, VEW 1-140/5,4, 4-140/11,6, VW 10-265/49, 10-300/20, 10-310/18, 10-320/15,6, 10-325/10,5, Alcan 1-75/14, 1-80/8, 4-85/6,4, Chrysler 10-100/4, 4-110/7,4, General Motors 10-210/12, 1-210/19,5, IBM 10-430/5, 4-430/16, Norsk Hydro 1-40/2,4, 4-35/5,5, 4-40/3, Philips 10-45/1,8, 1-45/3, 4-45/4, **Verkaufsoptionen:** AEG 10-120/1,8, 10-130/5, 1-110/1,2, 1-120/3, 1-130/6, BASF 10-210/2,4, 1-210/3, 1-220/7, Bayer 10-220/2,5, 1-210/3,5, 1-220/7, 4-210/4,6, Bay. Hypo 10-340/7,4, BMW 10-390/5, 1-400/12, 4-400/15, Commerzbk. 10-200/1,5, 10-210/3,8, 1-200/3,1, Conti 10-140/3, 10-150/5, 1-140/4,6, Daimler 10-820/9, Deutsche Bk. 10-530/3, 10-540/5,9, 10-550/9, 1-530/6,4, 1-550/13, Degussa 4-350/10, Dresdner Bk. 10-250/2,6, 10-260/7,1, 1-240/2, 1-250/5,35, Hoechst 10-210/2, 1-210/4, Hoesch 10-110/2, 1-110/3,6, 4-100/2,5, Kaufhof 1-250/9, Klöckner 10-70/9, Linde 10-490/11,5, 1-490/14, Mercedes 10-730/7,4, Mannesmann 10-190/4, 1-180/3, 1-190/6,6, 4-180/3,5, Nixdorf 10-500/3, 1-510/10, Schering 10-450/6, Siemens 10-510/2, 10-520/4, 10-550/10, 10-570/23, Thyssen 10-120/3, 1-110/2, 1-120/4, Veba 10-230/5, 1-230/6, VW 10-280/1,5, 10-290/4, 10-295/7,6, 10-300/10, 10-310/15, Wella 10-560/5,9, Chrysler 1-100/6, General Motors 1-200/10, IBM 1-360/12, Litton 1-220/24,5, Norsk Hydro 4-35/3, Philips 10-50/7,1, Sperry 1-150/13,6.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 6.8.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞–8⅛	4⅝–4⅞	4⅛–4½
3 Monate	8–8⅛	4¾–4⅞	4½–4¾
6 Monate	8⅛–8½	4⅞–5⅛	4⅝–4⅞
12 Monate	8¾–9	4⅞–5⅛	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Devisenmärkte

Die freundliche Grundstimmung für den US-Dollar hielt am 6. 8. an. Der Handel verlief etwas lebhafter als gestern und zeigte eine kontinuierliche Aufwärtsbewegung für den US-Dollar von 2,8240 bis 2,8425. Der amtliche Kurs lag mit 2,8394 um 0,7 Prozent höher. Um nahezu den gleichen Prozentsatz, nämlich um 0,8 Prozent, ermäßigte sich der Kurs des Pfundes gegen D-Mark auf 3,841. Nachbörslich wurde sogar zeitweise nur noch 3,83 bewilligt, die Bank of England soll stützend eingegriffen haben. Der neue Schwächeanfall soll durch Pfund-Verkäufe und die Befürchtung eines geringeren Wachstums der Geldmenge im Monat Juli als ursprünglich vermutet ausgelöst worden sein. Der Schweizer Franken fiel gegen D-Mark um 8,5 Promille auf 121,00 zurück, da der Kursgewinn des US-Dollar dort noch ausgeprägter war als in der Bundesrepublik. US-Dollar in: Amsterdam 3,1930; Brüssel 57,2800; Paris 8,6520; Mailand 1898,50; Wien 19,9530; Zürich 2,3486; Ir. Pfund/DM 3,115; Pfund/Dollar 1,3528; Pfund/DM 3,841.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 6.8.: In D-Mark 2,22645 (Parität 2,24184); in Dollar 0,78391 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 6. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

In einem ruhigen Markt ergaben sich am 6. August keine gravierenden Veränderungen. Die Abschläge notierten auf Vortagesniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87-0,77	2,47-2,37	4,90-4,70
Pfund/Dollar	0,45-0,43	1,10-1,07	1,90-1,75
Pfund/DM	3,10-1,70	7,10-5,70	12,2-10,8
FF/DM	20-12	70-54	127-111

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6.8.: Tagesgeld 4,60-4,70 Prozent; Monatsgeld 4,80-4,90 Prozent; Dreimonatsgeld 4,80-4,90 Prozent

Privatdiskontsätze am 6.8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G-3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G-3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 6.8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Aug. 1985 an. Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/9 (Typ A) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,22) – 6,25 (5,58) – 6,50 (5,77) – 7,00 (5,99) – 8,50 (6,34). Ausgabe 1985/10 (Typ B) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,25) – 6,25 (5,58) – 6,50 (5,81) – 7,00 (6,06) – 8,50 (6,43) – 8,50 (6,74) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,71, 2 Jahre 5,33. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,40, Rendite 6,40.



Öffentliche Anleihen gehen voran

Da sich in den USA die Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand dank japanischer Hilfe reibungsloser gestaltet als befürchtet worden war, haben sich in der Bundesrepublik die Hoffnungen auf eine fortschreitende Zinssenkung wieder belebt. Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten im Bereich der öffentlichen Anleihen für Kursanhebungen bis zu einem Viertelpunkt. Die 6¾prozentigen Bundesobligationen Serie 55 wurden zu 101,35 Prozent in den Börsenhandel eingeführt. DM-Auslandsanleihen tendierten freundlicher.

M	6½ dgl. Pf 3	94,75G	94,75G
M	6½ dgl. Pf 12	94,5G	94,5G
M	7 dgl. Pf 20	102G	102G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 31	100,75G	100,75
B	6 dgl. Pf 34	99G	99G
B	6½ dgl. Pf 37	100G	100G
Hn	5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 86	98,25G	98,25G
Hn	7½ dgl. Pf 87	103,25G	103,25G
Hn	6 dgl. KS 29	88,75G	88,75G
Hn	7 dgl. KS 30	101,65G	101,65G
D	5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	5 dgl. Pf 54	116G	116G

D	4 dgl. Pf 18	107G	107G
D	6 dgl. Pf 28	100,25G	100,25G
D	6½ dgl. Pf 67	95G	95G
D	5½ dgl. KO 3+E	128G	128G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	79,5G	79,5G
S	7 dgl. Pf 125	102,25G	102,25G
S	7 dgl. Pf 128	99G	98G
S	8 dgl. Pf 177	100	100
S	6 dgl. KS 77	88G	88G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 36	93,25G	93,25G
Br	5½ dgl. Pf 43	92,6G	92,6G

F	7½ dgl. 71/86	100,75G	101G
F	7½ dgl. 76/87	101G	101G
F	7½ Klöckner W. 71/86	101G	101G
F	8 dgl. 72/87	101,5	101,5
F	6 NWK 61/86	99,9G	99,9G
F	6 dgl. 62/87	99,9G	99,9G
F	6 Ob.Don.Kraftw. 64/89	98,75T	98,75T
F	6 Rh.Braunk. 63/89	98,15T	98,15T
F	6 dgl. 65/90	98,1G	98,1G
F	6 RWE 63/88	99,25T	99,2T
F	6 dgl. 65/90	98,15G	98,15G
F	7½ dgl. 71/96	100,7T	100,7
F	7 dgl. 72/87	100,3G	100,3
F	6 Rh.-M.-Don. 62/87	99,95G	99,95G
F	6½ dgl. 68/88	102,3	102,5G

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

F	7¾ dgl. 84 S.50	11/89	103,7G	103,65
F	7 dgl. 84 S.51	12/89	102,75bG	102,65
F	6¾ dgl. 84 S.52	2/89	101,85	101,8
F	7½ dgl. 85 S.53	3/90	103,25	103,15
F	7 dgl. 85 S.54	4/90	102,35bG	102,2
F	7 dgl. 77	2/87	102,15	102

M	5½ dgl. Pf 11	135,5G	135,5G
M	6 dgl. Pf 34	84G	84G
M	6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M	6½ dgl. Pf 10	91G	91G
M	6 dgl. IS 1	99,9G	99,9G
M	6 Ldn. Anst. IS 15	100,5G	100,35G
M	6 dgl. IS 16	100,5bG	100,4G
M	6 dgl. IS 17	100,35G	100,35bG
M	8½ dgl. KO 47	100,25G	100,25G
M	8½ dgl. KO 48	100,1G	100,1G
M	7½ Bay.Lbkgz. Pf 105	102,6G	102,6G
M	5 Bayer.Vereinsb. Pf 11	123,5G	123,5G
M	6 dgl. Pf 4	98,25G	98,25G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Goldterminnotierungen an der New Yorker Comex, während Silber deutlich nachgab. Ebenfalls schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Die Kaffeenotierungen büßten in New York ein, während Kakao zulegen konnte.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)

	5.8.	2.8.
Sept.	287,50	288,75
Dez.	277,00	298,50
März	297,50	298,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)

	5.8.	2.8.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	gescht.	225,94
Amber Durum		220,49

Gerste Winnipeg (can. $/t)

	5.8.	2.8.
Okt.		114,20
Dez.	gescht.	115,20
März		117,00

Genußmittel

Kaffee

New York (c/lb)	5.8.	2.8.
Terminkontr. Sept.	132,25	134,15
Dez.	135,40	137,15
März	137,35	138,64

Kakao

New York ($/t)	5.8.	2.8.
Terminkontr. Sept.	2085	2052
Dez.	2127	2100
März	2152	2127
Umsatz	1998	1384

Zucker

New York (c/lb)	5.8.	2.8.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,75	4,57
Okt.	4,89	4,77
Jan.	5,05	4,95

London (£/t) Nr. 6	5.8.	2.8.
Okt.	131,00-131,20	128,40-128,80
Dez.	134,00-134,60	133,20-133,40
März	144,80-145,00	143,20-143,40
Umsatz	4240	3053

Pfeffer

Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	6.8.	5.8.
schw. Sarawak spez.	745,00	755,00
weißer Sarawak	995,00	940,00
weißer Muntok	945,00	950,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erlösterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Silber (p/Feinunze)

London Kasse	453,65	449,10
3 Monate	466,05	461,45
6 Monate	478,15	474,25
12 Monate	501,70	497,90

Platin (£/Feinunze)

London	5.8.	2.8.
fr. Markt	207,85	204,60

Palladium (£/Feinunze)

London		
f. Händlerpreis	73,00	72,10

New Yorker Preise

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Zink (£/t) Kasse	537,00-538,00	540,00-542,00
3 Monate	534,00-534,50	534,00-537,00
Zinn (£/t) Kasse	9175-9176	9175-9180
3 Monate	9175-9176	9155-9158
Quecksilber ($/Fl.)	-	285-295
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	-	64-70

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

JACOBI

Steiler Aufschwung der Weinbrennerei

MARTIN FINK, Weinstadt

Optimistische Töne sind bei der Weinbrennerei Jacobi KG, Weinstadt, zu hören: War man noch Ende der siebziger Jahre eher in regionalen Schwerpunkten tätig, so sieht man sich heute als bundesweit verbreitete Marke im Aufwind. Bei stagnierendem Weinbrandmarkt habe man seitdem im Absatz 142 Prozent zulegen und sich damit als erfolgreichste Marke der letzten Jahre profilieren können, meint der geschäftsführende Gesellschafter Jürgen Stein.

Auch die zwei Branntweinsteuererhöhungen von 1981 und 1982, die in weiten Bereichen des Spirituosenabsatzes ihre Absatzlücken hinterließen, konnten dem Wachstum keinen Abbruch tun. Von rund 80 Mill. DM im Jahr 1979 stieg der Umsatz auf rund 129 (119) Mill. DM im vergangenen Geschäftsjahr.

Für 1985 ist eine weitere Ausweitung um, wohl sehr vorsichtig geschätzt, fünf Prozent auf dem Plan, die wohl recht leicht erreicht werden dürfte, zumal der Weinbrandmarkt erstmals wieder leichte Zuwachsraten zeigt. Bis zur Jahreshälfte war schon ein Umsatzplus von sechs Prozent erreicht. Die Ertragslage, so sagt Stein, ist nach wie vor „ordentlich". Auch als mittelständisches Familienunternehmen fühle man sich im Wettbewerb mit den Großen der Spirituosenindustrie mit ihren „scheinbar unbegrenzten finanziellen Möglichkeiten" gut gerüstet.

Die Investitionen lagen 1984 bei 1,64 (1,42) Mill. DM. Die Belegschaft war mit rund 140 Beschäftigten praktisch unverändert. Hauptumsatzträger waren 1984 der „Alte Weinbrand Jacobi 1880" sowie die internationalen Spirituosenmarken „Fernet-Branca" und der „Branca-Menta", der ebenfalls in Lizenz hergestellt wird.

Hallesche Nationale bleibt optimistisch

dpa/VWD, Stuttgart

Die Hallesche Nationale Krankenversicherung a. G., Stuttgart, ist aufgrund des Neugeschäfts für 1985 optimistisch. Sie wird aber noch in diesem Jahr, so heißt es im Geschäftsbericht 1984, Beitragserhöhungen vornehmen. Im Geschäftsjahr 1984 stieg das Nettoneugeschäft um 10,09 (0,40) Prozent auf 3,37 Mill. DM. Die Beitragseinnahmen stiegen um 8,34 (9,04) Prozent auf 363,2 Mill. DM. Die Erhöhung ist fast ausschließlich auf echte Geschäftsausweitung zurückzuführen. In den um 11,9 (4,8) Prozent auf 272,7 (243,8) Mill. DM gestiegenen Versicherungsleistungen spiegeln sich nicht nur die Kostenerhöhungen, sondern vor allem das Bestandswachstum wider. Die Zahl der versicherten Personen stieg auf 363 535 (352 157).

Die auf 484,8 (433,5) Mill. DM gewachsenen Kapitalanlagen brachten 1984 Erträge von 36,8 (32,7) Mill. DM. Der Überschuß nach Steuern wuchs auf 19,9 (17,1) Mill DM. Die offenen Rücklagen wurden auf 42,5 (37,6) Mill. DM und die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung auf 29,6 (20,2) Mill. DM aufgestockt.

Emag: Moderates Wachstum erwartet

WERNER NEITZEL, Salach

Vor einer falschen Einschätzung der zur Zeit hohen Auftragseingänge im Werkzeugmaschinenbau und den steigenden Produktionszahlen warnt Norbert Heßbrüggen, Geschäftsführer der Emag Maschinenfabrik GmbH, Salach. Die Umsätze schrumpften weltweit preisbereinigt über die Konjunkturzyklen hinweg durchschnittlich um 1 Prozent pro Jahr. Insbesondere den konzernunabhängigen Unternehmen bereite der durch staatliche Subventionen verzerrte Wettbewerb, dies gelte vor allem für das Segment der Drehautomaten, große Schwierigkeiten.

Die Emag-Gruppe, ein bedeutender Hersteller in dieser Sparte, strebt ein „moderates Wachstum" an. Nachdem der Umsatz in 1983 durch die Investitionshilfen überproportional auf 150 (1982: 118) Mill. DM angestiegen war, „normalisierte" er sich in 1984 auf 125 Mill. DM. Traditionell gliedert er sich zu jeweils einem Drittel in Inlandsgeschäft, Ostexport und Geschäft mit westlichem Ausland auf. Einschließlich einiger Auslandsengagements (USA, Spanien, Frankreich, Großbritannien) kommt die Gruppe auf rund 160 Mill. DM Umsatz. Für das laufende Jahr erwartet Heßbrüggen einen Umsatz von rund 180 Mill. DM. In den letzten beiden Monaten habe man einen deutlichen Anstieg beim Auftragseingang verbucht, die Reichweite des Bestandes betrage mindestens ein Jahr.

In das neue Geschäftsjahr geht die Emag mit einem neuen CNC-Drehautomaten-Programm. Die Ertragslage bezeichnet Heßbrüggen als ausreichend. Investiert wurden in den inländischen Werken im vergangenen Jahr 6,3 Mill. DM und im Ausland 5 Mill. DM. 51 Prozent der Anteile an der Emag hält die BGS Beteiligungs-Gesellschaft des Bürgerlichen Rechts, Salach, an der 200 Mitarbeiter beteiligt sind. Die restlichen 49 Prozent sind in Familienbesitz. Die Gruppe zählt rund 800 Beschäftigte.



Louis XIV., Befreier

A. W. – Schlimmer Fauxpas im sommerlichen Fernseh-Gemeinschaftsprogramm der Nordkette. Dort lief eine Sendung über die Geschichte der französischen Besatzungszone Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg, und es wurde geschildert, wie u. a. die Saarländer auf die damalige Besetzung reagierten. „Gelassen", meinte der Kommentator, denn die Bewohner dieser deutschen Provinz seien es nun einmal gewohnt, „vom Westen befreit zu werden, im siebzehnten Jahrhundert von Ludwig XIV., im siebzehnten/achtzehnten Jahrhundert von Napoleon und im zwanzigsten von der Dritten Republik".

Einem französischen Autor würde man eine derart pauschale Betrachtungsweise unter Umständen noch durchgehen lassen, aber die Sendung hatte einen deutschen Verfasser, Hans Jankowski. Wie der dazukommt, z. B. die Okkupation deutscher Lande durch den „Sonnenkönig" als Befreiungstat zu verherrlichen, steht in den Sternen. Die betroffenen Deutschen sahen das jedenfalls ganz anders. Jankowski lese etwa bei Liselotte von der Pfalz nach, wie drückend, brandschatzend und vergewaltigend sich der Einfall der Welschen damals auswirkte.

Auch die Vereinnahmung halb Deutschlands durch Napoleon wurde, trotz „Code civil", von der Masse des Volkes keineswegs als Befreiung empfunden, vielleicht am wenigsten von den „Saarländern", die es ja damals noch gar nicht gab. Es waren Pfälzer und Moselfranken, und die regierenden Nassauer waren weit weg, d. h. man lebte ganz gemächlich für sich.

Doch was sollen solche historischen Feinheiten bei Leuten, die offenbar auch heute noch ein Übersoll an Besetzten-Mentalität erfüllen zu müssen glauben? Ist Oskar Lafontaine (siehe den Nachnamen!) nicht auch ein Franzose? Dann würde das Schema ja wieder stimmen: Er hat das Saarland, zumindest die dortigen Ministersessel, besetzt und sie somit befreit. Muß offenbar nur noch Herr Jankowski befreit werden.

Bei Komödien Fehlanzeige – Neue Filmproduktionen der Ostberliner DEFA

Auf der Suche nach Otto

Die Deutschen tun sich bekanntlich schwer mit dem Humor. Das gilt natürlich besonders für die Deutschen in der „DDR", kommt hier doch zum landsmannschaftlich bedingten Humordefizit noch ein systembedingtes Humordefizit hinzu. Der real existierende Sozialismus läßt nur ungern mit sich spaßen, weshalb denn auch das große Publikum, ohnehin auf Westfernsehen fixiert, seine Humorbedürfnisse ganz überwiegend aus westlichen Produktionen deckt. Otto, Vico von Bülow alias Loriot oder Diddi Hallervorden genießen drüben eine schier sagenhafte Popularität.

Am allerwenigsten kann das den überraschen, der sich mit einiger Regelmäßigkeit die „Komödien" zu Gemüte führt, die die staatliche Filmgesellschaft DEFA in Erfüllung ihres „gesellschaftlichen Auftrags" in die Kinos und auf die Mattscheiben schickt. Auch die jüngste dieser Komödien, „Meine Frau Inge und meine Frau Schmidt" von Roland Oehme, beweist nur wieder ein übriges Mal, daß die DEFA-Filmemacher, wie kürzlich auch der stellvertretende „DDR"-Kulturminister Horst Pehnert beklagte, „das Heitere nicht ernst genug nehmen".

Oehmes Opus ist die Geschichte einer simplen Dreierbeziehung. Ein gutaussehender junger Mann liebt seine Ehefrau und liebt noch eine zweite Frau. Und beide Frauen bekommen fast gleichzeitig Kinder von ihm. Das ist natürlich wider die sozialistische Moral und wird im Film auch eindeutig mißbilligt; es regiert der erhobene Zeigefinger, aber der wird fest umwickelt mit billigstem Schwankgealber und abgedroschensten Slapstick-Tricks, für die sich im Westen sogar die Eddi-Arent-Folgen zu gut wären. Kein Wunder also, daß die „DDR"-Kritik den Film nahezu einhellig zerzauste, während freilich das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" den Streifen als „einen Diskussionsbeitrag beim Nachdenken über eine unserem Leben gemäße Sittlichkeit" lobte.

Als schlimmer Reinfall erwies sich auch Lothar Warnekes DEFA-Komödie „Eine sonderbare Liebe", die ebenfalls ein Stück „DDR-Alltag" in den Mittelpunkt zu rücken vorgibt.

Zwei einsame Enddreißiger, sie ledig, er verwitwet, begegnen einander betrunken auf einer Betriebsfeier und landen auf gemeinsamer Bettstatt. Die Ernüchterung in des Wortes doppelter Bedeutung treibt ihn am Morgen aus ihrem Haus. Doch dann steht sie vor seiner Tür und erzwingt Einzug in seine Wohnung mit der Bemerkung: „Wir machen es eben anders als die andern. Wir ziehen erst zusammen und lernen uns dann kennen!" Der „Eulenspiegel", die satirische Zeitschrift in Ost-Berlin, schrieb über das Stücklein: „Da über lange Strecken optische Kargheit, Handlungsarmut, nervtötende Musik und mäßige Dialoge dominieren, bleibt der Zuschauer weitgehend gelangweilt."

Komödiantische Effekte erzielen DEFA-Regisseure meistens dann, wenn sie es gar nicht beabsichtigen, z. B. Ralf Kirst in seinem geschichtsverzerrenden Clara-Zetkin-Film „Wo andere schweigen" oder Horst E. Brandt mit seiner Agitpropschnulze „Der Lude", die vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse in der Weimarer Republik und der Ermordung des SA-Mannes Horst Wessel die rührselige Story eines arbeitslosen Zuhälters abspult. Die Heiterkeit, die diese Streifen im Publikum hervorriefen, war ganz und gar unbeabsichtigt.

Das drüben mittlerweile schon sprichwörtliche „Komödientief" spiegelt übrigens ein Tief in der Filmproduktion überhaupt. Die kürzlich nach West-Berlin ausgereiste Schauspielerin Renate Krößner, die durch Konrad Wolfs letzten, auf der Berlinale ausgezeichneten Film „Solo Sunny" bekannt wurde, hat soeben in einem Interview eindrucksvoll geschildert, unter welchen Schwierigkeiten solche Filme zustande kommen und was die Mitwirkung an ihnen für Folgen haben kann. „Solo Sunny" war eine typische Tragikomödie, ein für die SED besonders unangenehmes Genre. Man möchte statt dessen, wie Minister Pehnert formulierte, im Film „Helden, die bewußt ihre gesellschaftliche Pflicht tun, damit anziehend und ansteckend wirken und den Optimismus unseres sozialistischen Lebensgefühls bestätigen".

Derartige sozialistische Papierhelden gibt es in dem kürzlich uraufgeführten Film „Ab heute erwachsen" von Gunther Scholz nicht; statt dessen kann der „DDR"-Kinobesucher dort Szenen sehen, wie er sie oft vom westlichen Fernsehen geboten bekommt: eine Frauengemeinschaft, in der an der Zimmerwand der feministische Spray-Spruch „Die Zukunft ist weiblich" leuchtet; ein Open-Air-Rockkonzert mit begeisterten jungen Leuten usw.

Doch die Handlung spielt nicht in der Bundesrepublik, sondern in Ost-Berlin. Es geht um einen Lehrling, der seinen 18. Geburtstag zum Anlaß nimmt, sich aus der mütterlichen Obhut zu lösen. Dieser Film wurde von der SED-Presse so heftig kritisiert, daß man sich fragen mag, wie er überhaupt in die Kinos gelangen konnte. Aber es gibt in den Filmstudios von Babelsberg offenbar bestimmte Kanäle, die es begabten jungen Regisseuren immer einmal wieder erlauben, mit interessanten Produktionen wenigstens augenblicksweise an die Öffentlichkeit zu treten.

Evelyn Schmidt z. B. ist eine solche Begabung. Doch ihr neuer, vierter Spielfilm, „Auf dem Sprung", ist leider nicht sehr gelungen. Es ist die Story eines jungen Mannes, der den zunächst heiß erstrebten Physik-Studienplatz, da er ihn endlich bekommt, sausen läßt und statt dessen Heimerzieher wird, weil er in der „DDR" dazu beitragen möchte, entwurzelten Kindern Hilfe zu leisten. Ein wichtiges Thema, das jedoch weder ideell noch dramaturgisch bewältigt wird. Alles versickert in Sentimentalität und läßt für westliche Betrachter den Geschmack von billigen Lore-Romanen zurück.

Die jüngste Bilanz der DEFA-Spielfilmproduktion, handle es sich nun um Komödien, Tragikomödien oder Tragödien, ist also mager. Minister Pehnert sprach denn auch von einem „zu großen Qualitätsgefälle", wobei er die Partei ohne weiteres als die Instanz nahm, die mit diesem „Gefälle" rein gar nichts zu tun und ein Recht dazu habe, die Künstler ex cathedra zu kritisieren und „anzuleiten". Dabei ist es gerade die doktrinäre Parteikritik und -anleitung, die ein gedeihliches Arbeitsklima in Babelsberg verhindert.

HARALD BUDDE

Die „Sommerlichen Musiktage" von Hitzacker

Eintracht der Meister

Die „Sommerlichen Musiktage" im niedersächsischen Wendland feiern in diesem Sommer ihr 40jähriges Bestehen. Das kleine Kammermusik-Festival am Rande der westlichen Welt, entstanden aus der Misere der Nachkriegszeit, in der Einheimische und die dorthin Verschlagenen den Nöten und Zwängen etwas Unzerstörbares entgegensetzen wollten, hat sich stetig und über manche Widerstände hinweg zu seiner heutigen Bedeutung entwickelt.

Die beruht nicht darin, Trendsetter musikalischer Moden zu sein, künstlerische Wenden einzuleiten, Revolutionen von Interpretations-Stilen zu inaugurieren. Hitzackers Programm besteht darin – wenn man denn die alljährliche Begegnung mit dem kammermusikalischen Spektrum in all seinen Brechungen, das Kennenlernen neuer und die Wiederbegegnung mit den Meisterwerken nicht eines nennen will –, keines zu haben.

Ideologische Flügelkämpfe bleicher Fanatiker finden nicht statt. In schöner Eintracht steht nebeneinander Musik der Vergangenheit und Gegenwart, die Meister aus Barock, Klassik und Romantik vertragen sich mit den Zeitgenossen, die Mustermesse der kleinen Besetzungen läßt die gesamte Bandbreite des Repertoires von Bachs Solo-Partiten bis zum Kammerorchester hören, und gleichrangig neben Streicher- und Bläserpartituren steht die vokale Literatur.

Auch hoch über dem Elbufer erwies man im „Europäischen Jahr der Musik" den Jubilaren gebührende Reverenz: Bach wurde gefeiert und Händel, ohne daß die ausgewählten Werke repräsentative Bedeutung gehabt hätten, ihre Wiedergabe von exemplarischer Qualität gewesen wäre, sieht man von einer Matinee ab, in der Thomas Brandes (Violine) und Günter Jena (Cembalo) vier Sonaten spielten, souverän in der Beherrschung aller technischen Mittel wie in der profilierten, ausdrucksstarken Musikalität.

In einem Schumann-Programm sang, kompetent am Klavier begleitet von Karl Engel, die junge Sopranistin Gabriele Fontana mit herrlich erfüllter, bis in die letzte Nuance kontrollierter Stimme eine Gruppe selten zu hörender Stücke, ergänzt durch eine exzellente, brillante Wiedergabe des Es-Dur Klavierquartetts op. 47, makellos gespielt von Karl Engel, Thomas Brandes, Hariolf Schlichtig (Viola) und Johannes Goritzki (Violoncello). Brandes und David Levine (Klavier) waren die unübertrefflichen Solisten in Alban Bergs Kammerkonzert für Violine, Klavier und 13 Bläser, dem selten gespielten Höhepunkt schmerzhafter Erinnerung an unwiederholbare Vergangenheit. Das von Frank Cramer genau und mit Hingabe dirigierte Bläser-„Tutti" zeigte in den aus ganz Europa zusammengestellten jungen Instrumentalisten solistischen Glanz.

Jugend ist Trumpf in Hitzacker. In einem Programm mit Beethovens C-Moll-Streichtrio op. 9,3 und Mozarts großem Divertimento Es-Dur KV 563 stellte sich das Hamburger Gaede-Trio vor, drei blutjunge Newcomer, die noch nicht einmal wissen, ob sie mit der Musik ein Leben lang professionell umgehen wollen, aber schon jetzt mit der schlackenlosen Virtuosität, einer natürlich fließenden musikalischen Eindringlichkeit und der Persönlichkeit gestandener Prominenz auftreten.

Ein anderes Beispiel für das Vertrauen, das man in Hitzacker in jugendliche Begabungen setzt, ist das Auryn-Quartett, gleichfalls gebildet aus vier ausgezeichneten Streichern (Matthias Lingenfelder, Jens Oppermann Violinen; Steuart Eaton Viola; Andreas Arndt Violoncello), das genau im ausbalancierten Zusammenspiel schon jetzt hochrangige Kammermusik hören läßt. Seine Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, es ist auf dem Wege, läßt aber in jedem Takt spüren, daß es sein Ziel erreichen wird.

Glück hatten die Veranstalter in diesem Jahr auch mit den Zeitgenossen. Das Auftragswerk der Musiktage schrieb der junge Detmolder Komponist Thomas Bracht (geboren 1957). Seine drei Sonette auf Petrarca-Texte sind schönheitstrunkene Appelle, beschwören das elementare Gefühl in kantablem, großwogigem Melos.

Hitzackers neuer künstlerischer Leiter heißt nach dem Abschied Günther Weissenborns Eduard Brunner. Als vorzüglicher Klarinettist auf dem wendländischen „Grünen Hügel" längst ausgewiesen und geschätzt – er spielte im Abschlußkonzert Mozarts A-Dur-Konzert KV 622 mit wunderbarer Tongebung –, wird er in Zukunft sich nicht nur um den Erhalt des künstlerischen Niveaus der Musiktage kümmern, sondern auch sich Gedanken machen müssen über die Altersstruktur des Publikums, die in nicht allzu ferner Zeit ein Problem werden könnte: Hitzacker braucht Jugend nicht nur auf dem Podium, sondern mindestens so sehr im Parkett.

Kehrseite der Medaille: auch Hitzacker ist nicht gegen Pannen und Absagen gefeit. Neben belanglosen Bekanntschaften wie der mit dem glattroutinierten Wiener Musikvereins-Quartett, zusammengesetzt aus philharmonischen Streichern, neben einigen eher zufällig gemixten belanglosen Programmen ohne sinnvolles Konzept gab es die Absage des Pianisten Justus Frantz, der sich aus seinem Feriendomizil krankheitshalber entschuldigte und in Mozarts Es-Dur-Konzert KV 482 von einem klanglich und musikalisch unzulänglichen Ersatz nicht zureichend vertreten wurde.

HANS-OTTO SPINGEL

Zum Tode des Theatermannes Karl Heinz Stroux

Ein großer Wegeleger

Als Karl Heinz Stroux 1972 die Generalintendanz des Düsseldorfer Schauspielhauses nach 17 Jahren niederlegte, geschah das nicht, weil er sich vom Theater zurückziehen wollte. Er hatte nur eines begriffen: Es war gerade nicht die Zeit für einen Mann, dem es zuwider war, das Publikum politisch auf eine Ideologie festlegen zu wollen oder – es aus dem Theater zu jagen. Karl Heinz Stroux hatte für so kurzfristige Attitüden zuviel Erfahrung. Er bekundete mehr als einmal, daß es Sache des Theaters nicht sei, sich in die kurzlebigen Tagesereignisse einzumischen. Er wußte aus eigener Erfahrung mit der Weimarer Republik und dem Dritten Reich, daß die Welt von der Bühne aus nicht zu ändern ist.

Karl Heinz Stroux ist gestern im Alter von 77 Jahren gestorben. Und das deutsche Theater verliert mit ihm einen Kopf, der stets über den Tag hinaus dachte, einen Besessenen, dessen Leidenschaft die Darstellung der großen Menschheitsbewegungen, des Menschen in seinen gloriosen Aufstiegen und schmerzlichen Abstürzen war. Goethes „Faust" galt sein intensivstes, ausführlichstes Bemühen. Das Suchen nach den menschlichen Antriebskräften, das rauschhafte, lebensgierige Bemühen des Geistes um seine Selbsttranszendierung – das war das Thema des Karl Heinz Stroux.

Konsequenz war ja überhaupt einer jener prägenden Begriffe für seine Arbeit, seine Haltung, sein Denken. Als der Arztsohn aus Hamborn (bei Duisburg) noch zur Oberprima ging, ließ er sich in Düsseldorf von Louise Dumont und Gustav Lindemann seine Bühnenbegabung bescheinigen. Er sprach Faust und Mephisto gleichzeitig vor. Das Ambivalente, das Universelle im Menschen beeindruckte schon den 17jährigen.

Es interessierte ihn wenig, ob er Klassiker oder moderne Autoren inszenierte. Schließlich war er es, der Anfang der 50er Jahre in Berlin die deutsche Erstaufführung von Bekketts „Warten auf Godot" inszenierte und damit die große Beckett-Ära in Deutschland eröffnete. Schließlich war er es, der später in Düsseldorf Eugene Ionesco uraufführte, immer wieder, und das Düsseldorfer Schauspielhaus zur Hausbühne dieses führenden Vertreters des absurden Theaters machte. Und schließlich auch öffnete er den osteuropäischen Autoren wie Kohout, Klima oder Mrozek den Weg auf die deutschen Bühnen. Stroux inszenierte charakteristischerweise die „Verfolgung und Ermordung des Jean Paul Marat" von Peter Weiss, aber er verweigerte sich dessen „Vietnam-Diskurs".

Nein, Karl Heinz Stroux, der Schüler von Jürgen Fehling, war nicht dem Gestern zugewandt. Er machte nur keine tagespolitischen Kompromisse. Das trug ihm, der schon vor 1933 in Berlin, vor allem an der Volksbühne, durch ungewöhnliche Inszenierungen aufgefallen war, den Unwillen Görings ein. Der schickte ihn wegen einer Billinger-Inszenierung in die Provinz. Und Gustav Gründgens gelang es erst Anfang der 40er Jahre, Stroux nach Berlin zurückzuholen.

In einem Interview hat Stroux noch vor kurzem bekannt: „Ich bin altmodisch, und als Altmodischer sage ich Ihnen, daß man den Autor beseite schieben darf, aber nur, wenn man ihn verstanden hat und das gleichzeitig zeigt. Das Gleichzeitige ist dabei ganz wichtig." Diese Position war in den letzten Lebensjahren von Karl Heinz Stroux nicht gerade beliebt. Das Ambivalente und das Dialektische zeichnete seine Arbeit aus. Wenn Stroux Regie führte, war immer Leidenschaft, Farbe, Vitalkraft am Werke, aber gleichzeitig eine Klarheit des Denkens, die ihn von fast allen Zeitgenossen so wohltuend unterschied.

Und noch ein Aspekt muß erwähnt sein. Stroux, der selbst ein glänzender Schauspieler war, liebte das Schauspieler-Theater. In Düsseldorf arbeiteten zu seiner Zeit die Körner, die Wimmer, die Flickenschildt, Ernst Deutsch, O. E. Hasse und Martin Benrath. Stroux sagte über die Mimen: „Ich bin nämlich im Gegensatz zu anderen der Meinung, daß das Regieführen ein Zuliefererberuf ist und der Schauspieler die Hauptsache macht." Mit Karl Heinz Stroux ist einer der letzten großen Theatermänner der alten Generation von uns gegangen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Unabhängig in der Kunst, sparsam in der Ökonomie: Der Theaterregisseur Karl Heinz Stroux (1908–1985) FOTO: CHRISTA KUJAT



Der Wahrsager vor dem Häuptling und seinen Frauen: Figurengruppe der Igbo (Nigeria, 19. Jhd.). Aus der Düsseldorfer Ausstellung FOTO: KATALOG

Düsseldorf: Fünftausend Jahre afrikanische Keramik

Was böse Geister bannte

Die Kunst Schwarzafrikas ist längst aus dem Schatten der abendländischen Kunst herausgetreten und darf den Rang einer Weltkunst beanspruchen, den der Kunstmarkt mit exorbitanten Preisen für afrikanische Plastik nachdrücklich bestätigt. Seit dem Beginn unseres Jahrhunderts ist in Europa die Einsicht in das Wesen dieser Kunst herangereift und hat geradezu eine neue Dimension kunstkritischer Auslotung des menschlichen Bewußtseins erschlossen. An diesem Vorgang war die Ethnologie zum Beispiel ebenso beteiligt wie die Kunst selbst. Frobenius ist hier in einem Atem mit Picasso und Carl Einstein zu nennen. Als Leo Frobenius im Gebiet des heutigen Nigeria zum ersten Mal Kunstschätze aus der afrikanischen Erde grub, glaubte er, Platons Atlantis entdeckt zu haben. Sein Irrtum wird jedem begreiflich, der diese Meisterwerke aus Bronze, Elfenbein und Terrakotta sieht. Aber sie sind afrikanischen, nicht europäischen Ursprungs. Frobenius hatte in der Tat „Atlantis" entdeckt, wenn man das Wort als Synonym für eine untergegangene Kultur gelten läßt.

Die faszinierenden Funde, die mit einem Schlag die Kunst des schwarzen Erdteils in ein neues Licht hoben, stammten aus Benin und Ife, dem „afrikanischen Athen". Inzwischen wurden, um den Vergleich beizubehalten, sozusagen auch Mykene und Kamares in Afrika ausgegraben. Vor vierzig Jahren entdeckte Bernard Fagg in Nordnigeria die nach dem Fundort des ersten Terrakotta-Kopfes so benannte Nok-Kultur; und vor rund zwanzig Jahren wurden frühhistorische Tonfiguren in Mali gefunden, die bislang noch nicht öffentlich gezeigt wurden.

Das geschieht jetzt zum ersten Mal in einer Ausstellung im Düsseldorfer Hetjens-Museum, die unter dem Titel „Figur und Gefäß" erstmals überhaupt in einer umfassenden Darstellung mit afrikanischer Keramik bekannt macht. Sie wurde vorbereitet und vorab gezeigt vom Münchner Museum für Völkerkunde und wird von einem aufwendigen Katalog begleitet, der ebenfalls als die erste zusammenfassende Publikation in deutscher Sprache nicht nur dem Ausstellungsbesucher hochwillkommen sein muß. Auf rund 400 Seiten mit über 600 Abbildungen informieren darin international renommierte Fachleute über ein bis vor kurzem weithin unbekanntes Gebiet der Kunstgeschichte: die traditionelle Töpferkunst Afrikas südlich der Sahara.

Wenn von afrikanischer Kunst die Rede ist, denkt jeder an Skulpturen aus Holz und allenfalls aus Elfenbein. Auch die Kubisten kannten nichts anderes. Daneben gab es nur noch die alles überragenden Benin-Bronzen. Aber was an ihnen so fasziniert, ihre künstlerische Qualität und technische Vollendung, das zeichnet nicht minder die Meisterwerke der afrikanischen Keramik seit rund fünftausend Jahren aus. Diesen Zeitraum umfaßt auch die Ausstellung in Düsseldorf.

Sie beginnt mit charakteristischen Beispielen aus der Urgeschichte Afrikas, aus Nubien, Sudan und Südafrika; es folgen ausführlich die bedeutenden Fundstücke der frühen Hochkulturen (rund vierhundert Exponate, Leihgaben der einschlägigen Museen und Privatsammlungen Europas). Danach gerät auch die afrikanische Keramik unter europäischen Einfluß, der bis in die Gegenwart zu beobachten ist.

Insgesamt sehen wir figürliche und Gefäßkeramik, die gleichermaßen kultisch-religiösen und profanen Zwecken des täglichen Lebens, dem Schmuck- und Prestigebedürfnis wie dem Spiel (Kinderspielzeug) diente. Die traditionelle Kunst Afrikas war allemal vorwiegend zweckbestimmt. Sie stellt die Verbindung zu Ahnen und Geistern her, sie wehrt dem Zauber und weckt magische Kräfte; und sie erfüllt gleichzeitig ihre vielfältigen Funktionen im Alltag, in der Hauswirtschaft, im sozialen Bereich. Was an ihr so fasziniert, ist die integrale Verbindung von symbolischer Form und funktioneller Schönheit. Die gleiche Sorgfalt, der gleiche Kunstsinn werden den einfachsten Nutzgegenständen gewidmet wie den Figuren und Geräten, die für sakrale Aufgaben geschaffen werden.

Wir kennen das von den Holzskulpturen; doch diese sind allenfalls hundert Jahre alt. Das Klima und die Termiten haben dafür gesorgt, daß kaum eine Holzplastik von längerer Dauer und somit ein echtes Zeugnis älterer Kunst- oder Kulturstufen sein kann. Darum vermittelt uns die Keramik ein weitaus umfassenderes und gültigeres Bild der afrikanischen Kultur und Kunstgeschichte.

An Formen- und Einfallsreichtum steht sie anderen Kunstäußerungen keineswegs nach, an technischer Perfektion schon gar nicht (obwohl die afrikanischen Keramiker bis heute keine Töpferscheibe kennen). Aber sie hat offenkundig den Vorzug der größeren Volkstümlichkeit, den nicht zuletzt die ethnologische Forschung zu schätzen weiß. Sie nimmt einen breiten Platz ein im täglichen Leben, im Mythos, in der Symbolwelt der verschiedenen Stämme und Völker, in ihren Riten und Überlieferungen. Ihre bisherige Vernachlässigung erscheint deshalb schwer begreiflich; diese Ausstellung macht es dem staunenden Besucher bewußt (bis 15. September; Katalog 30 Mark).

EO PLUNIEN

AUSSTELLUNGSKALENDER

Berlin: Von Courbet bis Beuys – Nationalgalerie (bis 25. Aug.)
Bochum: „Gruppe Gerade" 3 Moskauer Künstler: Stejnberg, Jankilewski, Kabakov (10. Aug. bis 15. Sept.)
Bonn: Plakate aus Israel – Wissenschaftszentrum (bis 25. Aug.)
Braunschweig: Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150–1650 – Vieweg-Haus (24. Aug. bis 24. Nov.)
Dortmund: Naive Malerei – Museum am Ostwall (bis 28. Aug.)
Düsseldorf: Krieg – Graphiken aus der Sammlung Lauterbach – Stadtmuseum (bis 18. Aug.)
Frankfurt: „Bauen heute – Architektur der Gegenwart in der Bundesrepublik Deutschland" – Deutsches Architekturmuseum (bis 15. Sept.)
Hamburg: Giuseppe Spagnulo – Kunstverein (bis 8. Sept.)
Hildesheim: Nofret die Schöne – Roemer- und Pelizaeus-Museum (bis 4. Nov.)
Ingelheim: „Krankheit und Kranksein" – Museum Altes Rathaus (bis 25. Aug.)
Kassel: „Der Anarchitekt. Lithographien von Jean Dubuffet 1901–1985" – Neue Galerie (8. Aug. bis 6. Okt.)
Köln: Die Braut – geliebt, verkauft, getauscht, geraubt – Zur Rolle der Frau im Kulturvergleich – Josef-Haubrich-Kunsthalle (bis 13. Okt.)
München: Gabriele Münter – Zeichnungen und Aquarelle – Städt. Galerie im Lenbachhaus (bis 3. Nov.)
Oldenburg: Chagall – Landesmuseum (bis 25. Aug.)
Stuttgart: Kurt Reichardt 1902–1981. Ein Vermächtnis – Galerie der Stadt Stuttgart – Raum 1 (bis 8. Sept.)
„Klang der Bilder – Die Musik in der Kunst des 20. Jhs." – Neue Staatsgalerie (bis 22. Sept.)
Wolfenbüttel: Musikalischer Lustgarten. Kostbare Zeugnisse der Musikgeschichte. – Herzog August Bibliothek, Halle des Zeughauses (bis 1. Dez.)

JOURNAL

Kino-Programmwechsel jetzt donnerstags

AP Bonn

In den Kinos der Bundesrepublik startet das neue Programm vom kommenden Donnerstag an einen Tag früher als gewohnt. Mit dieser Maßnahme, so erklärte der Hauptverband deutscher Filmtheater, soll dem „veränderten Freizeitverhalten der Menschen Rechnung getragen werden". Die Kinos erhoffen sich eine lebhafte Diskussion der Filmpremieren am Arbeitsplatz und in den Schulen unter Einbeziehung der Kritiken in den verschiedenen Medien. Der vorgezogene Programmwechsel fällt zusammen mit dem Start des neuen Bond-Films „Im Angesicht des Todes".

Kölner Kirchen wurden zu „Publikumsmagneten"

dpa, Köln

Im „Jahr der Romanischen Kirchen" sind die mittelalterlichen Gotteshäuser Kölns zu wahren „Publikumsmagneten" geworden. Mehr als 72 000 Besucher nahmen im ersten Halbjahr allein an den organisierten Besichtigungen teil. 180 000 Besucher sahen die Ausstellung „Ornamenta Ecclesiae", die Kirchenschätze aus den wichtigsten Sammlungen der Welt zeigt.

1,9 Millionen für die Bibliotheca Palatina

DW. Heidelberg

Für die Ausstellung von Werken der Bibliotheca Palatina stellt die baden-württembergische Landesregierung zusätzlich 1,9 Millionen Mark zur Verfügung. Diese Summe ist nötig, um Sicherheitsvorkehrungen zu treffen und konservatorische Maßnahmen zum Schutz der kostbaren Ausstellungsstücke durchzuführen. Die Bibliotheca Palatina gehört heute zur Vatikanischen Bibliothek. Sie war die erste Bibliothek der Universität Heidelberg und soll anläßlich deren Jubiläums von Juli bis November 1986 in der Heiliggeistkirche in Heidelberg gezeigt werden.

Bruchsaler Barocktage mit großen Meistern

DW. Bruchsal

Mit Caldaras „Te deum", seiner „Missa in B, Sancti Josephi" und dem „Stabat Mater" werden am 15. September die Bruchsaler Barocktage eröffnet. Sie dauern bis zum 6. Oktober. Auf dem Programm stehen u. a. Bachs „F-Dur-Messe" und Händels „Messias". Im Rahmen der „Historischen Kammerkonzerte" kommen Werke aus der Schönborn'schen Sammlung zu Wiesentheidt zur Aufführung.

Polens Jugend ohne Geschichtsbewußtsein

rst. Warschau

Bei einer großen Zahl polnischer Jugendlicher ist kein Geschichtsbewußtsein vorhanden, klagte der Warschauer Rundfunk in einem Studiogespräch anläßlich des 41. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik Polen. Die jungen Leute, soweit sie sich überhaupt für Geschichte interessierten, kümmerten sich, so hieß es, allenfalls um Ereignisse der neuesten Zeit. Beklagt wurde auch das geringe Engagement der Geschichtslehrer. Bei den häufig veränderten offiziellen Bewertungen historischer Vorgänge wichen die Pädagogen konkreten Fragen der Schüler lieber aus.

Picasso-Museum öffnet im September

dpa, Paris

Das neue Picasso-Museum in Paris wird nach zehnjähriger Vorbereitungszeit am 28. September eröffnet. Im historischen, 1656 erbauten Hotel Salé im Marais-Viertel wird dann die umfangreichste Sammlung der Werke des 1973 verstorbenen Malers zu sehen sein. Sie wird 228 Bilder, 149 Skulpturen sowie 3000 Zeichnungen und Stiche enthalten, ferner Picassos persönliche Sammlung mit Werken von Cézanne und Matisse. Der französische Staat hat die Bilder anstelle einer Erbschaftssteuer-Zahlung von Picassos Erben erhalten. Die Steuerforderung wurde auf fast hundert Millionen Mark geschätzt.

Ein „Who is Who" des amerikanischen Films

blu. Bonn

Wie sieht die Traumfabrik Hollywood heute aus, wie steht es um den amerikanischen Film der 70er und 80er Jaore? Welche Genres werden bevorzugt, und – vor allem – welches sind die Leute, die die Filme machen? Auf diese Fragen versucht der New Yorker Filmkritiker James Monaco eine Antwort zu geben. Gelungen ist ihm zwar nicht, wie der Verleih auf dem Buchrükken behauptet, „das Standardwerk zum US-Film" unserer Tage. Dazu ist dieses Buch viel zu unbekümmert subjektivistisch. Aber eine unterhaltsame Beschreibung der amerikanischen Filmszene von heute, ein amüsanter „Who ist Who" der Branche ist Monacos „American Film Now" durchaus geworden (Hanser Verlag, 48 Mark).

Entscheidender Schritt im Kampf gegen Lepra

Neuer Impfstoff soll 1986 in Malawi eingesetzt werden

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Die Bekämpfung der Lepra, an der weltweit etwa 15 Millionen Menschen leiden und die schwere Entstellungen verursacht, ist in ein neues Stadium getreten: Britische Wissenschaftler haben jetzt einen Impfstoff gegen die Krankheit entwickelt und erfolgreich getestet. Ab 1986 soll die Vakzine unter Leitung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Malawi (Ostafrika) erstmals eingesetzt werden. Zwar gibt es bereits Medikamente gegen die Lepra, aber sie wirken nur sehr langsam und können oft nicht verhindern, daß bei den Patienten irreparable Schäden auftreten.

Die Lepra wird von dem Erreger Mycobacterium leprae verursacht. Der neue Impfstoff besteht aus Mycobakterien, die mit einer Hitzebehandlung abgetötet wurden. Das Immunsystem der Geimpften bildet Antikörper gegen bestimmte Proteine in der Zellhülle des Bakteriums und wird auf diese Weise gegen den Erreger sensibilisiert. Bei einer Infektion kann die Immunabwehr des Patienten ihn dann erkennen und bekämpfen, bevor er in Körperzellen eingedrungen und damit den Abwehrmechanismen nicht mehr zugänglich ist.

Das Bakterium kann seit einiger Zeit regelrecht gezüchtet werden. Man benutzt dazu das Neunbinden-Gürteltier (Dasypus novemcinctus), neben dem Menschen das einzige Tier, in dem sich der Erreger entwikkeln kann. Die Ausbeute ist jedoch so gering, daß auf diesem Weg nicht genug Impfstoff hergestellt werden kann. Inzwischen sind in Norwegen und in Venezuela umfangreiche Tests vorgenommen worden, um zu überprüfen, ob der Impfstoff ohne Nebenwirkungen beim Menschen eingesetzt werden kann. Im Karonga-Distrikt in Malawi, der für den ersten Großeinsatz ausgewählt wurde, ist die Lepra besonders weit verbreitet: Ein bis zwei Prozent der Bevölkerung sind davon betroffen.

Einen weiteren Erfolg in der Leprabekämpfung meldet jetzt das englische Wissenschaftsmagazin „Nature": Amerikanischen Wissenschaftlern gelang es, Gene von Mycobakterium, die für die Bildung der Proteine in der Zellhülle verantwortlich sind, auf ein anderes Bakterium (Escherichia coli) zu übertragen und von diesem in großer Zahl produzieren zu lassen. Das größte Problem war dabei, daß unter normalen Umständen die Gene des Lepraerregers in dem Wirtsbakterium Escherichia keine Wirkung entfalten, weil der Stoffwechsel die chemischen Signale der Gene nicht „versteht". Bei der neuen Methode werden die Gene von Mycobakterium dagegen mit bestimmten Signalgenen von Escherichia verknüpft, so daß sie nach der Übertragung wirksam werden können.

Damit ist ein Problem gelöst, daß die Erforschung des Lepra-Erregers immer behindert hat: Seit er vor etwa 100 Jahren entdeckt wurde, konnte nie ausreichend Material für genetische und immunologische Untersuchung hergestellt werden. Mit dem neuen Verfahren wird man schon frühzeitig erkennen können, ob ein Patient mit dem Erreger infiziert ist. Es erlaubt auch, in kurzer Zeit die Wirksamkeit des neuen Impfstoffes zu überprüfen. In einigen Jahren kann dann auch der Impfstoff gentechnisch in beliebiger Menge hergestellt werden.

In Handarbeit gefertigt wie seine Vorgänger, rollte der 100 000. Rolls Royce direkt ins Museum

Erfüllt vom Geist der Ekstase

Von JOCHEN ZWIKIRSCH

Ein Automobilhersteller, der für die Fertigung von 100 000 Fahrzeugen geschlagene einundachtzig Jahre benötigt, zählt nach heutigen Maßstäben nicht eben zu den Marktführern. Es sei denn, das Unternehmen heißt Rolls Royce.

Selbst die formulierungstüchtigen Schreiber der Fleet Street schleuderten jetzt hilflos aus der Klischee-Kurve, als knapp 3000 Rolls-Royce-Mitarbeiter im nordwestenglischen Crewe (Grafschaft Cheshire) auf die Baunummer 100 000 anstießen. Die überschallschnelle „Concorde" – ein „Rolls Royce der Lüfte", der neueste Luxusdampfer der „Rolls Royce zur See", solche Vergleiche fließen den Zeitungsleuten leicht aus der Feder. Doch wie umschreibt man einen Rolls Royce, jene nach wie vor prestigeträchtigste und aufwendigste Repräsentationskutsche auf den Straßen dieser Welt?

Die Antwort, die 65 000 Erlesene (so viele besitzen laut Werkstatistik noch ein fahrbereites Modell der über Jahrzehnte hin zuverlässigen Nobelmarke) geben würden, lautet: überhaupt nicht. Nur verächtliche Parvenüs prahlen mit ihrem „Rolls" oder gar dem „Roller". Und auch wer nur dezent seinen „Royce" ins Gespräch einstreut, dürfte die Chance verspielt haben, noch einmal gegrüßt zu werden. Der wahre Gentleman indessen genießt den in vier- bis sechsmonatiger Handarbeit verfertigten Luxus schweigend – schließlich sieht man ihn allemal, wenn er vorfahren läßt.



Die „fliegende Lady", von den Engländern liebevoll Emily genannt, ziert seit dem 6. Februar 1911 die Kühlerhaube des Rolls Royce. Heute aus rostfreiem Edelstahl, früher aus Kupfer, Zink und Zinn gegossen, symbolisiert der „Geist der Ekstase", wie der Emily-Schöpfer Charles Sykes sein kleines Kunstwerk nannte, seitdem automobile Noblesse.

Geboren wurde der unbestrittene Herrscher über die wenigen internationalen Auto-Aristokraten als gesellschaftliches Mischlingskind. Väter des am 29. April 1904 im „Midland Hotel" zu Manchester gegründeten Mutterunternehmens: Die Pläne fürs allererste Auto (zehn Pferdestärken) kamen vom Reißbrett des Müllersohns und ehemaligen Elektrikers Henry Royce – das nötige Kleingeld dagegen vom Lord-Sprößling Sir Charles Rolls, einem begeisterten „Automobilisten". Drei Jahre später entsprang der Kooperation der beiden der klassische, noch immer weltberühmte „Silver Ghost", der damals das Vermögen von umgerechnet 15 000 Reichsmark kostete. Heutiger Liebhaberwert des ersten (im Werksmuseum gehüteten) Modells: mindestens zwei Millionen Mark.

In diesen Tagen nun rollte der hunderttausendste Rolls Royce aus der Luxuswagenschmiede – und gleich weiter ins Museum: ein königsblauer „Silver Spur Centenary" mit silbernen Türgriffen und silbernen Tabletts im Fond. Von dieser „Centenary"-Serie werden nur 25 Exemplare aufgelegt, mit allem erdenklichen Luxus: Zwischen den Vordersitzen etwa befindet sich eine kleine Bar mit Kristallgläsern und silbernen Whisky-Flaschen. Auch unterwegs sollte man auf altbewährte Gewohnheiten nicht verzichten müssen. Nun kostet schon die profanste Normalversion des seit Oktober 1980 gebauten „Silver Spur" laut geltendem Listenpreis 55 180 Pfund oder 220 000 Mark ab Werk – Extras wie Gummifußmatten für 55 Mark das Stück oder Kofferraum-Kühlbox für knapp 1800 Mark natürlich nicht inbegriffen. Da ist der 25mal einmalige „Centenary" mit all seinen mitgelieferten Jubiläums-Extras für 310 000 Mark (unverzollt) geradezu geschenkt.

„Rolls Royce", so läßt es die Crewe-Crew in stolzer Selbstzufriedenheit in ihren teuren Hochglanz-Broschüren drucken, stehe schlicht für „das beste Auto der Welt". Die Prominenz der Welt – und durchaus nicht immer Gentlemen – hat dies über Jahrzehnte hinweg bestätigt. Mao und Tschiang, der Schah und Ayatollah Khomeini, Mussolini und Mitglieder der italienischen Königsfamilie stehen in der Kundenliste ebenso nebeneinander wie Nikolaus, Rußlands letzter Zar, und Lenin, der sich gar eine zum schneetüchtigen Halbkettenfahrzeug umgerüstete Sonderanfertigung nach Moskau liefern ließ.

Die Geschäftsdevise von RR lautete stets: Der Phantasie des Kunden werden keinerlei Grenzen gesetzt. Was er wünscht, wird erfüllt. Auch wenn es ein vergoldeter Auspufftopf ist. (SAD)

Camper nachts von Springflut überrascht

SAD, Marseille

Über 2000 Camper sind an den Stränden der Carmargue in Südfrankreich in der Nacht zum Dienstag von einer Springflut überrascht worden. Ein 19jähriges Mädchen fand den Tod. Zahlreiche Zelte, Wohnwagen und Pkw wurden von den Flutwellen weggespült. Nach ersten Zeugenberichten wurden die schlafenden Camper gegen 22.30 Uhr von einer ersten Welle von 2,50 Meter Höhe in ihren Zelten und Wohnwagen überrollt. Eine Dreiviertelstunde später überflutete eine zweite zwei Meter hohe Flutwelle die Strände zwischen dem Wallfahrtsort Saintes-Maries-de-la-Mer und Port-St.-Louis du Rhône auf einer Strecke von 20 Kilometern.

Umweltgutachten

dpa, Bonn

Auf die zunehmende Schadstoffbelastung der Nordsee, von der die Deutsche Bucht und insbesondere die Wattengebiete in hohem Maße betroffen sind, haben die sieben ostfriesischen Inselgemeinden in einem gestern in Bonn vorgelegten wissenschaftlichen Gutachten hingewiesen. Eine „ernsthafte Gefährdung" des Fremdenverkehrs als regionaler Existenzgrundlage sei zu befürchten, heißt es in der Untersuchung.

Stürme und Gewitter

dpa, München

Schwere Gewitter, heftige Stürme mit Böen bis zu Windstärke zehn, Regenfälle und ein Temperatursturz um 15 Grad haben in der Nacht zum Dienstag in Bayern und Teilen Österreichs drei Menschen das Leben gekostet, drei französische Urlauber wurden verletzt. In Südtirol und in der Schweiz hat es bereits geschneit.

Wein-Listen

DW. Bonn

Die vorläufigen Listen der österreichischen und deutschen Weine, in denen bei Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland Diethylenglykol nachgewiesen wurde, ist jetzt über Bildschirmtext (Btx) abrufbar. Der Btx-Dienst (Leitseite *25 200#) der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln, wurde um dieses Angebot erweitert.

Caritas-Initiative

dpa, München

Die katholische Hilfsorganisation Caritas hat eine Initiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gestartet. Sie will eigene kirchennahe Unternehmen gründen, die Jugendlichen längerfristig Arbeit verschaffen sollen. Wie der bayerische Caritas-Verband gestern in München berichtete, gibt es in Bayern bereits derartige Jugendwerkstätten.

„MS Europa" ins Dock

AP, Bremen

Der Bremer Luxusliner „Europa" wird seine Grönlandkreuzfahrt mit 600 Passagieren an Bord vorzeitig beenden und vier Tage früher nach Bremerhaven zurückkehren. Die Reederei Hapag-Lloyd teilte gestern mit, die beiden beschädigten Schiffsschrauben müßten ausgewechselt werden.

ZU GUTER LETZT

„Sommerschlußverkauf knallhart kalkuliert – wie der Aufschlag von Boris Becker", verspricht ein Plakat im Schaufenster eines Bonner Schuhgeschäfts.

LEUTE HEUTE

Feriensitz

Die Reisen des Papstes **Johannes Paul II.** kosteten mehr Geld als alle Feste des „Jet-Set". Mit diesen schnippischen Worten reagierte jetzt die hübsche **Gunilla von Bismarck** auf die Angriffe des Bischofs von Malaga. Monsenor **Ramon Buxarrais** hatte das „danteske Schauspiel", das die Reichen seiner Ansicht nach in Marbella bieten, vergangene Woche in einem Hirtenbrief angeprangert. „Das Gelächter der Reichen ersticke die Hilfeschreie der Armen", stand da. Auch **Jaime de Mora y Aragon**, Bruder der belgischen Königin **Fabiola**, der seinen Feriensitz seit langem in dem spanischen Küstenort hat, konterte: Wenn man sich vergnüge, sei das noch lange keine Provokation. Er muß es wissen, gilt er doch als „Zeremonienmeister" der Schikkeria von Marbella.

Alterssitz

Eine Villa mit sieben Zimmern, mit Sauna, Garten mit Lilienteich und Grillplatz, in der Nähe eines Golfplatzes gelegen, so wird der Alterssitz der Eisernen Lady **Margaret Thatcher** aussehen. Die britische Premierministerin kaufte jetzt in dem südlichen Londoner Vorort Dulwich ein neues Haus für umgerechnet 1,6 Millionen Mark. Es soll Ende nächsten Jahres fertiggestellt sein und gehört zu einem Gebäudekomplex, der schon heute den Beinamen „Fort Knox" trägt, wegen der hohen Sicherheitsvorkehrungen. „Maggy" wird übrigens im Oktober 60, Ehemann **Denis** ist bereits pensioniert.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Ein Tief über den Ostalpen beeinflußt noch den Südosten Deutschlands. Die in den übrigen Bereich einströmende Meeresluft gelangt unter kurzen Zwischenhocheinfluß.



Vorhersage für Mittwoch:

Im Südosten abklingender Dauerregen. Temperaturen um 18 Grad. Im Norden und Nordosten wechselnde Bewölkung, einzelne Schauer. Temperaturen bei 18 Grad. Im Westen und Südwesten, wolkig mit Aufheiterungen, weitgehend niederschlagsfrei. Abends von Westen her Bewölkungsaufzug und nachfolgend zeitweise Regen. Temperaturen bei 20 Grad.

Weitere Aussichten:

Meist stark bewölkt und zeitweise leichter Regen, um 20 Gad.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	31°
Bonn	16°	Kopenh.	17°
Dresden	16°	Las Palmas	24°
Essen	16°	London	15°
Frankfurt	15°	Madrid	19°
Hamburg	16°	Mailand	18°
List/Sylt	15°	Mallorca	21°
München	12°	Moskau	20°
Stuttgart	13°	Nizza	24°
Algier	33°	Oslo	15°
Amsterdam	15°	Paris	16°
Athen	31°	Prag	14°
Barcelona	25°	Rom	27°
Brüssel	16°	Stockholm	17°
Budapest	28°	Tel Aviv	32°
Bukarest	27°	Tunis	35°
Helsinki	14°	Wien	21°
Istanbul	28°	Zürich	13°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.56 Uhr, Untergang: 20.58 Uhr; **Mondaufgang:** 23.41 Uhr, Untergang: 14.19 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Verfahren über Katastrophe im Stava-Tal

KLAUS RÜHLE, Rom

Die Katastrophe vom 19. Juli im Stavatal bei Trient beschäftigt die Justizbehörden. Sie sollen herausfinden, wer die Schuld am Tod von über 300 Menschen und an der Verwüstung einer blühenden Landschaft trägt. Bisher sind zwölf Personen unter Anklage gestellt worden, darunter die Besitzer der „Prealpi Mineraria", der Gesellschaft die das Wasser im Staubecken Tesero für die Gewinnung von Fluorit benötigte. Die Brüder Aldo und Giulio Rota erwarben im Mai 1980 die Anlage vom Staatsbetrieb ENI, der Garantien für die Sicherheit des Staudamms gegeben haben soll. Die von ENI in Auftrag gegebenen geologischen Untersuchungen scheinen nicht gründlich genug gewesen zu sein.

Aldo Rota liegt zur Zeit mit einem Herzinfarkt in einer Klinik in Como. Sein Bruder Giulio sitzt in Untersuchungshaft im Gefängnis von Trient. Die beiden sind die Hauptbeschuldigten im kommenden Prozeß.

Sie hatten nach Kriegsende ihr Glück in der Bundesrepublik gesucht und auch gefunden. In Schwäbisch Gmünd kamen sie – beide mit deutschen Frauen verheiratet – bald zu wirtschaftlichem Erfolg. Sie gründeten die Rota-Betriebe: eine Eisdiele, zwei Restaurants, zwei Nachtlokale und ein elegantes Café. Warum sie ihr kleines Reich in Schwäbisch Gmünd vor fünf Jahren verpachteten und sich ganz auf die Gewinnung von Fluorit konzentrierten, ist für viele ein Rätsel. Gewiß verdienten sie nicht schlecht dabei. Aber über das Risiko mit der Staudammanlage hätten sie sich eigentlich klar sein müssen.

Es fehlte nicht an warnenden Stimmen und bedrohlichen Indizien. Die mit der Aufklärung beauftragten vier Sachverständigen dürften zu dem Schluß kommen, daß der Erddamm viel zu schwach war, um die Wassermassen zu halten, und daß die amtlich genehmigte Dammerhöhung um jährlich rund einen Meter das Gefahrenrisiko ständig vergrößerte.

„Soko Hammer" sucht den Mörder mit neuer Taktik

90 Beamte sind eingesetzt / Computer erstellt Täterraster

CATRIN WILKENING, Stuttgart

Er soll etwa 25 bis 35 Jahre alt sein, 175 bis 185 Zentimeter groß und auffallend schlank, einen blassen Teint, braune Augen sowie dunkelbraune, kurzgelockte Haare mit einem Stich ins Rote haben. Er spricht, mit einer freundlichen Stimme, schwäbischen Dialekt, wie er im Landkreis Ludwigsburg/Heilbronn vorkommt.

So viel hat die Sonderkommission der Landespolizeidirektion Stuttgart I aus insgesamt rund 1600 Hinweisen bis jetzt über den gesuchten Mörder und Bankräuber in Erfahrung gebracht. Der Mann soll in den vergangenen 15 Monaten drei Autofahrer durch Kopfschüsse getötet haben. Ihre Wagen wurden anschließend von dem Täter bei Banküberfällen benutzt, bei denen er eine Beute von rund 84 000 Mark machte.



Phantombild (links) und gezeichnetes Porträt des „Hammer-Mörders" FOTOS: DIE WELT

Erste konkrete Hinweise brachten die am Wochenende erstellten Porträts des „Hammer-Mörders", wie er genannt wird, weil er bei seinen Banküberfällen immer einen Vorschlaghammer benutzte. Zwei Polizeibeamte zeichneten ihn, wie er, den Angaben zufolge, im Dezember 1984 und jetzt im Juli ausgesehen haben soll. „Seitdem wir die Porträts haben, ist das Pick-Bild für uns im Grunde gestorben", erzählt Peter Kurz, Sprecher der Sonderkommission. Die Porträts geben den neuesten Stand wieder, während das ältere Phantombild, im Polizeijargon Pick-Bild, sich auf frühere Hinweise bezieht.

Die sonst gebräuchlichen Phantombilder der Polizei setzen sich aus Schablonen zusammen. Einzelne, vorgefertigte Gesichtspartien werden zu einem Bild des Täters zusammengefügt. Ein individuell gezeichnetes Porträt kann wesentlich feiner und detaillierter sein.

Nach dem letzten Mordfall, am 22. Juli, wurde „einer der größten Polizeieinsätze in der Nachkriegsgeschichte" Baden-Württembergs eingeleitet, so Herbert Fercho, Sprecher der Polizeidirektion Stuttgart.

90 Beamte sind in der „Soko Hammer", der Sonderkommission, tätig. Die Einsatzzentrale ist in einem Schulzentrum in Großbottwar untergebracht. Hier plant der Führungsstab (Leitung Kriminaloberrat Herbert Seifried), sammelt die Nachrichten. Mit Hilfe einer EDV-Anlage wird ein Täterraster und eine „Spudok", eine Spurendokumentation, erstellt. Einzelne Gruppen, die „Ermittlungsabschnitte" des Sonderkommandos, schwirren aus, klären die Spuren und recherchieren die Hinweise. Die meisten betrafen bisher den VW Golf des letzten Opfers.

Die Tatorte sprechen für eine gute Ortskenntnis: einsame Waldparkplätze, direkt neben der Straße, doch geschützt. Doch die heiße Spur fehlt noch. Für Hinweise, die zur Ergreifung des Mannes führen, ist eine Belohnung von 58 000 Mark ausgesetzt worden. Wie die „Soko" im Fall konkreter Tips vorgeht, ob sie Tatverdächtige aufsucht oder nicht, darüber hält sich Peter Kurz bedeckt: „Das ist Einsatztaktik".

Astronauten fühlten der Sonne den Puls

WOLFGANG WILL, New York

Es begann mit schweren Pannen und endet als Erfolg. Ein Flugdirektor in Mission Control Houston formulierte es so: Die „Spacelab II"-Mission der „Challenger" geht möglicherweise als der ertragreichste wissenschaftliche Flug einer Nasa-Raumfähre in die Geschichte ein.

Die sieben Astronauten legten bei dem um einen Tag verlängerten Flug 5,28 Millionen Kilometer zurück. Auf Bändern von mehreren Kilometern Länge sind mehr als 1000 Milliarden Daten aufgenommen worden. Allein die von der Sonne aufgenommenen Video-Bänder haben eine Spieldauer von schätzungsweise 45 Stunden.

„Zehn Jahre war diese der Sonnenerforschung gewidmete Mission vorbereitet worden", kommentierte in Houston ein Astrophysiker, „zehn Jahre wohl auch werden wir für die Auswertung der Daten benötigen. Wir haben jetzt ohne Zweifel ein besseres Verständnis für die Sonne, ihre Phänomene und die Vorgänge in ihr. Mit diesem Flug konnten wir der Sonne den Puls fühlen."

Etwa 85 Prozent der gestellten Aufgaben konnten erfüllt werden, und wenn es eine „Lücke" gibt, liegt das nicht an dem Dornier-Positionierungsgerät, das die ersten Tage nicht funktionieren wollte. Die nicht erreichte Umlaufhöhe ist dafür verantwortlich. Nachdem während des Startvorgangs ein Triebwerk ausfiel, konnte die „Challenger" nicht die erwünschte Umlaufbahn erreichen. Die gesamte Mission wurde rund 75 Kilometer niedriger geflogen. Das Dornier-Gerät begann am vierten Flugtag einwandfrei zu funktionieren, nachdem es mit einem neuen Computerprogramm versehen worden war.

Nach der Landung in Kalifornien wird die Raumfähre untersucht. Bevor nicht feststeht, was beim Startvorgang am 29. Juli zur automatischen Abschaltung eines der drei Triebwerke führte, wird die Nasa kein grünes Licht für die nächste Mission geben. (SAD)

